

Rudolf H a j n y

Versuch einer politisch-sozialen

A l l t a g s g e s c h i c h t e

des Ersten Weltkrieges 1914-1918

für die Stadt und die Amtshauptmannschaft Pirna

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Vabanquespiel mit dem Frieden	7
Frühjahr und Sommer 1914: „Platz an der Sonne“ * Latente Kriegsgefahr * Vorabend der Katastrophe * Königsgeburtstag * Hochsaison in der Sächsischen Schweiz * Wetterleuchten auf dem Balkan	
Ein Attentat verändert die Welt	10
Sommer 1914: Sarajewo * Letzte Friedenswochen * Österreich und Serbien * „Kriegslustige Stimmung“ * Antikriegsaktionen * Krieg - die „Urkatastrophe“ * Nationalistischer Taumel * Krieg und Alltag	
„Kein Kampf ohne Opfer“	13
Sommer/Herbst 1914: Sedanstag * Erste Kriegsgefangene * Agentenhysterie * Feldpostbriefe * Zusammenbruch der Friedenswirtschaft * Massenarbeitslosigkeit * Erntenotstand * Hilferuf der Händler * 1. Kriegsleihe * „Jugendmusterung“ * Soldopfer * Liebesgaben an die Soldaten * „Kriegsbrot“	
Kriegsweihnacht und Hoffnung auf „glorreichen Frieden“	19
Winter 1914: Lebensmittelnot * 1. Kriegsweihnacht * Jahreswechsel 1914/1915 * Mehlnot * Kaisergeburtstag * „Gold zur Reichsbank!“ * 2. Kriegsleihe	
Kampf um den Sieg in deutschen Küchen	22
Frühjahr 1915: Frühjahrshochwasser * Brotmarken * „Kriegsernährung“ * Bismarcks 100. Geburtstag * Opfer * „Scharpie zupfen!“ * Sammeln für Verwundete	
Verpflegung war mitzubringen	25
Frühjahr 1915: Tourismus im Krieg * „Futterlaub“ * Hausfrauenstress * Egoismus * Italien Kriegsgegner	
15 Frauen starben durch Explosion	27
Sommer 1915: Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht * Frauen und Kriegsgefangene * Jungsturm * Opferzahlen * Explosion in Polen * Wucher * Ein Jahr „Völkerringen“ * Hungerunruhen * Ernte und Ährenlesen * Lebensmittlersatz * Frauenmode im Krieg	
Das Volk opferte, der König jagte	30
Herbst 1915: 2. Kriegssedanstag * 3. Kriegsleihe * Königsjagd im Großen Zschand * Felddiebstähle * Genügsamkeit * Adler-Benagelung * Lebensmittelwucher * Wassernot im Oktober * Jugendverwahrlosung	
Meterhohe Schneewehen im November	32
Herbst/Winter 1915: Witterungsunbilden * Kartoffelnot * Hamsterei * Weihnachtstollen-Verbot * Adventszeit 1915	
Schüler jagten Goldfüchse	34

Winter 1915/1916: Jahreswechsel * Siegeszuversicht und Schlangen vor den Geschäften * Kaisergeburtstag * „Gold gab ich für Eisen“ * Kommunal финанzen * Schulverhältnisse und Jugendkriminalität

Jedes halbe Jahr eine neue Krieganleihe

37

Winter/Frühjahr 1916: 4. Krieganleihe * Hindenburg-Jubiläum * „Kriegsküche“ * Fleischkarten * Ungenießbarkeit des K-Brottes * Soziale Spannungen * Kriegswucher * Ersatzmittel

Das Butterstreichbrot war passee

40

Sommer 1916: Hoffnung auf gute Ernte * Ersatzlebensmittel * Schwarzhandel * „Jammerlappen“ * Gastronomie * Butter- und Fleischkürzungen * Hamsterei * Erntefrevel und Ernteschutz * Start ins dritte Kriegsjahr * „Heldenbücher“

Gemeinde-, Spar- und Kirchenkassen werden geplündert

44

Herbst 1916: 5. Krieganleihe * „Kinder-Kriegssparkarte“ * Kartoffelmissernte * Kohlebevorratung * Hindenburg-Programm * Fett für Rüstungsarbeiter * Kohlrüben statt Kartoffeln

Eine Kerze am Weihnachtsbaum

47

Winter 1916/1917: Totensonntag 1916 * „Kohlrübenwinter“ * Nährhefe und Einheitswurst * 3. Kriegsweihnacht * Jahreswechsel mit Rationskürzung * Kälte und Kohlennot * Uneingeschränkter U-Bootkrieg * Kriegseintritt der USA * Hunger und Krankheiten * „Marmeladen“-Gedicht

Mit den Mächtigen „russisch reden“

50

Frühjahr 1917: Februarrevolution in Russland * Friedensforderungen * Unterernährung * „Wildgemüse“ * Kriegsgewinnler und „Kleiderluxus“ * Rationskürzungen * Streiks und Demonstrationen * Ablieferung der Kirchenglocken und Orgelpfeifen * „Schwätzer“ und Saboteure * „Stadtkinder aufs Land“

„Heraus mit dem Geld aus Sparstrumpf und Truhe!“

55

Frühjahr 1917: 6. Krieganleihe * „Kriegs“-Pfingst-fest * Kirchenglocken und Türklinken * U-Boot-Spende * „Leere“ auf dem Wochenmarkt * Selbstschüsse gegen Felddiebe * Jugendkriminalität

Barfußgehen als vaterländische Pflicht

59

Sommer 1917: Beginn des 4. Kriegsjahres * Keine „öffentliche Trauer“ * „Hetzer“, „Haderlumpen“ und „Hundsfotte“ * Reaktion auf Missstimmung * Lebensmittelnot und Ersatzlebensmittel * Schuhe schonen! * 7. Krieganleihe

Die Kriegsdurchhalter formieren sich

62

Herbst/Winter 1917: „Burgfrieden“ wird rissig * Deutsche Vaterlandspartei * Gefallene * Oktoberrevolution in Russland * Kartoffelnot, Schleichhandel, „Hamsternerster“ * 4. Kriegsweihnacht * „Kriegseinheitsstiefel“, Holzsohlen * Verkehrseinschränkungen * Dünnbier * Kriegswucher

Fronteinsatz für Streikende

Winter 1917/1918: Winterkälte und Kohlennot * Holzschuhe und Buchenlaubtabak * Kriegsreserven bei Toten * Streiks für Brot, Frieden und Demokratie * Frieden von Brest-Litowsk * Jagd auf Spatzen und „Schweinemord“

- Griff in die bürgerlichen Kleiderschränke** **69**
Frühjahr 1918: Frühjahrsoffensive * 3. Kriegsanleihe * Steuererhöhungen * Hoffen auf Getreide aus der Ukraine * Kleidersammlung für Rüstungsarbeiter * Metalldenkmäler für den Krieg * Verwundete als Bettler und Hausierer * „Stadtkinder aufs Land!“ - Fehlschlag * „Liefert Anzüge ab!“ * Leichenfledderei
- Wälder und Parks entlaubt** **73**
Sommer 1918: Beginn des 5. Kriegsjahrs * Feldfrevel * Lage der sächsischen Wirtschaft * „Fleischlose Wochen * Versorgungsdesaster * Laub für Armeepferde * Front bricht zusammen * Ruf nach „nationaler Disziplin“
- Es roch nach Umsturz und Revolution** **76**
Herbst 1918: 9. Kriegsanleihe * Obrigkeit zeigt Nerven * Amnestien und demokratische Reförmchen * SPD-Flugblatt: „Ruhe und Ordnung!“ * Friedensdemonstrationen
- „Macht doch eiern Drägg alleene!“** **78**
Herbst 1918: Kiel * Revolution in Sachsen * Ereignisse in Pirna * „Unterwerfung“ der alten Obrigkeit * Kriegsoffer * Errungenschaften der Revolution und Reaktionen

Vorwort

Der Erste Weltkrieg war über lange Zeit weitgehend aus unserer Erinnerungskultur gerückt, standen doch jahrzehntelang die NS-Zeit und der Zweite Weltkrieg im Zentrum der historischen Forschung. Mit dem zu Ende gehenden kriege- und opferreichen 20. Jahrhundert aber trat die Schlüsselrolle des Ersten Weltkrieges als „Urkatastrophe“ des Jahrhunderts deutlicher hervor und ließ das Interesse für die Jahre 1914 bis 1918 wieder wachsen. Viele Bücher wurden über den Ersten Weltkrieg geschrieben. Seine Schlachten sind bis ins Detail rekonstruiert, die diplomatischen Ränkespiele im Vorfeld und während des Krieges enthüllt oder verschleiert worden. Das bis dahin unvorstellbare Massensterben auf den Schlachtfeldern in diesem mit Massenheeren und Massenvernichtungswaffen geführten Krieg ist nicht nur in Geschichtsbüchern, sondern auch und vor allem in Werken der Weltliteratur wie Henri Barbusses „Das Feuer“, Ludwig Renns „Krieg“, Arnold Zweigs Zyklus „Der große Krieg der weißen Männer“ mit dem Roman „Erziehung vor Verdun“ und Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ in erschütternder Weise dargestellt worden.

Verschwindend gering dagegen ist noch immer die Zahl der Abhandlungen, die den harten, aufreibenden Kriegsalltag in der Heimat mit den aufopferungsvollen Kämpfen der „Kriegerfrauen“ um das tägliche Brot, um Kartoffeln, Kohlrüben und Kohlen zum Gegenstand haben. Für die Masse der „Daheimgebliebenen“ waren Hunger, Mangel an Kleidung und Schuhwerk, Unterernährung, Erschöpfung und Krankheit Alltag. Begriffe wie „Kohlrübenwinter“ haben sich derart tief in das Volksbewusstsein eingegraben, dass sie, von Generation zu Generation überliefert, nach fast einem Jahrhundert als Synonym für die Zeit des Ersten Weltkrieges stehen.

Das Leben meiner Großeltern, alle um 1875 geboren, wurde durch die vier Jahre dieses Krieges so stark geprägt, dass die Gespräche bei Familientreffen viele Jahrzehnte später in Erinnerung an das schlimme Erleben immer wieder um Lebensmittelnot, kalte Wohnungen, Epidemien und Geldverluste kreisten.

Die härtesten Prüfungen an der „Heimatfront“ hatten die Frauen zu bestehen, deren Männer „im Felde ihr Leben für Kaiser und Vaterland“ einsetzten. Die Stube zumeist voller Kinder, wurde von ihnen in einer Welt schmarotzender Schieber, Hamsterer und Kriegsgewinnler erwartet, die Arbeitsplätze der eingezogenen Männer einzunehmen und, ohne zu jammern und in den Briefen an die Männer an der Front zu klagen, schwerste Arbeit zu verrichten.

Die wichtigste Quelle für den vorliegenden Versuch einer regionalen politisch-sozialen Alltagsgeschichte des Ersten Weltkrieges ist der Pirnaer Anzeiger, die einzige lokale Tageszeitung Pirnas dieser Zeit, die sich im Stadtarchiv vollständig erhalten hat. Die Pirnaer Volkszeitung, die Zeitung der SPD, war vermutlich in den Augen der verantwortlichen Beamten nicht wert, archiviert zu werden. Von ihr existieren lediglich einige Ausschnitte, die sich in einer Sammlung von Materialien zu den revolutionären November-Ereignissen von 1918 in Pirna erhalten haben.

Die zahlreichen Zitate im Text stammen, wenn kein anderer Bezug vermerkt ist, aus dem Pirnaer Anzeiger. Sie vermitteln einen Eindruck vom Zeitgeist dieser Jahre, stehen aber zugleich als Beispiele dafür, wie gesellschaftliches und politisches Handeln beeinflusst und Menschen unter Missachtung ihrer ehrlichen patriotischen Gefühle manipuliert wurden, aber auch dafür, wie auch unter den Bedingungen der scharfen Pressezensur die Wahrheit zwischen den Zeilen zu entdecken ist.

Der Pirnaer Anzeiger war von Haus aus ein stockkonservatives Blatt, monarchistisch, kaisertreu, antidemokratisch und republikfeindlich bis in die Knochen. Diese Grundeinstellung prägte seinen Inhalt, aber auch die Art und Weise der Darstellung und Wertung politischer Ereignisse und sozialer Verhältnisse. Hinzu kam, dass mit Beginn des Krieges der „Burgfrieden“ und die strenge Zensur von vornherein brisante politische, soziale und andere unliebsame Themen automatisch ausschlossen und dafür sorgten, dass auch die Berichte von den Fronten systemgerecht gefiltert und beschönigt wurden. Trotz dieser Einschränkungen seines Quellenwertes liefert der Pirnaer Anzeiger bei kritischer Benutzung eine Fülle von Einzelinformationen über den Alltag der

Kriegsjahre, und besonders die Leserzuschriften und die Debatten in den Vertretungskörperschaften des Reiches, des Landes, der Städte und Gemeinden lassen auf ansonsten streng Verschwiegenes oder offensichtlich Beschönigtes schließen.

Derüber hinaus war es mit dem massiven Anwachsen der Versorgungsschwierigkeiten und der zunehmenden Friedenssehnsucht im Verlaufe des Krieges gar nicht möglich, im Lokalteil über offen zutage getretene Missstände stillschweigend hinwegzugehen, ohne vollends Gesicht und Vertrauen bei den Lesern zu verlieren.

Der Pirnaer Anzeiger, zugleich auch Amtsblatt und damit offizielles Mitteilungsorgan für die Behörden, war die meistgelesene Zeitung in der Region und damit aus dem Alltag der Menschen und dem kollektiven und individuellen Meinungsbildungsprozess überhaupt nicht wegzudenken. In einer Zeit, in der weder Rundfunk noch Fernsehen Informationen verbreiteten, war die Regionalzeitung das wichtigste Informations- und zugleich das wirksamste Manipulationsmedium und beeinflusste maßgeblich das Denken und Handeln der Zeitgenossen. Das Lokalblatt prägte Verhaltensweisen der Menschen wie die Bereitschaft, wieder und wieder Geld, Gold und Schmuck „auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern“ und trotz extremen Hungers und fortschreitender Not „durchzuhalten“ und „durchzudarben“, die aus heutiger Sicht nur zu begreifen sind, wenn die propagandistischen Methoden und die gleichschaltenden Wirkungen der damaligen Presse in Rechnung gestellt werden. So gesehen, ist die vorliegende Arbeit vielleicht auch ein kleiner Beitrag dafür, die erste großangelegte Manipulation der Massen für den ersten Massenkrieg besser zu verstehen.

Ich bedanke mich bei Frau Petzold und Frau Geyer vom Pirnaer Stadtarchiv für die geduldige, fortwährende Hilfe und Unterstützung beim Recherchieren und beim Sammeln des Materials.

Lohmen, im Januar 2010

Rudolf Hajny

Vabanquespiel mit dem Frieden

Zum Jahreswechsel 1913/1314 konnten die Menschen in Europa auf eine der längsten Friedensperioden in der Geschichte des Kontinents zurückblicken. Seit über 40 Jahren, seit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/1871, hatte es keinen Krieg mehr zwischen den europäischen Großmächten gegeben.

Der lange Frieden und der rasante wirtschaftliche Aufschwung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten zu einem gewissen Wohlstand und zur innenpolitischen Stabilisierung geführt. Die von Bismarck eingeleiteten und von Wilhelm II. fortgeführten Sozialgesetzgebungen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse auch der unteren Klassen entschärften die sozialen Kämpfe und spalteten die Arbeiterklasse zunehmend in rechte und linke Flügel.

Deutschland hatte sich zwar später als England und Frankreich, dann aber seit der Reichsgründung umso dynamischer zu einem der führenden Industriestaaten entwickelt und seine Ansprüche in einer schon weitgehend unter den imperialistischen Mächten aufgeteilten Welt angemeldet. Die zunehmende Militarisierung der deutschen Zivilgesellschaft, die rasche konventionelle und die mit Macht forcierte Flottenrüstung sowie die immer aggressiver vorgetragene Forderung nach einem „Platz an der Sonne“ alarmierten die Nachbarn, provozierten Gegenreaktionen, setzten die Rüstungsspirale in Europa in Bewegung und führten zur Bildung von Blöcken; auf der einen Seite die Allianz zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland und andererseits das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn mit Italien, das sich im Ernstfall als nicht verlässlich erwies.

1914 hatte sich das Deutsche Kaiserreich in eine Zwei-Fronten-Position manövriert und außenpolitisch isoliert

Bereits drei Jahrzehnte vorher hatte Friedrich Engels auf bedrohliche Tendenzen im Deutschen Reich, das in drei Kriegen geschmiedet worden war, hingewiesen und prophezeit, dass Rüstung, Militarisierung, Maßlosigkeit und Hegemoniestreben in einem neuen Krieg enden würden, einem „Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebes in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten (...), derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßpflaster rollen und niemand sich findet, und sie aufhebt. (...) Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt.“

Nach dem Sturz Bismarcks 1890 stellte das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II. als ein Staat, der bei der Aufteilung der Erde zu spät gekommen war, die Machtverhältnisse in Europa und in der Welt in imperialistisch-aggressiver Weise in Frage und forderte die etablierten Mächte heraus. Deutschlands Versuche, die Welt neu aufzuteilen und Einflussphären zu sichern, die um sich greifende imperialistische Jagd nach Kolonien, Rohstoffen und Absatzmärkten, führten zu zahlreichen Krisen bis an den Rand des Krieges und zu einer chauvinistischen Aufheizung der Innenpolitik in den Ländern der Hauptakteure, aber auch zu nationalistischen Entwicklungen unter den unterdrückten Völkern, besonders im „Völkergefängnis“ Österreich-Ungarn.

Und wie so oft in der Geschichte bedurfte es nur eines Anlasses, eines Zündfunkens im Pulverfass, um die angesammelten Konflikte und Widersprüche zwischen den Staaten zur Explosion zu bringen.

Diese latent vorhandene Kriegsgefahr aber war den Massen nicht bewusst. Niemand dachte im Frühjahr 1914 ernsthaft an einen Krieg, zumal wenn er Leser des Pirnaer Anzeigers war, der in einer Zeit, als sich das Unheil zusammenzubrauen begann, lang und breit darüber berichtete, dass

Seine Majestät der König seine Truppen bei der Ausbildung besuchte, dass das „Königliche Hoflager“ aus dem Residenzschloss in die Wachwitzer Villa umzog, dass die königlichen Prinzen an einem Bankett des Reiter-Vereins teilnahmen und der König zwei Beamten erlaubte, die vom russischen Zaren verliehenen Orden anzunehmen und zu tragen.

Neben diesem servilen Untertanengeist, der die Tendenz dieses Pirnaer Lokalblattes seit hundert Jahren bestimmte, war die Zeitung aber auch jederzeit offen für großdeutsche, nationalistische, großmannsüchtige und antislawische Sprüche.

Anfang Mai 1914 z. B. war Pirna Gastgeber für das Landesverbandstreffen des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Der Pirnaer Anzeiger begrüßte die Teilnehmer, die „den Verteidigungskampf für das Deutschtum, für die Erhaltung der deutschen Sprache und Volksart gegen Slawen, Magyaren und Italiener führten“. Die „national denkenden und deutsch fühlenden Bürger Pirnas“ wurden aufgefordert, die Stadt und die Häuser festlich mit Landes-, Reichs- und Stadtfahnen zu schmücken. Die nationalen Vereine, voran die Ortsgruppen des Flottenvereins und des Alldeutschen Verbandes, riefen ihre Mitglieder auf, die Veranstaltungen zu besuchen und „zu einer nationalen Kundgebung zur Stärkung des Deutschtums“ zu machen. Besonderes Lob ernteten die Pirnaer „Frauen und Jungfrauen, in denen die Begeisterung für das Deutschtum emporflamte und die im nationalen Kampfe nicht hinter den Männern zurückstehen wollen“. Bejubelt wurden die Vertreter „aus den kampfgedurchbrauten, sturmumtobten Gauen Österreichs, in denen das Deutschtum auf Vorposten gegen den slawischen Ansturm steht“. Die geistigen Wurzeln für den späteren „slawischen Untermenschen“ der Nationalsozialisten reichen weit zurück in die deutsche Geschichte.

Wie alle Jahre luden die Gaststätten und Etablissements in Pirna und der Sächsischen Schweiz zum Maientanz, und die Amtshauptmannschaft sah sich veranlasst, sittlichen Entgleisungen vorzubeugen und verbot per Verordnung alle „anstößigen Tänze“. Das waren vor allem die „Schiebe-, Wackel- und Bären tänze“ sowie der „Apachentanz“. Untersagt wurde auch das Verdunkeln des Saales während des Tanzes. Zuwiderhandlungen wurden mit Geldstrafen bis zu 60 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Pünktlich zu Beginn des Touristenstroms Richtung Bastei war im Mai 1914 ein weiteres Teilstück der Hauptstraße in Copitz gepflastert worden. Damit hatte man begonnen, der „Hauptstraßen-Staubplage“ den Kampf anzusagen. Der noch ungepflasterte Teil der Straße glich damals einer „Mondlandschaft“. Besonders die Radfahrer verwünschten die vielen Schlaglöcher, und wenn Automobile über die Schotterpiste sausten, wirbelten sie eine riesige Staubwolke auf. An Tagen mit starkem Ausflugsverkehr wurde deshalb die Straße „mit der vorzüglichen, staubbindenden Sulfit-Zellulose gesprengt“.

Wie in jedem Frühjahr wurden die Schweiz- und Saumtierführer zur „Musterung“ aufgerufen. Sie hatten sich zum Termin „mit ihren Führerbüchern und den vorschrittmäßigen Dienstabzeichen“, einer farbigen Mütze und einem Nummernschild, und mit den „zum Dienst zu stellenden Tragesesseln“ einzufinden. Desgleichen waren alle Saumtiere „gesäumt und gesattelt“ zur tierärztlichen Untersuchung vorzuführen.

Die Männer und Wirte bereiteten sich auf den Himmelfahrtstag vor, nicht ahnend, dass viele der fröhlichen Zecher wenige Wochen später bereits unterwegs in die erste Massenschlächterei des Jahrhunderts sein würden. Im Anzeiger präsentierten sich zahlreiche Pirnaer Gaststätten für den Feiertag: das Schützenhaus mit einem Tanzkränzchen, das Feldschlösschen mit einer „großen Ballmusik, feinem Damenflor, neuesten Tänzen und Schlagern“, das Carolabad mit einem Garten-Militärkonzert, die Tannensäule mit einem Gartenkonzert, ausgeführt von einer Militärkapelle, und einem Frühlingsfest im „großen Prachtsaal“, der Gasthof „Zur Post“ in Zehista mit einer „Eierplinsen-Spezialität“ und die Gaststätte auf dem Kohlberg „mit herrlicher Aussicht, staubfreiem,

schattigem Lindengarten, guten Getränken, vorzüglichem Kaffee, echt chinesischem Tee und selbstgebackenem Napfkuchen“.

Am 25. Mai demonstrierten die Pirnaer ihre Anhänglichkeit zur Monarchie und feierten mit großem Aufwand den Geburtstag ihres Königs. Sie schmückten und beflaggten die Häuser, auf dem Marktplatz spielte eine Festmusik, Salutschüsse dröhnten über die Stadt, die Garnison rückte zur Parade aus, in allen Schulen wurden Festreden auf den Landesherrn gehalten, vaterländische Lieder gesungen, patriotische Gedichte rezitiert und die Schüler ermahnt, „durch Fleiß und Treue in der Arbeit den guten Ruf unseres Sachsenlandes zu bewahren“. Im Schwarzen Adler trafen sich etwa 80 Honoratioren zum Festmahle, das Superintendent Kröber mit einem „Bekanntnis zum monarchischen Staatsgedanken“ eröffnete. Wie in jedem Jahr wurden die Militärdienstpflichtigen zur Musterung befohlen und hatten „im nüchternen Zustande, reinlich am Körper und reinlich in der Kleidung“ pünktlich vor der Kommission zu erscheinen.

Das Pfingstfest lockte die Menschen in Massen in die Sächsische Schweiz. Bei den Wirten klingelten die Kassen, die Schiffe waren überladen, auf den Straßen wurde ein reger Automobilverkehr registriert, und die Eisenbahn musste auf der Strecke Dresden-Bodenbach 87 Entlastungszüge einsetzen.

Das Pirnaer Pfadfinderkorps nutzte die Pfingsttage für seine jährliche, obligatorische „Dienstwanderung“ unter Leitung des Oberfeldmeisters Zobel ins Erzgebirge. Von Geising ging es über den Geisingberg und Altenberg nach Rehfeld und von da über Moldau und Holzgau nach Rechenberg, wo „abgekocht“ und auch ein Quartier gefunden wurde. Am nächsten Tag wanderte das Korps „unter lustiger Marsch weise“ über Hermsdorf, Seyda, Schellerhau, Altenberg zur Rückfahrt nach Geising. Im Pirnaer Anzeiger musste sich der Pfadfinderbund gegen Vorwürfe wehren, „militärische Spielereien“ zu betreiben. Man lehne den „militärischen Drill“ ab, und lediglich „die gleichmäßige Kleidung“ gebe den Pfadfindern einen äußeren militärischen Anstrich. Und im Übrigen sei der Pfadfinderbund der Verein Sachsens, „der am meisten den Offizieren Gelegenheit gegeben hat, ihren so erfreulichen Wunsch zur Mitarbeit an der Jugendpflege zu erfüllen“. Die Pirnaer Schützengilde feierte zu Pfingsten nach alter Gepflogenheit und unter zahlreicher Beteiligung aus der Stadt und der Umgebung ihr Schützenfest. Bereits am Freitag vor den Feiertagen kamen die „Wenden“ auf ihrer alljährlichen Wallfahrt nach Mariaschein in Böhmen durch die Stadt.

In den Gaststätten spielten zahlreiche Militärkapellen, Ballmusiken lockten die Besucher, und das Forsthaus warb mit einem Varieté- und einem „Brillant-Programm“. Auf dem Copitzer Exerzierplatz hatten sich hunderte Sportfans zum „Fußballkampf“ des Copitzer Sportvereins „Victoria“ gegen eine Berliner Mannschaft versammelt, den die Gäste knapp für sich entschieden. Als Sensation der Pfingstfeiertags meldete der Pirnaer Anzeiger, dass zwei Flugzeuge, eine „Rumplertaube“ und ein „eleganter Doppeldecker“, die Stadt überflogen.

Einen Eindruck von den Ausmaßen des damaligen Pfingstverkehrs vermitteln die verkauften Eisenbahn-Fahrkarten. An den Schaltern des Pirnaer Bahnhofs waren es 31.495, in Pötzscha 5.475, in Großsedlitz 2.214, in Obervogelgesang 1.983 und in Copitz 948. Von Berlin kamen zwei Sonderzüge mit 1.200 Touristen.

Zur Sommersonnenwende 1914 leuchteten von den Höhen um Pirna die Feuer weit ins Land. Auf dem Kohlberg wurde die nächtliche Feier zu einer „nationalen Kundgebung“. Der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfen-Verband und das Pfadfinderkorps brachten Hoch- und Heilrufe auf Kaiser und König aus und ließen die Sachsenhymne erklingen. Beim mitternächtlichen Feuer hielt der Pirnaer „Schriftsteller“ Hammer eine vaterländische Ansprache, und der Referendar Wetzels wählte als „Feuerspruch“ das Kaiserwort „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!“

Der Pirnaer Anzeiger meldete zwar im Frühjahr 1914 Unruhen auf dem Balkan. Österreich traf wieder einmal Mobilisierungsvorbereitungen, die, so wurde vermutet, auf eine baldige Besetzung Albaniens schließen ließen. Auch andere Mächte hätten angedeutet, „in Albanien nach dem Rechten sehen zu wollen“. Doch die Zeitung beruhigte: „Wir als Deutsche, die wir an den Vorgängen im Nahen Orient weniger unmittelbares Interesse haben als andere Mächte, haben keinen Grund zur Nervosität.“ Und in der Tat waren Krisen, Unruhen und auch Kriege auf dem Balkan schon seit Jahren an der Tagesordnung. Das alles war nichts Ungewöhnliches und weit weg. Doch heute wissen wir: Sind Interessenkonflikte herangereift, genügt auch ein Anlass an der Peripherie, um einen großen Krieg auszulösen .

Ein Attentat verändert die Welt

Am 29. Juni 1914 meldeten Extrablätter, dass ein serbischer Freischärler im bosnischen Sarajewo den österreichischen Thronfolger und seine Frau im fahrenden Auto getötet hat. Die politischen Konsequenzen dieses Attentat waren besonders brisant, weil von Serbien die südslawische Befreiungsbewegung, von Russland toleriert, gegen Österreich ausging. Zwar forderten die österreichischen Scharfmacher sofort einen Militärschlag gegen Serbien, doch wurde der Vorfall zunächst politisch auf kleiner Flamme gehalten. Die Zeitungen meldeten demonstrativ, dass der deutsche Kaiser mit seiner Jacht zur alljährlichen „Nordlandfahrt“ aufgebrochen war, der sächsische König eine Tour über den Groß-Venediger unternahm und Österreichs und Deutschlands Generalstäbler ihren Urlaub angetreten haben.

In der Amtshauptmannschaft Pirna ging das Leben seinen gewohnten Gang. Der Verein zur Hebung der Altstadt beging sein Marktfest als großes Spektakel, bei dem der Verkehrsverein die Autobusse einer geplanten Verbindung zwischen Pirna und Pillnitz zur Freude der Streckenanlieger schon einmal probeweise verkehren ließ. Auf den Elbwiesen wurden das Vogelschießen und die Vogelwiese mit einer großen Budenstadt, einem „Variété-Riesenprogramm“, abenteuerlichen Fuhrgeschäften, Raubtierdressuren und „Flugmaschinen-Karussells“ eröffnet. Die Menschen vergnügten sich und waren überzeugt, die Gefahr eines weiteren „Balkankrieges“ sei gewichen.

Doch die Ruhe auf dem internationalen Parkett nach dem Sarajewo-Attentat täuschte. Hinter den Kulissen herrschte eifrige Betriebsamkeit. Österreich-Ungarn bereitete einen Vergeltungsschlag gegen Serbien vor, und die deutsche Regierung erklärte sich solidarisch und sagte volle Unterstützung zu, hoffend, den Konflikt lokal halten zu können.

Am 23. Juli übergab Österreich ein auf 48 Stunden begrenztes Ultimatum, und obwohl es eigentlich unannehmbare Forderungen enthielt, akzeptierte die serbische Regierung im Wesentlichen die Bedingungen. Europa atmete auf. Der Frieden schien gerettet. Doch Österreich, versehen mit dem deutschen Blankoscheck, wies die serbische Antwort zurück, begann mit der Mobilisierung und erklärte am 28. Juli Serbien den Krieg. Am 30. Juli mobilisierte Russland .

Nun hatten die „Falken“ in den Regierungen der europäischen Großmächte das Sagen. Der Pirnaer Anzeiger konstatierte: „Eine Aufregung gewaltiger Art durchzittert zur Stunde Europa.“

Die österreichische Mobilisierung hatte unmittelbare Auswirkungen in unserer Region, denn im Grenzgebiet lebten und arbeiteten zahlreiche Böhmen, die österreichische Staatsbürger waren und zu den Fahnen gerufen wurden. Frachtkähne mussten „anbinden“, die Personenschiffahrt den Betrieb einschränken, weil ganze Mannschaften nach Leitmeritz und Theresienstadt einrückten. Allerorts verbreitete sich, geschürt durch die Zeitungen und vaterländische Vereine, ein radikaler Nationalismus. Riesige Menschenmassen zogen durch die Städte und verbreiteten „eine kriegslustige Stimmung“. In Dresden strömte eine „gewaltige Menschenmenge“ zusammen, zog zum österreichischen Konsulat und vor das Schloss, skandierte „Hochrufe auf Österreich und das Vaterland“ und sang „vaterländische Lieder“ wie die „Wacht am Rhein“. Auch in Leipzig „wogte

eine vieltausendköpfige Menge“ im Begeisterungstaukel durch die Innenstadt. Auf der Pirnaer Vogelwiese gingen Extrablätter von Hand zu Hand, „patriotische Lieder“ wurden angestimmt und fanden „begeisterte Aufnahme“. Und als bekannt wurde, dass der Krieg angeblich „unvermeidlich“ geworden war, schlug eine nationalistische Welle hoch, wurde „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, „ertönten Hochrufe auf Österreich und den Kaiser auf allen Straßen und Plätzen“, registrierte der Pirnaer Anzeiger mit sichtlicher Genugtuung, Und am 30. Juli schrieb das Blatt: „Nicht nur der papierne Vertrag verbindet uns mit Österreich-Ungarn auf Tod und Leben, sondern das gegenseitige Interesse. Es bildet den für uns unumgänglich notwendigen Damm gegen die große Macht des Slawentums, das auch uns sonst überschwemmen und fortreißen würde. Es handelt sich nicht mehr um ein Strafgericht gegen ein paar elende Meuchelmörder, sondern um Lebensfragen des Deutschen Reiches.“

Weniger freundlich wurden die Kundgebungen der Arbeiterschaft gegen den Krieg kommentiert. In Dresden und Umgebung organisierte die SPD zehn große Antikriegskundgebungen. „Nach Schluss der zahlreich besuchten Versammlungen zogen die Teilnehmer nach der Innenstadt, wo es zu Reibereien mit den nationalen Demonstranten kam“, meldete der Anzeiger. In Sebnitz rief der 600 Mitglieder zählende Ortsverband der SPD zu einer Protestversammlung ins Schützenhaus. Ohne polizeiliche Genehmigung zogen die Teilnehmer anschließend durch die Stadt und protestierten gegen den drohenden Krieg. Da es auch in anderen Städten Sachsens zu ähnlichen Kundgebungen kam, verbot der Polizeipräsident kurzerhand alle weiteren Protestaktionen, weil es angeblich „zu mannigfachen Verkehrs- und Ruhestörungen“ gekommen war.

Das Alltagsleben reagierte sofort auf die internationale Krise und den drohenden Krieg: Aus der Sächsischen Schweiz wurde gemeldet, dass „der sonst so starke Verkehr wegen der politischen Lage bedeutend nachgelassen hat“. Auf die Sparkassen setzte ein regelrechter Sturm ein. Die Sparer hoben Anlagen ab, weil sie befürchteten, dass im Kriegsfall die Guthaben „mit Beschlagnahme belegt“ würden. Der Pirnaer Anzeiger beruhigte, dass „alle Besorgnisse um die Sparguthaben während des Krieges vollständig unbegründet“ seien.

Am 1. August 1914 verkündete der deutsche Kaiser den Kriegszustand und die Kriegserklärung an Russland. Die Massen auf den Straßen verfielen in blanken Chauvinismus: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein, wir hauen alles kurz und klein!“ Mit der Kriegserklärung gegen das in der Arbeiterschaft verhasste Zarenregime hatte die Reichsregierung auch die Sozialdemokraten, die bis dahin gegen den Krieg gekämpft hatten, mit ins Boot geholt und für die Zeit des Krieges einen „Burgfrieden“ geschlossen. Am 3. August erklärte sich Deutschland auch mit Frankreich im Kriegszustand und ließ seine Armeen unter Bruch des Völkerrechts in Belgien einmarschieren. Damit trat für England der Bündnisfall ein. Es überreichte die Kriegserklärung am 4. August in Berlin. Damit hatte sich ein scheinbar begrenzter Konflikt auf dem Balkan in wenigen Wochen zu einem „großen Krieg“, entwickelt, zum ersten „Weltkrieg“ im 20. Jahrhundert.

Der Pirnaer Anzeiger verteidigte die deutsche Politik gegen den Vorwurf, Österreich-Ungarn zum Krieg „angestiftet“ zu haben. Aber heute wissen wir, dass Kaiser Wilhelm II. tatsächlich gedrängt hatte: „Je eher, desto besser!“, weil sein Generalstab bei einer Verzögerung des Krieges um den deutschen Rüstungsvorsprung fürchtete.

Angeheizt durch die Presse, kam es vielerorts zu patriotischen Kundgebungen. Mit Fahnen und vaterländischen Liedern zogen erneut „riesige Menschenmengen“ durch die Städte, allein in Dresden sollen es 100.000 gewesen sein. Reservisten strömten in die Kasernen, junge Männer eilten zu den Meldestellen, „um freiwillig ihren Dienst dem Vaterland anzubieten“. Die Oberprimaner am Gymnasium erhielten die Möglichkeit, ein „abgekürztes

Abitur“ abzulegen. Die Standesämter erwarteten auch an den Sonntagen Paare zur „Kriegstrauung“.

In Pirna sammelten sich die Einberufenen auf dem Exerzierplatz. „Lachende Gesichter überall, Scherzwords fliegen hin und herüber. Alle sind mit dem kleinen braunen Pappschachteln versehen, die die notwendigen Gegenstände enthalten“, begeistert sich der Pirnaer Anzeiger. Auf dem Weg zum Bahnhof werden die Soldaten, Blumen an den Uniformen, im Gewehrlauf und am spitzen Helm, von Eltern, Frauen und Kindern begleitet. Das Lied vom guten Kameraden mit dem Kehrreim „In der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen!“ wird angestimmt. Auf die Eisenbahnwaggons hat man mit Kreide diverse kriegerische Sprüche geschrieben: „Jeder Stoß ein Franzos“, „jeder Tritt ein Britt“, „jeder Schuss ein Russ.“

Alle meinten, bis Weihnachten wieder „siegreich“ nach Hause zu kommen, hatte doch der Kaiser versprochen, den Feind niederzuringen, noch ehe die Blätter von den Bäumen fallen.

„An Mein Volk!“ war ein Aufruf des Sachsen-Königs überschrieben: „Ich erwarte von Meiner Armee, dass sie auf dem Schlachtfelde den alten Waffenruhm der Väter bewahren und erneuern wird. Ich bin dessen gewiss, dass Mein ganzes Volk (...) zu jedem Opfer an Blut und Gut bereit ist.“

Alle Pfarrer wurden angewiesen, „Kriegsgebetstage“ durchzuführen. Superintendent Kröber predigte in Pirnas Stadtkirche St. Marien: „Gott hat uns in die Höhen geführt, er kann uns nicht wieder fallen lassen. Wir werden siegen und wir müssen siegen!“

Und Walter Hoffmann aus Mügeln dichtete:

Es zieht der Russe seine Macht zusammen,
Des Reiches Erbfeind uns vom Westen droht.
In allen Herzen zünden nun die Flammen.
Auf in den Kampf! Zum Siege oder Tod!
Wer bleibt daheim? Will sich als Feigling zeigen?
Frisch auf! Für's Deutsche Reich zum blut'gen Reigen!

Manfred Schober berichtet in seinem Sebnitz-Buch von einem jungen Mann, der seinem Tagebuch anvertraute, „nur noch den Wunsch (zu haben), Soldat zu werden, und zwar möglichst bald, auch selbst mit den anderen hinausziehen zu dürfen. (...) Ich wollte gleich Soldat werden, wollte nicht erst lange warten, denn ich glaubte, sonst etwas zu versäumen. Und so tat ich einen neuen Schritt, Ich meldete mich gleich mit meinem Freund Alberti (...) als Kriegsfreiwilliger und - welche Freude - ich wurde angenommen“.

Doch nicht alle verfielen der nationalen Begeisterung. Nachdem auf dem Pirnaer Markt der Mobilisierungserlass verlesen und jubelt worden war, gingen die Menschen schließlich „schweigend auseinander, bedrückt und ahnend das furchtbare Verhängnis“. Überall in der Region wurden die Lebensmittelläden regelrecht gestürmt, und als in Königstein das Mehl ausverkauft war, wurde die Dampfmühle in Hütten belagert.

Der Kriegsausbruch, so der Anzeiger, ließ „in vielen Familien schwere Sorgen aufkommen, wie im Falle der Einberufung des Ernährers den materiellen Schwierigkeiten standgehalten werden kann“. Die Soldatenfrauen hatten zwar Anspruch auf eine geringe Unterstützung, mussten aber ihre „Bedürftigkeit und Würdigkeit“ nachweisen und ihre Vermögensverhältnisse offenlegen. Bei Bewilligung erhielten sie in den Monaten Mai bis Oktober je sechs, in den Wintermonaten je neun Mark. Für jedes Kind wurden monatlich vier Mark gezahlt.

Von einem Tag zum andern war der Kriegsalltag eingezogen und das Land in die erste Katastrophe, die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts gestürzt worden. Bereits am 31. Juli ließ der kommandierende General der Region in Zeitungen und auf Plakaten erklären, dass er als Folge

des Kriegszustandes die vollziehende Gewalt übernommen habe. Ab sofort hatten alle Zivilverwaltungen und Gemeindebehörden den Anordnungen der Militärs Folge zu leisten. Und der General drohte: Sollten sich „durch Verhetzung und Irreführung der Bevölkerung Unruhen auch nur geringfügiger Natur bemerkbar machen“, würden unverzüglich Maßnahmen des verschärften Kriegszustandes eingeführt und „unnachsichtig alle zu Gebote stehenden Mittel“ eingesetzt. Von der Bevölkerung wurden „Opfermut, Patriotismus und freudige und rückhaltlose Unterstützung der Militärbehörden“ erwartet.

Der Sachsenkönig Friedrich August beeilte sich, ein Telegramm an den deutschen Kaiser, den obersten Kriegsherrn, zu schicken: „Es drängt mich, Dir zu sagen, das ich mich in dieser ernsten Stunde eins weiß mit Dir im Vertrauen auf Gott und unser gutes Heer, und dass Meine Sachsen Dir kriegsbereit zujubeln.“ Und der Pirnaer Anzeiger resümierte: „Ein herrliches Bewusstsein darf uns jetzt erfüllen: Wir sind bereit!“

Der Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz rief die Jugend auf, sich mit ganzer Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen und bei der Ernteeinbringung zu helfen.

Die Pirnaer Frauen des Deutschen Flottenbundes forderten „die Frauen, Mütter und Schwestern“ auf, sich für die Arbeit in den Lazaretten zur Verfügung zu stellen. Der Turnrat der Pirnaer Turngemeinde rühmte sich der Tatsache, dass „eine große Anzahl unserer Mitglieder freudig zu den Fahnen eilte, um ihrer hohen vaterländischen Pflicht zu genügen, für die treue turnerische Arbeit ihren Körper gestählt hat“.

Die Frauen und Mädchen wurden ermahnt, während des Krieges „nicht in auffälliger, eleganter Kleidung einherzugehen“. Der Pirnaer Anzeiger zeigte sich zuversichtlich, „dass unsere Damen Takt genug besitzen, um sich jetzt so einfach wie möglich auf der Straße zu zeigen und auch bis auf weiteres auf das Tragen von kostbarem Schmuck und auffallenden Kleidern sowie Hüten zu verzichten“. Alle „deutschen Männer und Frauen“ wurden aufgefordert, auf Agenten und Spione zu achten, „die Zunge zu hüten“ und „ein dreifaches Schloss vor den Mund zu legen“. An die Zeitungen erging die Weisung, Artikel und Inserate „aufreizenden Inhalts über Lebensmittelteuerungen“ zu unterlassen. Verschwiegenheit galt nicht nur für Informationen militärischen Charakters, die in Feldpostbriefen von der Front in die Heimat gelangten, sondern auch für alle Vorgänge in den Betrieben, die „den Feinden zu Schlüssen über militärische Maßnahmen Veranlassung geben könnten“. Zuwiderhandlungen wurden mit Festung bis zu drei Jahren oder Geldstrafen bis zu 5000 Mark bestraft.

Honoratioren der Stadt gründeten einen Liebesgabenausschuss, der sich zum Ziel setzte, „die in den Krieg ausrückenden und im Felde stehenden Truppen sowie die Verwundeten durch Liebesgaben zu erfreuen“. Zu den Aufgaben

des Ausschusses gehörte auch die Einrichtung und Unterhaltung von Lazaretten in Pirna und Berggießhübel, für die bei einem in Aussicht genommenen Betrieb von einem halben Jahr (!) 100.000 Mark veranschlagt wurden. Alle, die „noch ein festes Einkommen“ hatten, wurden aufgefordert, regelmäßig einen bestimmten Betrag zu spenden. Arbeiter der Pirnaer Betriebe gaben bis zu einem Viertel ihres Lohnes. Vermisst wurde im Anzeiger eine gleiche Opferwilligkeit bei der Beamtenschaft und den kaufmännischen Angestellten.

„Kein Kampf ohne Opfer“

Obwohl Siegesmeldungen von der Front kamen, trat bereits nach wenigen Wochen Krieg Ernüchterung ein. Das schnelle Abflauen der patriotischen Begeisterung hatte vor allem damit zu tun, dass sich der Krieg schlagartig im Alltag auswirkte und der ausgerufene Kriegszustand in der Heimat zu schmerzlichen Einschnitten ins gesellschaftliche Leben führte: Die Presse- und Versammlungsfreiheit waren stark eingeschränkt, Streiks und Lohnkämpfe selbstverständlich verboten, die Postzensur und zahlreiche Reisebeschränkungen eingeführt.

Erste Anzeichen der nachlassenden „vaterländischen Hochstimmung“ zeigten sich bereits am Sedanstag, der im Deutschen Kaiserreich jedes Jahr am 2. September gefeiert wurde. In Erinnerung an den Sieg über das Gros des französischen Heeres und die Gefangennahme Napoleons III. 1870 bei Sedan wurden chauvinistische Sprüche geklopft und kraftmeierische Reden gehalten. 1914, als es wieder gegen Frankreich, den „Erbfeind“, ging, sollte der Tag besonders eindrucksvoll begangen werden. Das Kultusministerium wies die Schulen an, erziehungswirksame Feiern vorzubereiten, alle städtischen und kommunalen Gebäude waren zu beflaggen, und auch von den Einwohnern wurde erwartet, die Häuser festlich zu schmücken. In der Feier am Realgymnasium prophezeite Dr. Geißler in seiner Festrede, dass der Sieg von Sedan in den Schatten treten werde, denn die Größe des jetzigen Ringens lasse noch Gewaltigeres als Sedan erhoffen. Zwar sei es nicht allen vergönnt, vor dem Feind zu stehen, aber es bedürfe dessen auch nicht: Durch Erfüllung aller alltäglichen Pflichten diene ein jeder mit seinem Teile dem Vaterlande. Und der Pirnaer Anzeiger schwelgte in alten Erinnerungen, die „eine große Zeit lebendig werden“ ließen. „Da wallte es auf im Herzen der alten Kampfgenossen, die einst gegen den Erbfeind im Feuer standen und die am liebsten trotz des weißen Haares noch mit hinauszögen.“

Am Abend versammelten sich viele Pirnaer auf dem Marktplatz. Und als nach dem Geläut der Glocken von St. Marien die Hochs auf Kaiser und Reich, König und Vaterland verklungen waren, „da brach es donnergleich hervor: 'Nun danket alle Gott', 'Deutschland, Deutschland über alles' und die 'Wacht am Rhein' wurden angestimmt“. Ein geschlossener Zug formierte sich und zog durch die nächtlichen Gassen, patriotische Lieder singend. Doch es war nicht mehr die große überschäumende Begeisterung, die noch vier Wochen vorher bei Kriegsausbruch zu beobachten war, und der Pirnaer Anzeiger konstatierte tadelnd: „Da unsere Truppen im Felde bisher Sieg auf Sieg errangen, hätte die Freude allgemein sein müssen, doch zählte man in der inneren Stadt, der Bahnhof- und Gartenstraße nicht weniger als 109 Häuser, die des Flaggenschmucks entbehrten. Das zeugt von Lauheit selbst in diesen großen Tagen.“

Besonders entrüstet zeigte sich der Anzeiger, als erste französische Kriegsgefangene eintrafen und „Damen sich an sie herandrängten, um ihnen Liebesgaben und Blumen zu überreichen“. Die „Schamlosen und Ehrvergessenen“ schreckten nicht davor zurück, „sich Uniformknöpfe als Souvenirs zu erbetteln“. Die Zeitung drohte: Sollten sich ähnliche Vorfälle wiederholen, so würden „die Namen der würdelosen Weiber festgestellt, um sie an den Straßenecken bekannt zu machen und der Öffentlichkeit preiszugeben“. An „die deutschen Frauen und Mädchen“ erging, „angesichts solcher traurigen Vorgänge“ ein Aufruf, in dem es hieß: „Wir wollen die Gefangenen nicht misshandeln, aber wir wollen nicht vergessen, dass es Feinde unseres Vaterlandes sind, Feiglinge, die im Kampfe die Waffen von sich warfen.“

Heftig reagierte der Anzeiger auch auf das Treiben einiger Zeitgenossen, die trotz der Kriegszeit ihre Zeit „in Lust und Fröhlichkeit“ auf Tanzsälen verbrachten und sich „mit Alkohol volllaufen ließen“. Die Wirte hätten offenbar den Hinweis, dass in diesen Zeiten Lustbarkeiten nicht angesagt seien, nicht verstanden. Der Amtshauptmann ordnete an, dass ab sofort für Tanzveranstaltungen eine ausdrückliche Genehmigung einzuholen war.

Seit Kriegsbeginn lebten die Menschen in ständiger Anspannung. Jeden Tag gingen irgendwelche Gerüchte um, die Unruhe und Aufregung verursachten. Bereits in den ersten Kriegstagen brach eine regelrechte „Spionitis“, eine Agentenhysterie, aus. In Pirna wurde ein angeblicher russischer Spion verhaftet, der es auf die Brücke abgesehen haben sollte. Unter Drohungen und Schmähungen wurde er durch die Stadt geführt. Schließlich entpuppte sich der Verhaftete als harmloser Zeitgenosse. In Niedersiedlitz machte sich ein „Agent“ am Bahndamm zu schaffen. Wachposten schossen und verletzten den Mann.

Es war ein diensttuender Bahnbeamter. Ein Mann sprach in der Stadt einen Soldaten an und machte sich dadurch als Spion verdächtig. Er wurde verhaftet. Es war der Kaplan der Pirnaer katholischen Gemeinde.

Die Bewohner der gesamten Amtshauptmannschaft wurden aufgefordert, auf fremde, „rasendschnelle“ Automobile zu achten, mit denen angeblich 100 Millionen Goldfranken aus Frankreich nach dem verbündeten Russland transferiert werden sollten. Überall wurden Feuerwehrleute als Beobachter postiert, Straßen wurden gesperrt, und in Hohnstein ließ der Rat an den Stadteingängen Doppelposten aufstellen. In Sebnitz wurde die Straße nach Böhmen am Zollhaus aufgerissen, um die Fahrzeuge zu zwingen, langsam zu fahren. Nachts wurde der Grenzübergang mit Leiterwagen total gesperrt. Am Sebnitzer Schützenhaus wurden zwei Nonnen gesehen, die, so das Gerücht, später als russische Spione enttarnt wurden. Sie hätten den Auftrag gehabt, mit „Cholerabazillen“ das Trinkwasser zu vergiften.

Anfang Oktober 1914 strebte die Agentenhysterie ihrem Höhepunkt zu und war kaum noch zu überbieten. „Jetzt wird Deutschland von Spionen geradezu überschwemmt“, hieß es im Anzeiger. Überall würden russische, französische und englische Agenten arbeiten und ihre Auftraggeber über Militärbewegungen, Rüstung und die Ernährungslage unterrichten. Besonders massiert wären diese Leute in der Nähe der Grenze, im Umfeld von Festungen, militärischen Anlagen und Eisenbahnlinien im Einsatz, Die Zeitung forderte Wachsamkeit und auf jeden zu achten, „der sich durch wiederholten und längeren Aufenthalt auf Bahnhöfen oder in der Nähe von Kasernen, Schießplätzen und Verkehrseinrichtungen verdächtig macht“.

Vorsicht und Zurückhaltung seien bei Gesprächen in Verkehrsmitteln und in Wirtshäusern, aber auch im eigenen Freundeskreis geboten. „Man sei vorsichtig in der Mitteilung von Nachrichten vom Kriegsschauplatz aus Feldpostbriefen. Jedes unvorsichtige Wort kann dem Feind nützen, uns aber unzählige Opfer kosten und dadurch zu einer schweren Versündigung am Vaterlands werden.“ Zusätzlich zum militärischen Wachdienst wurden Zivilisten geworben, um Lebensmittellager, Bahnanlagen, besonders Tunnels und Brücken, und Fabriken vor „verräterischen Anschlägen“ zu schützen. Die Bevölkerung wurde warnend darauf hingewiesen, dass die an wichtigen Objekten aufgestellten Militärposten den Befehl hätten, scharf zu schießen. Dem „Halt!“-Ruf der Posten sei deshalb unverzüglich Folge zu leisten. „Namentlich nervösen Leuten möchten wir dringend ans Herz legen, nicht in Bestürzung davon zu eilen.“

Besonders erregte sich der Anzeiger über Schwätzer, „die bedenkenlos lächerliche Kriegsgerüchte verbreiteten“. Die Leser wurden aufgefordert, diese Leute zur Anzeige zu bringen, und keiner hätte zu befürchten, deshalb als Anschwärzer gebrandmarkt zu werden. In „Leserbriefen“ wurde gedrängt, „solchen superklugen Bierbank- und Bahnwagenstrategen tunlichst das Handwerk zu legen“.

Doch die kritischen Diskussionen waren nicht unter der Decke zu halten, denn die Illusion von einem schnellen Sieg war dahin. Die Blätter fielen von den Baumen, und es war keine Aussicht, dass die Männer zurückkehrten. Und so häuften sich mit der Dauer des Krieges in den Briefen der Frauen an die Soldaten an der Front die Klagen über die rasante Verteuerung der Lebensmittel, die zunehmenden Versorgungsengpässe und die Belastungen der Soldatenfrauen durch Familie und Beruf. Die militärische Führung befürchtete die Beeinträchtigung der Kampfmoral und drängte die Behörden und Zeitungsredaktionen in der Heimat, den Frauen klar zu machen, das Jammern zu unterlassen. Und so forderte auch der Pirnaer Anzeiger seine Leser auf, „in den Briefen an unsere tapferen Kämpfer nicht allerlei kleinliche Sorgen und Klagen auszubreiten“. Man solle den Männern nicht den Kopf schwer machen mit Klagen über Unannehmlichkeiten, kranke Kinder, gestiegene Preise, Gerüchte und Klatschgeschichten. Dafür sende man

den Soldaten lieber „öfter eine gute heimatliche (selbstverständlich durch die Zensur zurechtgestutzte) Zeitung, aus der sie sich über die Ereignisse ein Bild machen können“. Den Briefen aber vertraue man „nur Frohes, Gutes und Schönes an“. Im Übrigen empfahl die Zeitung den Familien, die Angehörige „im Felde“ hatten, Verwandte und Freunde zu „Kriegsabenden“ einzuladen, dabei gemeinsam Feldpostbriefe zu lesen und Liebesgabenpakete an die „braven Streiter“ zu packen.

Die Versuche, die „Heimatfront“ zum Schweigen zu bringen, waren zum Scheitern verurteilt, denn die Schwierigkeiten und Lasten wuchsen den Menschen, die urplötzlich aus einem jahrzehntelangen Frieden in den Krieg gestoßen worden waren, über den Kopf.

Mit Kriegsbeginn brachen die Bereiche der Friedenswirtschaft und der Export zusammen. Plötzlich waren 20 Prozent der Arbeitskräfte ohne Arbeit. In Sebnitz, das vom Export seiner Kunstblumen lebte, sprang die Zahl der Arbeitslosen im August 1914 auf 1800. Der Stadtrat appellierte „an die Herren Arbeitgeber, von der Entlassung von Arbeitern und Angestellten so lange wie irgend möglich abzusehen“.

Zwar hielt diese Massenarbeitslosigkeit infolge der vielen Rekrutierungen und des zusätzlichen Bedarfs der Rüstungsindustrie nur wenige Wochen an, trotzdem war es für die Betroffenen ein Schock, sich um Unterstützung bemühen oder gar an die kommunale Armenhilfe wenden zu müssen. Viele Betriebe mussten die Produktion stark einschränken, weil der Import bisher zu 43 Prozent aus Rohstoffen bestanden hatte und die von England verhängte Blockade der Seewege zu Materialmangel führte. Bereits Mitte August 1914 veröffentlichte der Pirnaer Anzeiger einen „Mahnruf“ der Sebnitzer und Neustädter Blumenfabrikanten. Da die auf Export orientierte Kunstblumenindustrie zusammenbrach und hunderte Familien ohne Lohn und Brot waren, suchte man nach einer Ersatzproduktion. für den Inlandmarkt bot man ein „Sinnbild der treuen Waffenbrüderschaft“ zwischen Deutschland und Österreich an, das, in großen Stückzahlen hergestellt, „an der Brust oder am Hut“ getragen werden sollte. Die Sebnitzer und Neustädter hofften auch, mit der Herstellung von „Gedenk- und Siegeszeichen“ den notleidenden Blumenarbeitern für die Kriegszeit einen Broterwerb zu verschaffen. In den Rüstungsbetrieben aber kam die Produktion auf Touren. Im Sachsenwerk Niedersiedlitz wuchs die Belegschaft von 1914 bis 1917 von 948 auf 5187, und im Zeichen des „Burgfriedens“ stimmten die Gewerkschaften Arbeitszeiterhöhungen zu, sodass sich die Tagesarbeitszeit auf 12 Stunden erhöhte. Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit wurden zur Regel. Besonders hart traf es die Soldatenfrauen. Sie waren gezwungen, in der Kriegsindustrie und in anderen Bereichen die eingezogenen Männer zu vertreten, um für sich und die Kinder einen kargen Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Frauen waren profitable Ausbeutungsobjekte, denn sie erhielten für gleiche Arbeit nur etwa die Hälfte des Lohnes der Männer.

Für die Landwirtschaft war der Krieg eine Katastrophe. Die Ernte war einzubringen, und viele Bauern und Hilfskräfte mussten „ins Feld“. Hinzu kam, dass gleich in den ersten Kriegstagen die meisten Pferde „für Kriegszwecke ausgehoben“ wurden. Vielen Bauern wurde das einzige Pferd genommen, anderen der ganze Bestand. Der Amtshauptmann appellierte an die Bauern, sich mit anderen Zugtieren auszuhelfen, um die Ernte- und Herbstarbeiten durchführen zu können.

In Sebnitz brach der gesamte innerstädtische Transport zusammen, weil in der ganzen Stadt kein Pferd mehr vorhanden war.

Um einen Erntenotstand zu verhindern, wurde die Jugend für die Landwirtschaft mobilisiert und aufgerufen, „ihre Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen“. „Eine reiche Ernte steht auf den Feldern. Väter und Söhne, die sie einbringen wollten, müssen an unsere Grenzen zur Verteidigung des Vaterlandes. Tretet an ihre Stelle, meldet euch alle in

unseren Dörfern zu freiwilliger Hilfe auf den Erntefeldern!“, hieß es im Aufruf. Das Pirnaer Pfadfinderkorps forderte seine Mitglieder auf, sich bereitzuhalten und die Landwirtschaft „als Handlanger oder Erntearbeiter zu unterstützen“.

Schwer zu kämpfen hatten auch die Kleinhändler. Viele Familien waren durch die Einberufung des Ernährers oder plötzliche Arbeitslosigkeit in Not geraten, konnten ihre Schulden nicht bezahlen und mussten ihren Konsum einschränken. Die Pirnaer Händler wandten sich mit einem „Hilferuf“ an die Öffentlichkeit, denn viele von ihnen waren durch den Krieg in eine schwierige Lage gekommen. Sie mussten ihre Lieferanten sofort bar bezahlen, konnten aber ihre eigenen Außenstände durch die allgemeine Kriegsnot nicht eintreiben. Sie richteten deshalb an ihre Kundschaft die dringende Aufforderung, „die noch nicht bezahlten Rechnungen schleunigst zu begleichen und in Zukunft Waren in bar zu bezahlen“. Um den Umsatz zu erhöhen, versuchten einige Geschäftsleute, die Angehörigen der Soldaten zu animieren, „Liebesgaben“ der verschiedensten Art an die Front zu schicken. So bot das Strumpf- und Wollwarenhaus M. J. Wegerd in der Schmiedestraße Leibbinden, Ohren- und Kopfschützer, Puls- und Kniewarmer, wolene Socken, Fußlappen und Trikot- Unterhosen an. Das Manufaktur- und Modewarenhaus F. R. Pötzsch am Obermarkt lieferte „warme Unterkleidung für unsere Krieger“ und empfahl sich makaber „als größter Anbieter zur Trauer am Platze“. Paul Weiss auf der Dohnaschen Straße hielt „für unsere Truppen im Felde Kriegswesten aus wasserdicht imprägnierten Stoffen“ bereit. Die Apotheke am Markt bot „als Liebesgabe für unsere Soldaten“ Salicyl-Menthol-Vaseline „als bestes Mittel gegen wundgelaufene Füße“ an. „Für unsere wackeren Krieger“ hatten F. D. Fraulob auf der Schmiedestraße und Richard Welnert am Steinplatz Tabakspfeifen und -beutel in großer Auswahl im Angebot. Der Optiker Reuscher empfahl, in die Feldpostpakete „ein gutes Fernrohr, Taschenlampe, Kompass und Kartenzirkel“ zu packen. Die Firma Haftmann brachte Haftmanns Magenbitter in Erinnerung, „der sich infolge wohltuender, magenstärkender Wirkung schon in den Feldzügen 1813, 1864, 1886, 1370/71 bewährt hat und der jetzt von unseren tapferen Soldaten wieder regelmäßig verlangt wird“. Und Bäckermeister Erler auf der Langen Straße offerierte „für unsere Krieger hochfeine Stollen, lange haltbar“ für eine Mark.

Der Pirnaer Anzeiger warnte aber auch vor unseriösen Geschäftemachern. So wurden „Platten als Kugelschutz“ angepriesen. Diese „Kugelschützer“ aber würden in keiner Weise ihren Zweck erfüllen, „weil sie selbst auf weite Entfernung von einem Schuss glatt durchschlagen werden“.

„Frieden nährt, Krieg verzehrt“ - diese Erkenntnis war tief ins Völkerbewußtsein eingegraben. Seit eh und je kostete Krieg Geld, viel Geld. 240 Millionen Mark hatte die Reichsregierung im Sommer 1914 als Kriegsschatz gehortet. Allein diese Summe macht deutlich, dass die Politiker und Militärs die Anforderungen eines modernen Krieges in Industriegesellschaften mit Massenheeren und teurem Kriegsgerät total unterschätzten, denn sie reichte gerade aus, um zwei Tage Krieg führen zu können. Vor die Alternative gestellt, die Steuerschraube radikal anzuziehen oder Kriegsanleihen aufzulegen, entschied man sich für das letztere, hatte man doch nach dem Krieg 1870/71 die Anleihen mit den gewaltigen Reparationszahlungen, die das besiegte Frankreich zahlen musste, mit großem Gewinn zurückzahlen können.

Die leere Kriegskasse zwang, die erste „Kriegsanleihe“ bereits im September 1914 auszusprechen, begleitet von Appellen an das patriotische Pflichtgefühl. 1,2 Millionen Zeichner brachten 4,5 Milliarden Mark zum Verpulvern. Diese Art der Kriegsfinanzierung wurde nun in regelmäßiger Folge bis zum bitteren Ende wiederholt, und 1918 hinterließ das Kaiserreich der jungen Republik eine für damalige Zeit ungeheure Staatsschuld von 158 Milliarden Mark.

Der Pirnaer Anzeiger eröffnete am 11. September seinen Appell „an die finanzielle Wehrpflicht der Pirnaer“ mit der Aufforderung: „Zeichnet Kriegsanleihen!“. „Vom neutralen Ausland ist finanzielle Hilfe nicht zu erwarten, auch für die Geldbeschaffung sind wir auf die eigene Kraft angewiesen“, hieß es in dem Blatt. Mit Hinweis auf „die Siege unseres Heeres“ wurde die Gewissheit zum Ausdruck gebracht, „dass wie 1870/71 die Kosten des Krieges schließlich auf diejenigen fallen werden, die den Frieden gestört haben“.

An die „deutschen Kapitalisten“ wurde appelliert, reichlich zu zeichnen und „vom gleichen Geist, beseelt zu sein wie unsere Helden, die in der Schlacht ihr Herzblut verspritzen“. Die „deutschen Sparer“ sollten ihre Konten und Sparstrümpfe räumen und dokumentieren, dass sie „nicht nur für sich, sondern auch für das Vaterland gespart haben“. Sparkassen, Banken, Aktiengesellschaften und Korporationen, die „unter dem mächtigen Schutz, des Reiches erblüht und gewachsen sind“, sollten nun „dem Reich ihren Dank“ abstaten.

Die patriotische Seelenmassage hatte Erfolg. Vor allem Menschen aus wenig bemittelten Kreisen gaben ihre Ersparnisse hin und vertrauten darauf, ihre patriotische Tat nach dem siegreichen Krieg mit einer guten Rendite vergolden zu können.

Im Verlauf des Herbstes zeichnete sich ab, dass ein „Blitzsieg“ eine Illusion war. Der unersättliche Schlund des Krieges forderte neue Jahrgänge an Männern, und die Jugend musste für einen längeren Krieg mobilisiert und vorbereitet werden. Dazu erließ das sächsische Kultusministerium einen Erlass zur Vorbereitung der Jugend auf den Dienst im Heer. Die „große Zeit“ mache es „jedem Deutschen zur Ehrenpflicht, sich freudig zur Verfügung zu stellen“. Deshalb sei die Jugend für den Heeresdienst körperlich zu schulen und zu kräftigen und zur „Hingabe für des Vaterlandes höchste Güter“ zu erziehen. Ein „Aufruf an die männliche Jugend der Stadt Pirna“ forderte, bereit zu sein und für das Vaterland „Blut und Leben einzusetzen“. Alle Jungen ab dem 16. Lebensjahr wurden aufgefordert, zu einer „Jugendmusterung“ in den Tannensälen zu erscheinen. 200 Jungen folgten der Aufforderung und wurden in der Folge auf die „Anstrengungen des Heeresdienstes“ vorbereitet. In der Ausbildungsrichtlinie hieß es: „Mehr als auf bestimmte militärische Übungen kommt es darauf an, Kraft und Anständigkeit, Schärfe der Sinne, den Blick für die militärische Verwendung des Geländes und vor allem die Marschfähigkeit“ zu entwickeln.

Der offensive Bewegungskrieg der ersten Kriegswochen war bald unter schweren Verlusten stecken geblieben und die Front zum Stellungskrieg erstarrt. In der Bevölkerung verbreitete sich Unruhe, „weil die Siegesmeldungen nicht mehr so gehäuft verkündet wurden“. Es sei, so belehrte der Pirnaer Anzeiger die Leser, nicht die Aufgabe der Heeresführung, ständig die Kriegslage zu schildern, nur weil bei einigen Zeitgenossen „Zaghafte um sich greift“. Das Hauptquartier „schweigt aber nicht, wie Zweifler glauben, um dem Volk etwas zu verheimlichen“. Es könne in einem so gewaltigen Kriege nicht täglich Siegesmeldungen geben, und sine zeitweilige Ungewissheit müsse „männlich“ ertragen werden. Die Losung der Heimat; habe zu heißen: „Unerschütterlich glauben wir an den glücklichen Erfolg unserer Sache!“

Im Spätherbst war in Pirna ein Gesamthilfsausschuss gebildet worden, der die Mittel für die Lazarette in Pirna und Berggießhübel, für „Liebesgaben an unsere im Felde stehenden Brüder“, für die Unterstützung der Soldatenfamilien und für die Errichtung von Horten zur Betreuung der Kinder der in der Rüstungswirtschaft arbeitenden Frauen aufbringen sollte.

Ein Appell forderte die Bevölkerung auf, sich „gegen den Ansturm der Feinde wie ein Mann“ zu erheben und „die Ehre des Vaterlandes“ zu verteidigen. „Aber kein Sieg ohne

Kampf, kein Kampf ohne Opfer! Auch wir, denen es nicht vergönnt ist, im Felde für Deutschlands Ehre zu fechten, müssen zeigen, dass es uns an Opfermut nicht gebricht. Von jedem erwartet das Vaterland, dass er nach besten Kräften hilft.“ Allein für die Unterhaltung der Lazarette mussten monatlich in der Region 15.000 Mark aufgebracht werden.

Besonders hatte man 33 auf die Goldmünzen in den Sparstrümpfen abgesehen, von Generationen zurückgelegt für eventuelle Notzeiten. „Wechselt die Goldmünzen gegen Papiergeld! Sie gehören in den Schatz der Reichsbank!“, trommelte der Anzeiger und lobte, dass bereits ein reger Umtausch bei den örtlichen Kassen stattfand. Aber Millionen von Goldstücken befänden sich noch landesweit im privaten Besitz, besonders unter der ländlichen Bevölkerung. „Wir richten deshalb nochmals an alle, die Goldmünzen zurückhalten, die Bitte, diese ungesäumt gegen andere Zahlungsmittel umzutauschen und dadurch ihre Liebe zum deutschen Vaterlands zu bezeigen.“

Neben diesen finanziellen Opfern wurde fortlaufend zur Abgabe von „Liebesgaben an unsere tapferen Kämpfer“ aufgefordert. Die Pirnaer Hauptsammelstelle schickte bereits die fünfte Lieferung in 25 Kisten an die Front, gefüllt mit hunderten Zigarren-, Zigaretten- und Tabakpäckchen, 40 Paketen mit Seife, Schokolade und Wurst, aber auch mit 641 Paar Socken 627 Müffchen, 89 Unterhosen, 83 Hemden, 131 Paar Fußlappen, 90 Taschentüchern, Dutzenden Kniewärmern, Brust-, Kopf- und Ohrschützern, Schlafdecken, Essbestecken und Tabakspfeifen.

Dabei zeigten sich vor Weihnachten in der Heimat zunehmend Versorgungsprobleme. Zwar versicherte der Anzeiger, dass „genug Brotkorn im Lande“ sei, ermahnte aber alle: „Schneidet kein Stück Brot mehr ab, als ihr essen wollt!“ Die Menschen wurden aufgefordert, das sogenannte „Kriegsbrot“, das mit Kartoffeln gestreckt war, zu essen. „Wenn alle es essen, brauchen wir nicht in Sorge zu sein, ob wir immer Brot haben werden.“ Allorts wurden die Getreide- und Mehlvorräte „zur Sicherung des endgültigen Sieges“ erfasst, und es wurden hohe Strafen für alle angedroht, die unrichtige Angaben machten.

Kriegsweihnacht und Hoffnung auf „glorreichen Frieden“

Je länger der Krieg dauerte, um so öfter bildeten sich vor den Lebensmittelgeschäften Schlangen. Das Mehl wurde knapp, Brot mit Zusatzstoffen gestreckt, die Preise für Butter, Fleisch, Gemüse und viele andere Lebensmittel stiegen unaufhaltsam, und der Pirnaer Anzeiger gab in der Vorweihnachtszeit 1914 Ratschläge für den Lebensmittelverbrauch im Krieg. An Stelle von Weißgebäck waren Roggenprodukte auf den Tisch zu bringen, mit Fett war äußerst sparsam umzugehen, statt Reis, Linsen, Erbsen und Bohnen, die zum großen Teil eingeführt werden mussten, sollten häufiger Grieß, Haferflocken und heimisches Gemüse verbraucht werden. Die „Kolonialgewürze“ hatten Löwenzahn, Brennesseln, Sauerampfer, Salbei und Gänsefuß zu weichen.

Nach fast fünf Monaten Krieg machten sich Kriegsmüdigkeit und Verzagtheit breit, und vielen wurde bange vor der ersten „Kriegsweihnacht“. Zwar läuteten vor Weihnachten wieder einmal die Siegesglocken von den Kirchtürmen, weil die von Hindenburg geführten Truppen bei Tannenberg die Zarenarmee besiegt hatten. Städte und Dörfer zeigten Fahnschmuck, sie Kinder hatten „siegfrei“, und vielerorts fanden „Siegesfeiern mit markigen Ansprachen“ statt gegen „französische Rachsucht, englische Scheelsucht und russische Eroberungssucht“. An den Anschlagtafeln mit den Siegesmeldungen sammelten sich Menschentrauben. Doch die Hochstimmung der ersten Kriegswochen war verflogen, und der Anzeiger beklagte, dass weniger Fahnschmuck als bei früheren Siegesfeiern zu beobachten war. Er belehrte seine Leser: „Keine Fahnenstange sollte an solchen Tagen leer sein, denn wir sind es unseren braven Kriegern schuldig,

dass wir ihnen Dank zollen.“ Deshalb dürfe „bei künftigen guten Meldungen keine Fahnenstange unbeflaggt bleiben“.

Mit einer großangelegten Aktion „Weihnachten im Felde“ wurde dafür geworben, den „Kriegern“ Weihnachtspakete mit besonders begehrten Dingen wie Butter, Schmalz, Margarine, Heringe „in kleinen Gebinden“, aber auch Tabakwaren, Schokolade, Tee, Kakao und Kerzen für den Weihnachtsbaum zu schicken. Pirnas Händler empfahlen praktische Gegenstände für den Kriegsalltag: Die Firma Hafftmann schlug vor, Feldpostbriefe mit Magenbitter-, Rum-, Arrak- und Kognakfläschchen zu füllen. Uhrmachermeister Eigner bot „Militärdienstuhren, nachts leuchtend“, an. Emil Schumann auf dem Markt hatte ein „Wärmeöfchen, in der Hosentasche zu tragen, unseren Kriegern gegen Kälte sehr wohltuend“, im Angebot. Georg Kittel riet, „Feld-Essbestecke“ nicht zu vergessen, und die Drogerien Fuchs auf der Gartenstraße und Mierisch am Elbtor offerierten „gegen Ungeziefer im Felde Fenchelöl zum Betupfen der Kleidung“. Die Geschäftsleute hofften, durch dieses Weihnachtsgeschäft „für manchen Ausfall entschädigt zu werden, den sie infolge des Krieges erlitten“ hatten.

Die Mitarbeiter der Hilfsausschüsse gingen in den Städten und Dörfern von Haus zu Haus und sammelten Weihnachtsgaben für die Soldaten aus dem Ort. In Lohmen z. B. wurden neben 2220 Mark an Spenden 44 Pakete mit Rauchwaren, Schokolade, 136 Paar Strümpfen, 40 Unterhosen, 86 Hemden, 95 Paar Pulswärmern, sechs Brustschützern, 230 Taschentüchern und drei Paar Handschuhen gepackt. An die Lazarette gingen 12 Betttücher, 16 Bett- und Kissenbezüge und elf Zentner Obst.

Die Lohmener Schuljugend sammelte 107 Mark „für die Helden im Feindesland“ und kaufte dafür Wolle für 38 Schals, 45 Paar Socken und 42 Paar Müffchen.

Fast jede Familie im Bezirk, so der Anzeiger, habe sich an der Aktion „Weihnachten im Felde“ beteiligt und „den tapferen Streitern draußen an der Front, die furchtlos und todesverachtend für uns bluten und kämpfen, den Dank des Vaterlandes“ dergebracht.

Die Kinder fanden auf den Gabentischen „allerhand Kriegsgeräte“ wie Gewehre, Säbel, Trompeten, Trommeln und Uniformen. Und so „paradierten an den Feiertagen die kleinen Feldgrauen in ihrer Ausrüstung auf den Straßen“. Der Anzeiger registrierte das mit Genugtuung, zeigte es doch, „wie der Geist der großen Zeit schon die Kleinen erfüllt hat“.

Das Jahr 1915 wurde mit dem Wunsch begrüßt, es möge einen „ehrenvollen Frieden“ bringen. Der Kaiser rühmte in seinem „Neujahrsgruß an Marine und Heer“ die „glänzenden Siege“ und dass „die deutschen Armeen überall in Feindesland“ stehen. „Nächst Gottes Führung vertraue Ich auf die unvergleichliche Tapferkeit der Armee und der Marine und weiß Mich eins mit dem ganzen deutschen Volke. Derum unverzagt dem neuen Jahr entgegen, zu neuen Siegen für das geliebte Vaterland!“

Die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten, die fünf Monate Krieg bisher gekostet hatten, wurde verschwiegen .

Die Menschen gingen „ernst und feierlich, ganz dem Charakter der Zeit entsprechend“, in das neue Jahr und unterließen den sonst üblichen Silvesterlärm. Wie in früheren Jahren war der Marktplatz um Mitternacht Treffpunkt vieler Pirnaer. Superintendent Kröber trat auf den Rathausbalkon und „lenkte die Gedanken empor zu Gott, ihm dankend für die Siege und ihn bittend, dass er uns im neuen Jahr einen glorreichen Frieden bescheren möge“. „Heil 1915!“, rief er der Menge zu, und „Heil und Sieg!“ schallte es zurück. Die Musik spielte „Deutschland, Deutschland über alles“, und viele stimmten ein.

Zur „Kriegssilvester-Feier“ in der dicht gefüllten Stadtkirche hatte der Superintendent „in wuchtiger Sprache“ gemahnt, die Aufgaben der Kriegszeit zu erfüllen. Viel Not, Sorge und Herzeleid seien über die Menschen gekommen, „aber auch viel Schönes und Herrliches brachte die Kriegszeit“ .

Mitte Januar gab die Bäckerinnung von Pirna und Umgebung bekannt, dass es ab sofort nicht mehr möglich sei, frühmorgens frischgebackene Semmeln zu liefern, da die Nachtarbeit verboten worden war. Auch mussten dem Weißbäck 30 Prozent Roggenmehl oder „andere mehlintige Stoffe“ beigemischt werden, „wodurch ein ganz anderes Aussehen sowie ein anderer Geschmack entstehen“ würden. Die Bäcker baten ihre Kundschaft, trotz dieser Maßnahmen ihrem Meister treu zu bleiben und „die Entsagung der fri sehen Brötchen am Morgen gern auf sich zu nehmen“. Die ganze Aktion diente dem Ziel, den Verbrauch an Gebäck einzuschränken, stieß aber ins Leere, weil „in völliger Verkennung der ernsten Beweggründe“ umso mehr frisches Gebäck zur nachmittäglichen Kaffeezeit konsumiert wurde. Um den Unbelehrbaren den Appetit auf knusprige Brötchen zu nehmen, wurde verboten, Semmeln an dem Tag, an dem sie gebacken wurden, zu verkaufen.

Auch das sogenannte K-(Kriegs-)Brot, das mit Kartoffeln gestreckt war, wurde von vielen boykottiert. Das sei, so der Anzeiger, leider ein Zeichen dafür, „dass unserer Bevölkerung der Ernst der Nahrungsmittelversorgung noch nicht genügend einleuchtet“. Jeder müsse endlich den Verzehr des K-Brottes als „patriotische Ehre“ betrachten, und die Meinung, dieses Brot würde „den Speisezettel proletarisieren“, sei als unpatriotisch zurückzuweisen. Die Zeitung appellierte an das vaterländische Gewissen: „Deutsche Männer und Frauen, esst Kriegsbrot! Fordert es bei eurem Säcker! Er muss es liefern!“ Und im Übrigen wisse man „von unterrichteter Seite“, dass auch beim Kaiser das K-Brot auf den Tisch komme. Doch die Appells waren vergebens. Ende Januar hatte sich die Lage so zugespitzt, dass zur Sicherung der Brotversorgung private Mehlvorräte beschlagnahmt werden mussten. Zu diesem Zwang müsse gegriffen werden, „da die Vernunft viel zu vieler versagt hat“. Die Maßnahme sei eine „nationale Notwendigkeit“, um eine gleichmäßige Versorgung mit Schrot sicherzustellen“. Die Haushalte wurden verpflichtet, ihre Mehlvorräte anzugeben, und Polizei und Kommunen hatten das Recht, die Mengen, die 25 Kilogramm überstiegen, zu enteignen. Der Pirnaer Anzeiger kommentierte: „Die Behörden werden auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken, um die Allgemeinheit gegen die Unvernunft einzelner zu schützen.“

Die gedrückte Stimmung sollte mit den Feierlichkeiten zum Kaisergeburtstag am 27. Januar aufgehellt werden. Dörfer und Städte hatten „regen Flaggenschmuck* angelegt, und in Pirna „standen selbst die entlegensten Straßen nicht zurück“, lobte der Anzeiger. Überall flatterten die Fahnen, „eis winkten sie dem Kaiser Begeisterung und Glückwünsche zu“. Die Garnison marschierte geschlossen zum Kirchgang, in den Schulen wurden Festreden gehalten und vaterländische Lieder gesungen, und die Kinder hatten anschließend schulfrei. Im Realgymnasium verstieg sich Direktor Dr. Schmerler zu der Behauptung, der Krieg habe „die schwindende Ehrfurcht vor allem Höheren und Heiligen überwunden“ und „alles Gute und Edle aus den Tiefen der Volksseele emporgehoben“. Mit dem Willen **zum** Durchhalten sei auch wieder „die Treue gegen Gott und gegen das Vaterland bis zum Tode“ erwacht. In der Mädchenbürgerschule pries Oberlehrer Büttner in begeisternden Worten „die Größe unserer Zeit“. Die Männer hätten sich „gewappnet um den Kaiser geschart“, die Frauen sich „dem Vaterlande zur Verfügung gestellt“, und die Kinder wären auf die Dörfer gezogen, um die Feld-arbeitsplätze zu ersetzen.

Es war nicht nur die leere Kriegskasse, die die Reichsregierung immer wieder vor schier unlösbare Probleme stellte. Es waren vor allem die fehlenden Devisen, ohne die es keine kriegswichtigen Rohstoffimporte gab. Die Golddeckung der Währung wurde immer fragwürdiger, und der Staat bedrängte seine Bürger, sich auch vom letzten zurückgelegten Goldstück zu trennen. Der erste Angriff auf die Sparstrümpfe hatte in der Amtshauptmannschaft Pirna über eine Million Mark in Gold in die Kasse der Reichsbanknebenstelle gespült. Jetzt forderten Aufrufe im Anzeiger dazu auf, neben Münzen auch Gold- und Silbergegenstände herauszugeben. „Noch besitzen viele Schmuck und Gegenstände aller Art aus edlen Metallen, die in dieser schweren Zeit dem Vaterlande geopfert werden sollten“, unterstützte der Anzeiger die Aktion. Wenige Tage später konnte

die Zeitung verkünden, dass aus dem Sachsenlande bereits Preziosen im Wert von über zwei Millionen Goldmark in die Tresore der Reichbank gekommen seien. „Aber“, so das Resümee, „noch ist nicht alles Gold aus seinem Versteck hervorgeholt. Wenn allein in einer Stadt von etwa 7000 Einwohnern für 75.000 Gold zusammengebracht wird, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, dass gerade in kleinen Städten und Gemeinden noch viel Gold vorhanden ist. Derum nochmals der Ruf: Bringt das letzte Gold zur Reichsbank!“ Und dreist wurde behauptet, ein Zehn-Mark-Goldstück sei nicht mehr wert als ein Zehn-Mark-Schein.

Sogar die Schulkinder wurden losgeschickt, um „überall nach Gold zu fragen“. Vater, Mutter, Großeltern, Verwandte und Bekannte sollten sie „inständig und unaufhörlich bitten, ihr Gold zum Einwechseln zu geben“. Die Lehrerschaft des Realgymnasiums hatte die Schüler mit dem Auftrag in Marsch gesetzt, in Pirna und in den Dörfern und Städten der Umgebung „nach Geldvorräten zu forschen“, sie einzusammeln und in der Schule zum Umtausch in Papiergeld abzuliefern. Haus um Haus, Straße um Straße wurden von den Kindern abgearbeitet und in wenigen Tagen 50.260 Mark in Gold erfasst.

Doch auch die Millionen, die die 1. Kriegsanleihe im Herbst 1914 in die Kriegskasse gebracht hatte, waren ein halbes Jahr später dahin, und „das Vaterland“ forderte neue finanzielle Opfer. Am 25. Februar 1915 rief der Pirnaer Anzeiger zur 2. Kriegsanleihe auf: „Die Stunde ist gekommen, da von Neuem an das gesamte deutsche Volk der Ruf ergehen muss: Schafft die Mittel herbei, deren das Vaterland zur Kriegführung bedarf!“ Es sei nicht nur Pflicht, sondern Ehrensache eines jeden, „dem Vaterlande (...) mit allen Kräften zu dienen“, und „ein jeder trage nach seinem besten Vermögen zur Beschaffung der Mittel bei, die unsere Helden draußen zum Leben und Kämpfen brauchen. Helft die Lauen aufzurütteln“. Auch die Kinder wurden aufgefordert, ihre Ersparnisse für die Weiterführung des Krieges zu geben. Alle Schulen der Region beteiligten sich an der Aktion, und von den Schülern des Realgymnasiums wurden fast 5000 Mark gezeichnet. Insgesamt erbrachte die 2. Kriegsanleihe allein im Pirnaer Bezirk etwa 9 Millionen Mark, 6,85 Millionen Mark mehr als bei der 1. Kriegsanleihe zu Beginn des Krieges. „Unsere Gegner werden mit Staunen und Grauen auf die Opferwilligkeit des Volkes und seine finanzielle Stärke schauen“, kommentierte der Anzeiger das Ergebnis,

Kampf um den Sieg in deutschen Küchen

Im Frühjahr 1315 spitzten sich die Versorgungsprobleme zu. Der Kampf um das tägliche Brot wurde immer schwerer,

Anfang März ließ tagelang anhaltender Regen die Flüsse über die Ufer treten. Die Gottleuba war zum wütenden Strom geworden, der rauschend und brausend seine Wassermassen über das Wehr an der Reitbahnstraße wälzte. Auch die Elbe stieg rasch an. Aus Böhmen wurden immer höhere Pegelstände gemeldet, und man befürchtete ein Hochwasser, wie man es seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hatte. Die Pirnaer räumten in den elbnahen Straßen die Keller, die sich auch bald mit Wasser füllten. Das Stegwerk wurde an der Wippbrücke, am Carolabad und in der Schifftorvorstadt aufgebaut.

In Schandau waren der Markt, der Basbeiplatz und ein Teil der Badstraße überflutet. Der durchnässte Boden geriet vielerorts an den steilen Hängen in Bewegung. In Rathen rutschte die Stützmauer am Weg zur Burg den Berg hinunter und richtete beträchtliche Schäden an Gebäuden an. Im Tiefen Grund bei Hohnstein brachen mehrere große Felsblöcke los und sperrten für längere Zeit die Straße. Einsetzender Frost ließ den Regen in Schnee übergehen, und die Flut wurde gebannt.

Alle Versuche, während der ersten Kriegsmonate die Brotversorgung sicherzustellen, waren gescheitert. Ende Februar 1915 mussten Brotmarken eingeführt werden. Ihre Ankündigung hatte in vielen Orten dazu geführt, dass sich in den Bäckereien regelrechte „Kämpfe um das tägliche

Brot“ abspielten, weil die Bäcker Weisung hatten, nur noch eine geringere Menge zu backen und „leider sehr viele Leute das Bestreben zeigten, sich vor Einführung der Brotmarken noch mit einem möglichst großen Brotvorrat zu versehen“. Der Pirnaer Anzeiger ermahnte die Hausfrauen, „sich auf die ihnen zugewiesenen Brotmarken einzuschränken, damit wir unseren Feinden nicht ein Bild der Disziplinlosigkeit bieten und im Sommer einem Notstand entgegengehen“.

Die sächsische Regierung verbot auch die Herstellung von Kuchen aus Getreidemehl. Erlaubt war, auch privat, das Kuchenbacken nur noch mit Reis-, Mais- und Kartoffelmehl, Gleichfalls verboten wurde die Herstellung von Nudeln, Waffeln, Keksen, Pfefferkuchen und Suppenmehlen.

Um mit der Lebensmittelnot zurecht zu kommen, wurden die Hausfrauen von den Räten der Stadt und Gemeinden zu Vorträgen über „Kriegsernährung“ eingeladen. In jeder „deutschen Küche“ müsse das Tagwerk der Frauen unter der „heiligen Mahnung“ stehen: „Denkt an die Zukunft des Vaterlandes und helft siegen!“ Alle hätten Opfer zu bringen und darauf zu achten, „ihrem Körper nicht mehr Nahrung zuzuführen als er braucht“. „Wenn alle Hausfrauen Schulter an Schulter kämpfen“, bekräftigte der Anzeiger, „dann wird uns England nicht aushungern können“.

In vielen Orten fanden „Kriegskochkunst-Kurse“ statt, und eine Broschüre mit Rezepten für „Kriegsmahlzeiten“ fand reißenden Absatz. Eine „Auskunft für Volksernährung“ bot ihre Dienste an und stellte sich das Ziel, die Hausfrauen während des Krieges zu Fragen der täglichen Ernährung zu beraten.

Wer sich in diesen Kriegszeiten weigere, statt Kalbsbraten Gräupchen, statt Butterbrot Fettbrot zu essen, der versündige sich am ganzen Volk und gehöre in die Reihe unserer Feinde. Neben den Hausfrauen sei auch den Dienstboten „mit nimmermüder Energie“ zu erklären, mit Nahrungsmitteln sparsam umzugehen und nichts umkommen zu lassen.

Denn: „Der Existenzkampf wird nicht nur draußen auf den Schlachtfeldern, sondern auch in jeder, auch der kleinsten Küche entschieden.“

Die Kommunen wurden gedrängt, „Kriegsgemüseanbau“ zu betreiben und „endlich alle brachliegenden Geländestücke in Bebauung zu nehmen“. Schulen wurden beauftragt, einen „kriegsmäßigen Biologieunterricht“ zu erteilen, denn in der Zeit der „Nahrungsschwierigkeiten“ habe man sich „auf den Schatz der Heil- und Nahrungspflanzen“ zu besinnen. Diesen Schatz nutzbar zu machen, werde nunmehr den Schulen zur Pflicht gemacht. Im Krieg sei nicht die Zeit, „mit Pflanzenbestimmungsbüchern Staubfäden zu zählen“. Den Schulen wurden Auflagen erteilt, in den Schulgärten Pflanzen anzubauen, die zu Salat, Gemüse und Brotbelag genutzt werden konnten. Im Frühjahr zogen die Kinder mit Körben in die Natur, um Brennesseln, Löwenzahn, Wegwarte, Schafgarbe und Sauerampfer zu sammeln. Die Räte der Städte und Gemeinden ließen einen Aufruf mit der Überschrift „Seid sparsam mit Brot!“ anschlagen, um „dem Publikum zum Bewusstsein zu bringen“, dass „eine glückliche Wendung des Krieges nicht zuletzt von der Sparsamkeit im Brotverbrauch abhängt“. Es wurde vorgerechnet, dass drei Millionen Zentner Brot bis zur nächsten Ernte gespart werden könnten, wenn bei jeder Mahlzeit auf 4,5 Gramm Brot verzichtet würde.

Je mehr den Frauen die Probleme über den Kopf wuchsen, um so „ernsthafter“ wurden sie ermahnt, die familiären Sorgen nicht „den vor dem Feind stehenden Männern“ mitzuteilen. Die „Kämpfer“ sollten „im Gemüt frei bleiben“, damit sie „mit ganzer Seele lediglich an ihre große Aufgabe denken“. Die Frauen sollten den Soldaten „Herz und Hirn stärken“ und „nur Angenehmes und Freudiges“ mitteilen, damit sie „mit frischen und leichten Herzen in den Kampf ziehen“. Und wenn Frauen Schweres zu tragen hätten, sollten sie es „tapfer für sich allein durchfechten“. Das sei „ihr Anteil am großen Kampf“.

Der 1. April 1915, Bismarcks 100. Geburtstag, wurde zum Anlass genommen, um den angefresenen Durchhaltewillen der Bevölkerung zu stärken. „Fahnen heraus!“ forderte der Pirnaer An-

zeiger und lud zu einer Feier in den Schwarzen Adler, zu der, „der Bedeutung wegen“, Festkleidung erwartet wurde. Ähnliche Veranstaltungen fanden in allen größeren Orten statt. In den Schulen versammelten sich die Schüler zu Gedenkstunden. Am Bismarck-Denkmal an der Promenade der Grohmannstraße legten Stadtrat und die vaterländischen Vereine Lorbeerkränze nieder, und der Pirnaer Jungsturm unter Führung von Stadtrat Gubsch marschierte mit der Organisation Jungdeutschland und dem Pfadfinder-Korps am Abend zum Denkmal und zelebrierte im Fackelschein mit vaterländischen Reden und patriotischen Liedern Heldenverehrung. Die Pirnaer waren dem Aufruf gefolgt und hatten Fenster und Häuser beflaggt. Sie „zeigten ihre Begeisterung für den nationalen Helden“.

Mit Beginn des Jahres 1915 war den Zeitungen verboten worden, die sächsischen Verlustlisten zu veröffentlichen. Und je länger der Krieg andauerte und je höher die Zahl der Opfer wurde, umso häufiger wurde „der Tod vor dem Feind“, der „Heldentod fürs Vaterland“ zum Sinn des soldatischen Daseins hochstilisiert. Aus Königstein wurde z. B. gemeldet, dass seit Kriegsbeginn 60 Männer „auf dem Felde der Ehre für das Vaterland geblieben“ waren. Im Feldzug 1870/71 seien es „nur“ vier gewesen. Und Sachsens Lehrerverein informierte mit patriotischem Stolz, dass „bisher 2448 sächsische Lehrer den Heldentod“ fanden. Kommunen und Organisationen wetteiferten buchstäblich mit der Zahl ihrer Gefallenen, um ihre Opferbereitschaft, Treue zu Kaiser und Reich und vaterländische Gesinnung zu dokumentieren.

Nach einem dreiviertel Jahr Krieg wurde immer deutlicher, dass die Reichsregierung sich leichtfertig auf eine kurze Kriegsdauer eingestellt hatte. Bereits im Herbst 1914 war es an den Fronten zu einer ernstesten „Munitionskrise“ gekommen, weil die Vorräte verschossen und die Industrie nicht schnell genug auf Rüstung umgestellt worden war. Und im Frühjahr 1915 kamen Hilferufe von den Frontverbandsplätzen und aus den Lazaretten, denen es an Verbandstoffen fehlte. Frauen und Kinder wurden aufgerufen, sogenannte Scharpie, watteartig zerzupfte Leinwand, herzustellen. „Scharpie zupfen! Das ist die Losung, die jetzt für die Zusammenkünfte des Frauenvereins ergangen ist“, berichtete der Anzeiger. „Der Krieg ist heilig und hehr, weil er draußen auf den Schlachtfeldern des Ostens und des Westens die Söhne aller deutschen Gaue vereint im todesmutigen Kampfe für des Vaterlandes Ehre und Größe; der Krieg ist aber auch furchtbar, weil er die blutigen Wunden schlägt, die dann nach dem heißen Ringen Hilfe verlangen auf den Verbandsplätzen und in hunderten Lazaretten. Scharpie zupfen! ertönt nun der Ruf aus allen diesen Lazaretten. Lasst Stricknadeln ruhen und holt dafür Leinwandfleckchen, die ihr zerzausen sollt zur Beschaffung des Verbandsmittels, dessen die Chirurgie benötigt.“

Die Verwundeten „Krieger“ sollten aber auch auf andere Weise erfahren, „wie fürsorglich ihrer in der Heimat gedacht wird“. Schüler des Realgymnasiums führten im Auftrag des Roten Kreuzes eine Haussammlung „zum Besten verwundeter Krieger“ durch. Man erwartete ein gutes Ergebnis, denn die Pirnaer Bevölkerung habe wiederholt ihren „guten Sinn“ bewiesen, wenn es galt, der Not zu steuern“. Jetzt habe man erkannt, „dass der Dank an unsere Tapferen im Felde nicht besser abzustatten ist, als in der Fürsorge für Verwundete und Kranke aus dem Felde“. Mit vollen Sammelbüchsen, so der Pirnaer Anzeiger, würde nicht nur dem sächsischen König eine Geburtstagsfreude bereitet, sondern „ein gutes Ergebnis dürfte für unseren Heldenkaiser als ein Lichtblick in schweren Tagen zu bewerten sein“.

Die Sammlung der Schüler erbrachte über 4000 Mark.

Andere aber brachten den „Kämpfern“¹ weniger Fürsorge entgegen, Der Militärbefehlshaber der Region ordnete an: „Das entgeltliche und unentgeltliche Überlassen von Branntwein, Likör, Rum, Arrak, Kognak oder aus diesen Stoffen bereiteten Getränken an Unteroffiziere und Mannschaften ist Gast- und Schankwirtschaften hiermit verboten. Hierunter fällt insbesondere das sogenannte Freihalten. Gleiches gilt für Kasernen, Dienstgebäude und Massenquartiere.“ Für Verstöße drohten Lokalschließungen und bis zu 150 Mark Strafe oder sechs Monate Haft.

Verpflegung war mitzubringen

Im Mai 1315 bot der Inseratenteil des Pirnaer Anzeigers das Bild friedlicher Zeiten. Unermüdlich wurde für „empfehlenswerte Sommerfrischen, Gasthöfe und Wirtschaften“ in Pirna und Umgebung sowie im gesamten Gebiet der Sächsischen Schweiz geworben.

H. Arnold und Frau luden auf den Pirnaer Kohlberg ein „zu schönsten Spaziergängen, angenehmem Aufenthalt und Pianomusik“. R. Leukroth warb für die Bastei, „den bestbesuchtesten Ausflugsort der Sächsischen Schweiz“. Das Zweibettzimmer kostete drei bis sieben Mark, und Equipagen standen für Ausfahrten jederzeit zur Verfügung. Das Erbgericht Waltersdorf mit seinem Wirt C. Gottschalch empfahl sich als „gut bürgerliches Gasthaus mit eigener Fleischerei und Landwirtschaft, Garten, Saal, schönen Zimmern und guten Betten“ zur Sommerfrische. Die Wirte des Luftkurortes Gohrisch, „auf wunderbarer, waldreicher Hochebene“ gelegen, rühmten „die reinste Ozonluft, die geschützte Lage ohne schädliche Winde und Nebel“. Die Waltersdorfer Mühle im Polenztal lockte Vereine und Schulklassen mit „vorzüglicher Verpflegung und mäßigen Preisen“, und Max Noack, der neue Wirt der Waldidylle im Uttewalder Grund, versprach den Wanderern „zivile Preise, auf Biere, Weine und Speisen“ in dem von Grund auf neu erbauten Restaurant. M. Berthold machte Werbung für die Wirtschaft auf dem Rauenstein und versprach „die interessanteste Gebirgspartie in der Sächsischen Schweiz“.

Doch diese mitten im Krieg zur Schau gestellte Normalität trog. Der Tourismus in der Sächsischen Schweiz hatte durch den Krieg schwer gelitten, und den Wirten ging es wirtschaftlich schlecht. In einer Bittschrift an die Eisenbahnverwaltung schrieben sie, dass „der Krieg die zahlreichen Sommerfrischen unseres herrlichen Gebirges, die Gasthöfe, Einkehrstätten und Hotels in Mitleidenschaft gezogen“ habe und der Strom der Fremden, der sonst das Geld bringe, sei nahezu ausgeblieben, und „so sind zahlreiche Existenzen auf die Ausflügler aus der engeren Heimat angewiesen“. Doch für die habe der Krieg große Fahrplaneinschränkungen gebracht. Deshalb bitte man, wenigstens an Sonn- und Feiertagen die Verkehrsverbindungen zu verbessern, um für die Gebirgsbewohner Verdienstmöglichkeiten zu schaffen und „die so schwer betroffenen Erwerbszweige über die schlimmste Zeit“ hinwegzubringen.

Kompliziert war die Versorgung der Touristen mit Speisen. Nur wer mehrere Tage blieb und sich polizeilich anmeldete, erhielt Lebensmittelmarken für den Aufenthaltsort und konnte in Gaststätten verpflegt werden. Die Tagestouristen konnten bei der Einkehr nur mit Getränken versorgt werden und mussten die Verpflegung mitbringen.

Zu Pfingsten 1915 hatte die Eisenbahn trotz der kriegsbedingt beschränkten Betriebsmittel einige Sonderzüge eingesetzt und gebeten, „kleinere Unbequemlichkeiten in Kauf zu nehmen“. Das Wetter hatte ein Einsehen mit den Ausflüglern und den gebeutelten Gastwirten, und eine wahre Völkerwanderung ergoss sich in die Sächsische Schweiz. Die Züge waren völlig überfüllt, auch auf den Plattformen der Waggons standen die Reisenden dicht gedrängt, und sogar Viehwagen mussten eingesetzt werden. Auch die Dampfer konnten die Fahrgäste kaum fassen. Aus der ganzen Region wurde gemeldet, dass die Gastwirtschaften voll besetzt waren und „auch die Fahrgelegenheiten sich guter Benutzung erfreuten, sodass die Fuhrwerksbesitzer mit dem Geschäft zufrieden waren“. Auch der „Nachtfremdenverkehr war zufriedenstellend“. In Rathen z. B. überstieg die Nachfrage nach Quartieren das Angebot.

Im Frühjahr 1915 wurde es immer schwieriger, Menschen und Vieh satt zu bekommen. In zahlreichen Verordnungen war nachdrücklich verboten worden, Getreide, Kartoffeln, Kohlrüben und alles andere, was der menschlichen Ernährung dienen kann, an Vieh zu verfüttern. Große Trockenheit verschärfte die Lage, weil die Tiere, nachdem die Wintervorräte aufgebraucht waren, nicht auf die Weiden getrieben werden konnten. Die Bauern wurden deshalb angewiesen, ihr Vieh „auf Kriegskost“ zu setzen und junges Laub von den Bäumen zu verfüttern. Als besonders nährstoffreich wurden schwarzer Holunder, Bergahorn, Sommerlinde, Spitzahorn, Zitterpappel

und Schwarzerle empfohlen. Die Waldbesitzer wurden angewiesen, „Futterlaub“ zu schneiden und so einer „vaterländischen Pflicht“ nachzukommen. Und da nicht abzusehen war, wie die Heuernte ausfallen würde, wurde angeordnet, das Laub für den Winter als Heuersatz zu trocknen. „Laubheu“ sei schon früher bei Futtermangel eingesetzt worden, und Gutachten hätten ergeben, dass es bei rechtzeitiger Gewinnung „ein hochverdauliches Futter ergibt, das dem Wiesenheu an Nährwert nicht nachsteht“, Auch könnten „im Buschwerk und Unterholz auch Kinder und schwächliche Personen mit dem Brechen und Schneiden der Zweige beschäftigt werden“.

Unter der Überschrift „Was soll man zum Brot essen?“ gab der Pirnaer Anzeiger Ratschläge für die gestressten Hausfrauen, Als Ersatz für die fehlende Butter wurde empfohlen, das Brot in Milch einzubrocken und etwas Zucker dazu zu geben. Auch könne man Quark und Zucker sowie etwas Fruchtmus zum Brot essen, „was sehr gut schmeckt und eine sehr gehaltvolle Nahrung darstellt“. Dadurch sei es möglich, „auch unter Einschränkung des Fettgenusses gute und nahrhafte Zuspeisen zum Brot zu genießen“. Inserate warben für „Ochsena-Extrakt“, mit dem aus etwas Suppengrün, Gemüse und Kartoffeln eine „kräftige Suppe“ gekocht werden könne, in der die Kartoffeln „Geschmack und Aussehen von Fleischstücken annehmen“ würden.

Aufgrund der Versorgungslage „vereinfachten“ die Gastwirte die Speisekarten und erhöhten wegen ihrer misslichen Wirtschaftslage gleichzeitig die Preise. Die „verehrten Gäste“ wurden gebeten, „nicht unwillig zu werden oder gar die Gastwirtschaften zu meiden“.

Auch die Handwerker und Kleinhändler hatten durch den Krieg um die Existenz ihrer Geschäfte zu kämpfen. Der Pirnaer Anzeiger machte sich zum wiederholten Male zu ihrem Fürsprecher: Um ihnen „genügend Arbeitsmöglichkeiten und Verdienst zu geben“ sei es „Pflicht der kapitalkräftigen Kreise, mit Aufträgen und Bestellungen nicht zurückzuhalten, sondern die Bedürfnisse wieder wie gewöhnlich zu befriedigen und somit dem Handwerk und Kleinhandel in dieser ernsten Zeit zum Unterhalt zu verhelfen“. Jeder, der dies beherzige, erfülle eine soziale Pflicht und eine Pflicht gegenüber dem Vaterland. Gleichzeitig aber häuften sich Gerichtsverfahren gegen Handwerker und Händler, die die allgemeine Not recht egoistisch nutzten. In Pirna traf es fünf Bäcker mit je hundert Mark Strafe, weil sie mehr Brot als zulässig gebacken hatten. Drei weitere Bäcker machten bei einer Bestandsaufnahme falsche Angaben. Sie wurden zu 130 bis 150 Mark oder 13 bis 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Fünf Pirnaer Händler wurden wegen Verstoßes gegen die Rationierungsvorschriften bestraft. Sie hatten mehr Mehl als erlaubt verkauft. Ein Molkereibesitzer und eine Bäuerin aus Lohmen standen vor Gericht, weil sie Getreideschrot an Schweine verfüttert hatten, und ein Handwerker aus Naundorf hatte sich wegen des Beiseiteschaffens von Roggen zu verantworten. Vom Bautzener Landgericht wurden der Mühlenbesitzer W. aus Lohmen und der Kaufmann P. aus Elbersdorf wegen Verkaufs gefälschten Mehls zu 100 und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. W. hatte Mehl weitervertrieben, welches er vom Kaufmann P. bezog. Dieses Mehl aber war „überlagert und enthielt sehr viel Ungeziefer, Maden und Milben sowie deren Exkremete“. Händler trieben mit der sogenannten „Liebesgabenindustrie“ zwielichtige Geschäfte. Es gab Klagen über minderwertige Qualität, und es sei ein Skandal, dass z. S. minderwertige Zigarren als „Liebeszigarren“ massenweise ins Feld gingen. Üble Geschäftemacherei gab es auch mit Bouillon-Würfeln, Kaffee-Extrakt, Teepasten und Punschessenz, die alle zu überhöhten Preisen verkauft wurden und nicht hielten, was sie versprochen. „Die Summen, die in der Heimat ausgegeben werden, um den Soldaten im Felde eine Freude zu bereiten, sollen aber nicht dazu dienen, um eigennützigem Ausbeutern die Taschen zu füllen“, empörte sich der Anzeiger.

Ende Mai 1915 verschlechterte sich das Kräfteverhältnis weiter zuungunsten der „Mittelmächte“ Deutschland und Österreich-Ungarn. Italien, eine (sicher sehr unzuverlässige) Stütze an der Südflanke, brach wag und schlug sich auf die Seite der Gegner. Der österreichische Kaiser Franz Joseph wandte sich mit einem Aufruf „An Mein Volk!“ an seine Untertanen: „Der König von Ita-

lien hat Mir den Krieg erklärt. Ein Treuebruch, dessengleichen die Geschichte nicht kennt.“ Nach über 30 Jahren hatte Italien das Bündnis mit Österreich „in der Stunde der Gefahr“ verlassen, war „mit fliegenden Fahnen in das Lager der Feinde übergegangen“ und hatte eine weitere Front, die Alpenfront, mit äußerst verlustreichen Kämpfen in den Dolomiten eröffnet. Und obwohl sich Deutschland noch nicht mit Italien im Krieg befand, konnte man im Pirnaer Anzeiger sofort forsche Sprüche lesen: „Und Dresche kriegt wie keiner der falsche- Italiener!“, und alle in Sachsen lebenden Italiener wurden umgehend „entfernt“.

Am 24. Juni konnte der Anzeiger endlich wieder einen Sieg melden: „Lemberg gefallen!“ Überall, so das Blatt, sah man freudig erregte Menschen, man hörte patriotische Lieder auf den Straßen, „und die Häuser kleideten sich mit buntem Fahnschmuck“. Und als dann das Geläute der Stadtkirche „durch die laue Abendluft mit allen Akkorden ertönte“, da hätte sich „manches Menschen Herz dankerfüllt mit Gebet zum Himmel erhoben“. Auf dem Marktplatz sprach Pastor Lachmund zu einer großen Menschenmenge und „dankte dem Herren aller Heerscharen für den erfochtenen Sieg“.

15 Frauen sterben durch Explosion

Je mehr Resignation und Kriegsmüdigkeit um sich griffen, so nachdrücklicher meldeten sich trotz des Ausnahmezustandes die Kriegsgegner zu Wort. Trotz der Pressezensur konnte diese Tatsache nicht verschwiegen werden. Der Pirnaer Anzeiger hatte wiederholt die Antikriegsaktionen der SPD-Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht und Otto Rühle, der im Wahlbezirk Pirna gewählt worden war, scharf verurteilt. Am 1. Juli 1915 reagierte das Blatt besonders empört auf Friedensforderungen des SPD-Vorsitzenden Hugo Haase und anderer Sozialdemokraten wie Karl Kautsky und Eduard Bernstein. Sie hatten mit ihrem Aufruf „Das Gebot der Stunde“ einen „demokratischen Frieden“ gefordert und sich damit gegen die Durchhaltepolitik ihrer eigenen Partei gestellt. Die Presse des feindlichen Auslands würde „genüßlich die Friedenskampagne der deutschen Sozialisten“ ausschachten und als Schwäche Deutschlands werten. Auch würde ein Flugblatt einiger „Quertreiber“ kursieren, in dem aufgefordert würde, den „Burgfrieden aufzukündigen“ und die Grundsätze des SPD-Parteiprogramms nicht länger mit Füßen zu treten. Die Militärbehörden verboten das öffentliche Auftreten Otto Rühles in seinem Wahlkreis. „Abgeordneter Rühle gehört bekanntlich zu den Unentwegten, ist einer der eifrigsten Anhänger Liebknechts und versucht fortgesetzt, Anhänger zu werben“, hieß es im Anzeiger.

Aber es gab auch andere Anzeichen, die eine Schwächung der „Heimatfront“ signalisierten. Unter der Überschrift „Liebeleien mit Kriegsgefangenen“ wurde Front gemacht gegen „gewisse Frauen und Mädchen“, die trotz „aller Warnungen und angedrohter Strafen ihr würdeloses Treiben“ fortsetzten. Endlich, so die Zeitung, gingen die Gerichte gegen „derartige unwürdige Vertreterinnen der deutschen Frauenwelt“ mit Gefängnisstrafen vor. Eine Näherin z. B. kam für drei Monate hinter Gitter, weil sie sich mit einem Franzosen eingelassen hatte. Ein Bürgermeister meldete sich im Anzeiger zu Wort und empörte sich über „würdelose Weiber“ die Beziehungen zu russischen Gefangenen hätten: „Die Unsittlichkeit nimmt trotz schwerer Kriegszeit, Not und Elend in bedenklichem Maße zu. Das bedauerlichste Zeichen der Entsittlichung einer gewissen Weiberklasse ist die Tatsache, dass sich darunter auch leichtsinnige verheiratete Frauenzimmer befinden, deren Männer im Felde stehen. Die ehr- und schamlosen Dirnen habe ich mir besondere ins Auge gefasst. Sie sind mir und meinen Polizeibeamten genau bekannt und ich werde sie bei jeder zukünftigen Verfehlung schon zu fassen wissen und sie öffentlich brandmarken. Ich bedauere lebhaft, an diesen elenden Kreaturen nicht die Prügelstrafe anwenden lassen zu können.“

Die „Daheimgebliebenen“ wurden immer wieder ermahnt, „weniger mitteilhaft“ zu sein. Besonders beim Briefwechsel „mit den deutschen Kriegsgefangenen in Feindesland“ habe man sich zurückzuhalten und „vor allem Klagen über Teuerung der Lebensmittel in Deutschland oder an-

dere durch den Krieg herbeigeführte Schwierigkeiten zu unterlassen, da alle an die Gefangenen gerichteten Briefe vom Feind gelesen“ würden.

Das Gleiche gelte für die Feldpost, weil viele Briefe vom Feind bei toten deutschen Soldaten gefunden wurden und französische Zeitungen dann von ihrem Inhalt zur Kennzeichnung der Lage in Deutschland Gebrauch gemacht hätten. Es müsse deshalb immer wieder an die Frauen der Feldgrauen appelliert werden, die „Klagelitanen“ zu lassen. Die kleinmütigen, undeutschen Briefschreiber müsse man fragen: „Schämt ihr euch nicht vor den Helden im Felde, die tausend Strapazen lautlos und kraftvoll ertragen?

Dem „Gejammer“ setzte der Anzeiger ein Beispiel patriotischer Besinnung entgegen, indem er ein „markiges Marschlied“ des Copitzer „Tonsetzers und Lehrers“ Döring abdruckte:

„Hurra, nun sind wir marschbereit, nun geht's ins Feld hinaus!
 Geschmückt ist unser graues Kleid mit einem Blumenstrauß!
 So lebt denn wohl, ihr Eltern mein, macht euch das Herz nicht schwer!
 Und du, mein minnig Schätzelein, gräm' dich nicht gar so sehr!
 Nicht länger halt' ich's hier mehr aus, nicht einen Augenblick!
 Mich zieht's zu Kampf und Sieg hinaus, zu rächen welsche Tück!
 Wo leuchten heut' drei Röselein auf meinem Ehrenkleid,
 Da soll ein Heldenkreuz heran, will's Gott, nach blut'gem Streit!“

Auch den Pirnaer Jungsturm drängte es nach militärischem Ruhm. Mit Marsch- und Exerzierübungen demonstrierten die künftigen Soldaten vor den Spitzen der Garnison und der Behörden ihre Kampfbereitschaft. Um ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen, marschierten sie mit sandgefüllten Tornistern bis zur Talsperre Malter. „Es war eine Freude, wie die Jungsturmeute frisch, mit Gesang und Hörnerklang abends wieder in Pirna eintrafen“, lobte der Anzeiger.

Dieser zur Schau getragenen Kriegsbegeisterung standen erschütternde Opferzahlen gegenüber. Im Kirchspiel Dohna waren bereits 35 Männer auf den Schlachtfeldern geblieben. Der Königsteiner Pfarrer musste schon 71 mal den Kriegstod von der Kanzel verkünden, und in den Kirchgemeinden Heidenau und Mügeln hatten 122 „Krieger den Tod fürs Vaterland gefunden“.

Aber auch in der Heimat gab es die ersten Kriegsoffer. Am 3. Juli 1915 ereignete sich in einer Munitionsfabrik in Polenz eine Explosion, bei der 15 Frauen und Mädchen „den Tod im Dienste des Vaterlandes“ fanden. „Sie, die Frauen und Mädchen, sind auf dem Felde der Ehre fürs Vaterland gefallen, und das war der Trost, den Pastor Löhsmann wie lindernden Balsam in die Herzen der Angehörigen goss“, hieß es im Anzeiger über die Beisetzung der Frauen.

Die Menschen, aber auch die politisch Verantwortlichen sehnten im Sommer 1915 die neue Ernte herbei, denn die Vorräte waren aufgebraucht, die Versorgungsprobleme waren kaum noch zu beherrschen, und jedem Realisten wurde klar, dass Deutschland einen noch länger fortdauernden Krieg nicht durchhalten konnte. Durch die Wirtschaftsblockade blieben die Importe aus, und auch die eigene landwirtschaftliche Produktion ging bis zu 40 Prozent zurück, weil es wegen der vielen Einberufungen an Arbeitskräften fehlte. Die Regierung war der Situation nicht gewachsen, die Lebensmittelpreise galoppierten den Löhnen davon, Schwarzhandel machte sich breit, und viele Nahrungsmittel waren für die Masse der Bevölkerung zu unbezahlbarem Luxus geworden. Durch die Einführung von Höchstpreisen versuchte man, der Lage Herr zu werden. Das aber war für die Bauern Anlass, einen Teil ihrer begehrten Produkte der staatlichen Erfassung zu entziehen und unter der Hand zu Wucherpreisen zu verkaufen,

Doch es waren nicht nur die Bauern, die ihre wirtschaftliche Position zu ihrem Vorteil nutzten. Jeder, der etwas Rares auf Lager hatte, versuchte, sich zu bereichern. Um diesem „wucherischen Treiben“ mit Getreide, Kartoffeln Mehl, Brot, Fleisch, Butter, Milch, Holz, Kohlen, Leuchtöl, Seife und vielen anderen Produkten entgegen zu treten, wurde verfügt, jeden mit Gefängnis bis zu einem Jahr zu bestrafen, der „unverhältnismäßig hohe Preise bietet, fordert oder annimmt“.

Die sächsische SPD forderte noch weitergehende Maßnahmen, „um die bereits zur Unerträglichkeit gediehene Verteuerung der Lebensmittel“ zu stoppen. Die Preiserhöhungen seien schon „so ungeheuerlich, dass die Volksernährung auch nicht die mindeste Belastung mehr“ vertrage.

Doch die offizielle Propaganda erging sich nach einem Jahr Krieg in Siegeszuversicht. In völliger Missachtung der Lage resümierte der Pirnaer Anzeiger am 1. August 1915: „Ward 1870/71 das zerrissene Deutschland ein einiges Deutsches Reich - nun steigt das Alldeutschland empor zu Großdeutschland, zum Weltdeutschland.“ Gewaltige Stürme der Begeisterung hätten im ersten Kriegsjahr „das deutsche Vaterland durchbraust“, und auch in Pirna sei „die Begeisterung ins Ungemessene“ gewachsen. Und ohne Rücksicht auf die vielen Toten wurden Hoffnungen auf Sieg und reiche Beute geschürt: „So manchen, der in den ersten Augusttagen des vergangenen Jahres aus unserer Elbestadt Pirna hinauszog zum Dienst an den Fronten, deckt wohl die kühle Erde in Feindesland; der Rückblick auf das Geschehen zeigt jedoch, dass Großes vollbracht wurde und die Hoffnung berechtigt ist, dass aus der blutigen Saat reiche Ernte hervorgehen wird.“ Von Pirnas Kirchtürmen ertönten am Jahrestag des Kriegsbeginns die Glocken, und viele strömten in die Gotteshäuser, um „Gott zu danken für seine wunderbare Hilfe, die er uns in diesem großen Völkerringen bisher gewährt hat, aber auch zu flehen um seinen ferneren Beistand“.

Dieser offiziellen Hochstimmung standen Meldungen ganz anderer Art über das Alltagsleben gegenüber. So berichtete der Anzeiger immer wieder von wütenden Marktbesuchern, die von Woche zu Woche höhere Wucherpreise zahlen mussten. Wütende Frauen, die sich von Butter- und Eierhändlern übervorteilt sahen, stürmten kurzerhand die Stände und bewarfen die Wucherer mit Eiern. In Leserzuschriften wurde beklagt, dass das Leben in Pirna teurer als in Dresden geworden sei und vor allem Obst, Gemüse, Milch und Butter mit Aufschlägen bis zu 150 Prozent verkauft würden. „Es muss mit allen Mitteln danach gestrebt werden, die Aufwendungen für den Lebensunterhalt in den Grenzen zu halten, die auch den weniger bemittelten Kreisen das Durchhalten erleichtern“, mahnte der Anzeiger und forderte von Handel und Gewerbe, „ihre reinen Erwerbsinteressen“ zurückzustellen. Der Krieg dürfe nicht als Konjunktur angesehen werden, aus der ein möglichst großer Gewinn herausgeholt werden müsse. Unter den Geschäftsleuten herrsche das Bewusstsein, „ein jeder könne aus seinen Geschäften den Nutzen ziehen, den die Notlage seiner Mitbürger zuließe“. Das Land sei vom Wuchergeist bedroht, und die Opferwilligkeit werde lahmgelegt, weil den Leuten das Geld durch Überpreise abgenommen würde.

Auch den Bauern wurde vorgeworfen, die Preise hochzutreiben. Die aber wehrten sich mit dem Argument, selbst vor dem Ruin zu stehen: Ihre Getreidevorräte waren beschlagnahmt worden, das Grünfutter reichte nicht aus, das Vieh über den Winter zu bringen, und Kraftfutter stand nicht zur Verfügung.

Alle Hoffnungen ruhten auf der neuen Ernte. Aber auf die setzten nicht nur die Bauern. Als die ersten Garben von den Feldern gefahren wurden, belagerten hunderte Frauen und Kinder die Felddraine, um, nachdem die letzte Puppe abgeräumt war, die abgebrochenen Ähren auf den Stoppelfeldern aufzulesen. Der Pirnaer Anzeiger appellierte an die Bauern, das Ährenlesen zu gestatten, „damit jede Ähre gesammelt wird und dazu beiträgt, dass es unmöglich ist, unser Volk auszuhungern“. Frauen und Kinder wurden aufgerufen, scharenweise auf die Felder zu ziehen, denn das Ährenlesen sei Dienst am Vaterland. Doch die fleißigen Ährenleser, die mit den kümmerlichen Sammelertrag ihre Not etwas lindern wollten, sahen sich getäuscht. Die Amtshauptmannschaft Pirna ließ mitteilen, dass alle mühsam gesammelten Körner beschlagnahmt waren und bei den Ortsbehörden abgeliefert werden mussten. Da diese widersinnige Anordnung Empörung hervorrief, wurde präzisiert: „Das Ährenlesen wird vielfach so gehandhabt, dass Kinder die Körner an Bäcker oder Müller verkaufen. Das ist unzulässig. Dagegen scheint es unerwünscht, dass etwa infolgedessen das Ährenlesen ganz unterbleibt. Es wird daher empfohlen, dass die Gutsbesitzer die Körner gegen eine kleine Entschädigung übernehmen.“

Die allgemeine Notlage ausnutzend, boten Hausierer allerlei Wundermittel an. Der Anzeiger warnte vor einem Butterpulver zur Streckung der wenigen Butter, das aber, so eine Prüfung, nur aus Kartoffelstärke und Salz bestand. Ein Fruchthonigpulver sollte, mit Zucker und Milch angesetzt, einen vorzüglichen Honig ergeben. Hausfrauen, die darauf hereinfließen, hatten schließlich eine widerliche, ungenießbare Brühe im Glas.

Ende August ritt der Anzeiger wieder einmal eine Attacke gegen die Frauen und ihre „neue Mode“. Die Not mache sparsam, und es sei gelungen, „mit allem, was wir zum Leben und zum Kriegführen brauchen, durchzuhalten bis zum siegreichen Ende“. Nur die Mode werde dem nicht gerecht. vor dem Kriege seien die Frauen „in lächerlich, enge Gewänder gezwängt“ worden. Jetzt aber, da man den Bedürfnissen des Heeres gerecht werden müsse, schicke sich „die neue deutsche Mode an, weite und faltige Röcke einzuführen, die den Stoff geradezu verschwenden“. Die Frauen wurden ermahnt, sich „den Anforderungen der ernsten Zeit anzupassen“. Und was das Schuhwerk betraf, so ordnete die Regierung an, „dass den Kindern für den Schulbesuch die Benutzung von Holzpantoffeln sowie das Barfußgehen erlaubt wird“.

Das Volk opferte, der König jagte

Die Städte und Dörfer der Amtshauptmannschaft Pirna bereiteten sich auf den zweiten Kriegs-Sedanstag vor. „Heraus mit den Fahnen! Der Sedanstag gibt uns die beste Gelegenheit, aus vollem Herzen die alte, siegreiche Zeit zu feiern und zugleich mit den Feldgrauen den neuen Siegen entgegen zu jubeln“, war am 2. September 1915 im Pirnaer Anzeiger zu lesen. Wie 1870 hätte man „den Sieg fest in der Faust“.

Die Pirnaer Garnison hatte zu einem „patriotischen Abend“ in den Schwarzen Adler geladen, die Stadt prangte im Fahنشmuck, und an den Denkmälern wurden Kränze niedergelegt. Zwei Tage später ertönten wieder einmal die „Siegesglocken“ und verkündeten die Einnahme von Grodno. Und wieder „erstrahlte die Stadt im Fahنشmuck“, die Schulkinder hatten „siegfrei“, und auf dem Marktplatz fand eine „erhebende Siegesfeier“ statt. Der Jungsturm nahm Aufstellung, vaterländische Lieder wurden angestimmt, und Pastor Pöntz hielt vom Rathausbalkon eine „schwungvolle, von patriotischer Begeisterung getragene Ansprache“, die in einem brausenden Hurra auf das deutsche Vaterland“ ausklang.

Diese künstlich geschürte Hochstimmung wurde dadurch gedämpft, dass zeitgleich mit den Sedans- und Siegesfeiern Aufrufe zur Zeichnung für die 3. Kriegsanleihe aufforderten: „Schafft die Mittel herbei, deren das Vaterland zur weiteren Kriegführung dringend bedarf! Gewaltige Waffentaten unseres Heeres und unserer Flotte (...) geben die Gewähr für einen günstigen Ausgang des Weltkrieges.“ Es sei für die Daheimgebliebenen „eine selbstverständliche Pflicht, neue Geldmittel herbei zu schaffen, damit unsere Helden mit dem zum Leben und Kämpfen notwendigen Dingen ausgestattet werden können“. Schließlich bringe jeder, der sein Erspartes gibt, nicht einmal ein Opfer, denn er erwerbe „ein Wertpapier von hervorragender Sicherheit und glänzender Verzinsung“. Um das Zeichnen zu erleichtern, nahmen sogar die Poststellen das Geld entgegen, sodass, wie der Anzeiger bemerkte, „es kaum eine Straße geben wird, in der sich nicht wenigstens eine Gelegenheit zum Zeichnen findet“. Auf den Dörfern wurden die Zeichnungsscheine ins Haus gebracht und konnten unfrankiert per Post zur Bank geschickt werden. Schulkinder erhielten schulfrei und wurden losgeschickt, um für die Kriegsanleihe zu werben. Auch in den Schulen wurden Zeichnungsteilen für Schüler eingerichtet, und Oberlehrer Nottnagel konnte melden, dass im Pirnaer Realgymnasium 26.150 Mark aus Schülerersparnissen gezeichnet wurden.

Kurz vor Zeichnungsschluss richtete der Anzeiger noch einmal einen „Aufruf in letzter Stunde“ an alle seine Leser, die sich noch nicht an der „finanziellen Kriegsrüstung“ beteiligt hatten: „Es liegt noch viel Geld im Strumpf daheim, und die Vorteile der Kriegsanleihe sind groß, dass jeder mit beiden Händen zufassen müsste.“ 2,75 Millionen Mark wurden schließlich allein in Pirna

gezeichnet. Aus Neustadt flössen 900.000, aus Schandau 600.000, aus Königstein 720.000 und aus Hohnstein 125.000 Mark in die Kriegskasse.

Und während das Volk seine Ersparnisse auf dem „Altar des Vaterlandes opferte“ und die Gefallenenlisten so lang wurden, dass sie schon lange nicht mehr veröffentlicht werden durften, frönte Sachsens König seiner Jagdleidenschaft. Er sei, so die Hofberichterstattung, „in den Revieren der hinteren Sächsischen Schweiz eingetroffen“. Als der „hohe Jagdherr“ sein Quartier am Zeughaus wieder verließ, „befanden sich unter dem erlegten Hochwild ein 14- und ein 12-Ender“.

Der immer wieder durch die Zeitungen angefeuerte Hurra-Patriotismus wirkte irgendwie aufgesetzt im trostlosen Kriegsalltag. Der Hunger trieb verzweifelte Menschen, bei Nacht und Nebel Feldfrüchte auf den Äckern zu stehlen. Allein auf den Gamiger Kartoffelfeldern waren innerhalb weniger Tage mindestens drei 2-spännige Fuhren Kartoffeln geplündert worden. Viele Gemeinden gingen deshalb dazu über, eine Flurbewachung zu organisieren. Doch trotz drakonischer Strafen nahmen die Felddiebstähle zu. Aus Mügeln wurde gemeldet, dass am helllichten Tag mehr als zehn Personen säckeweise Kartoffeln von einem Feld holten. Auf einem anderen Schlag hatten 30 Kinder 54 Kartoffelzeilen auf einer Länge von zehn Metern mit Hacken aufgewühlt und ihre Beute auf Handwagen fortgeschafft. Der Pirnaer Anzeiger forderte, „die Bedürfnisse des täglichen Lebens noch mehr herunter zu schrauben“. Die Familienmitglieder könnten den Hausfrauen ihr schweres Amt, täglich etwas auf den Tisch zu bringen, dadurch erleichtern, „dass sie sich der Genügsamkeit befleißigen“. Mit gutem Gewissen könne man „die Wurst verbannen“ und statt dessen dem Rettich und dem Obst als Beilage zum Brot den Vorzug geben. Jeder solle bedenken, wie klein und nichtig diese Einschränkungen sind gegen die „großen Opfer, die unsere Krieger im Felde so freudig bringen“.

Auch die traditionellen Veranstaltungen wie der Dittersbacher Jahrmarkt konnten nur mit großen Einschränkungen abgehalten werden. Alle Schaustellungen und Volksbelustigungen waren verboten. Auch das Vogelschießen der Pirnaer Schützengilde auf den Elbwiesen und das Copitzer Schützenfest fielen aus. Der Anzeiger schlug den Schützen vor, einen großen Adler zur „Benagelung“ zu stiften und den Erlös „zum Nutzen verwundeter Krieger“ zu verwenden. Wer einen Betrag spendete, sollte einen Nagel einschlagen dürfen, und auf diese Weise sollte „ein eiserner Vogel zum Andenken an eiserne Zeiten“ entstehen. Auf dem Marktplatz wurde ein Pavillon für den „Ehrenadler“ errichtet, und an die Bevölkerung von Pirna und Umgebung erging der Appell, sich rege an der „Benagelung“ zu beteiligen.

Der Körper des Adlers war den sogenannten „Stifternägeln“ vorbehalten, die 20 Mark kosteten und die Namen der Spender trugen. Die anderen Körperteile sollten mit Nägeln zum Preis von drei Mark bis zu 50 Pfennigen beschlagen werden. Und um auch die Namen dieser Kleinspender „späteren Zeiten zu überliefern“, durften sie sich in Listen eintragen, die mit dem Adler dem Stadtmuseum übergeben werden sollten.

Angesichts der Preistreiberei hatten 15 städtische Arbeiter ein Gesuch auf eine Lohnzulage an den Rat der Stadt Pirna gestellt. Der Stadtbaumeister empfahl dem Rat, eine Teuerungszulage von 30 Prozent zu bewilligen. Der Rat lehnte ab. Ein erneuter Antrag wurde mit dem Bemerkten zurückgewiesen, dass „alle Stände durch die Teuerung leiden“ mussten. Der Protest gegen diese Entscheidung führte schließlich zu einer „Teuerungsdebatte“ im Pirnaer Stadtrat. Dabei wurde Kritik an den hohen Preisen auf dem Wochenmarkt geübt und „Lebensmittelnot“ und „Lebensmittelwucher“ angeprangert. Alle Verhandlungen mit den Bauern und Gärtnern, so die Stadtverwaltung, seien gescheitert, und die Erzeuger hätten sogar gedroht, den Pirnaer Markt nicht mehr zu beliefern und ihre Produkte nach Dresden zu schaffen. Der Stadtverordnete Rentsch, der die Debatte angestoßen hatte, forderte, „endlich der Wucherei und Ausbeuterei“ entgegenzutreten, um Revolten zu verhindern.

Und der Pirnaer Anzeiger bezeichnete den zunehmenden Wucher als den größten „inneren Feind“, der die Kraft zum Durchhalten lähmt und „weite Volkskreise mit Erbitterung erfüllt“. „Wenn Zustände einreißen, wo der Verdienst des Familienvaters nicht mehr ausreicht, seine Familie zu ernähren, dann ist es Zeit, dass endlich etwas geschieht, ehe es zu spät ist. Das noch im Volke vorhandene vaterländische Gefühl darf keine Minderung erfahren. Wir bedürfen dessen bis zum endlichen Sieg noch sehr notwendig.“ Es gebe Kräfte, die die Ausplünderung des ganzen Volkes organisierten.

Anfang Oktober 1915 kam für die Bewohner der Elborte zur allgemeinen Kriegsnot auch noch die Wassernot. Nach tagelangen Regenfällen, die den Fortgang der Kartoffelernte unmöglich machten und die Knollen im Boden verfaulen ließen, stieg die Elbe am Pirnaer Pegel auf 4,25 Meter. Schon Tage vorher war begonnen worden, elbnahe Keller zu räumen und das Stegwerk aufzubauen. Besonders schlimm wurde wiederum die Schifftorvorstadt betroffen. Am Plan war Land unter, das Wasser stand in den Erdgeschosswohnungen. Die Gaststuben der Wirtshäuser Zum Anker und Zum Schiffchen waren fußhoch überflutet. Durch den Zwinger strömte das Wasser, und von der Badergasse zur Wippbrücke fuhren Kähne. Die Brückenunterführung am Kloster konnte nur auf Stegwerk passiert werden. Auch die Verbindung von Copitz nach Posta war unterbrochen, und die halbrecherischen Notwege auf halber Höhe durch die Grundstücke mussten geöffnet werden. In Rathen waren alle Häuser in Elbnähe geräumt, der Verkehr im Ort wurde mit Kähnen aufrecht erhalten. Die Königsteiner Straßen waren weit in die Stadt hinein überflutet, Stege waren für die Fußgänger gebaut, und Boote übernahmen die Beförderung der Reisenden zum Bahnhof. Auch Stadt Wehlen meldete, dass das Wasser in zahlreichen Wohnungen stand. Die Aufräumarbeiten vor allem die Beseitigung der großen Schlammmassen, verursachten viel Mühe und Kosten. Hinzu kam, dass die Wohnungen in der fortgeschrittenen Jahreszeit nicht mehr austrockneten und vor Eintritt des Winters nicht mehr benutzt werden konnten, wodurch „gerade so manche arme Familie schwer betroffen wurde.“

In den ersten Kriegswochen hieß es im Pirnaer Anzeiger wiederholt, dass angeblich durch den Krieg „verlorengegangene sittliche Werte“ wieder entdeckt und gestärkt würden, wohl wissend, dass bisher jeder Krieg zum moralischen Niedergang und sittlicher Verrohung geführt hat. Auch die Lobeshymnen, die auf den Pirnaer Jungsturm, die Jugend-Wehrorganisation, gesungen wurden, verschleierten die ernstesten Erziehungsprobleme, die das Fehlen der Väter, die harte Schichtarbeit der Mütter in den Fabriken und die zunehmende Hungersnot mit sich brachten. Es häuften sich Klagen über Verwahrlosung, Diebstähle und Schulschwänzerei.

Schließlich konnte die Zeitung nicht umhin, sich zum „anstößigen Verhalten der Schuljugend“ zu äußern, zumal sogar das Kultusministerium mit einer Verordnung auf den „Verfall der sittlichen Führung“ reagieren musste. „Aufsichtsloses Umhertreiben und lautes Schreien auf den Straßen, unehrerbietiges Benehmen gegen Erwachsene, Mangel an Rücksicht auf ältere Personen und Kriegsversehrte, Feld- und Gartendiebstähle sowie andere Vergehen“ hätten in erschreckender Weise zugenommen. Da viele Väter „im Felde“ stünden, würde „die straffe häusliche Zucht“ fehlen. Durch den vielen Unterrichtsausfall hätten die Kinder viel freie Zeit, die „zu Müßiggang und mancherlei Verfehlungen“ verleite. Aber auch „Schundliteratur“ und „der Besuch ungeeigneter Kinovorstellungen“ würden sich „unheilvoll“ auswirken. Der Anzeiger forderte: „Die Jugend soll sich des großen Ernstes der Zeit voll bewusst werden und sich durch tadelloses Verhalten der Opfer würdig erweisen, die unsere Helden auch für sie bringen.“

Meterhohe Schneewehen im November

Als hätten sich alle Teufel gegen die hungernden Menschen verschworen, kam nach den Regenfluten und dem Hochwasser im Oktober auch noch der Winter mit aller über das Land. Bereits Mitte November gingen bei stürmischen Winden gewaltige Schneemassen nieder, die in wenigen Stunden riesige Anwehungen bildeten und den Verkehr weitgehend zum Erliegen brachten. Die

Temperatur ging bis auf minus elf Grad zurück, und weitere Schneefälle und Stürme türmten schließlich die Wehen haushoch auf. In allen Orten waren Schaufler ununterbrochen am Werk, um notdürftig Bahnen frei zu machen, Bei Helmsdorf und zwischen Sebnitz und Neustadt steckten Züge im Schnee fest. Die Post, die von Pirna nach Liebstadt fuhr, blieb in Göppersdorf im Schnee stecken. Bei heftigem Schneesturm stürzte ein Postwagen zwischen Markersbach und Langenhennersdorf samt Insassen um. In Pirna lag so viel Schnee, dass mitten in der Stadt Schlittenbahnen eingerichtet werden konnten, Und aus Neustadt berichtete der Anzeiger: „Es schneit und schneit und hört nicht auf. Weg und Steg, Haus und Hütte sind eingeschneit. In den Straßen muss man überall waten, und das Geklingel der Pferdeschlitten erklingt. Der Wind treibt den Schnee zu meterhohen Wehen zusammen.“

Nach der Ernte 1915 wurde offenkundig; Die einheimische Landwirtschaft hatte ihren bisherigen Tiefpunkt erreicht, und eine Kartoffelmissernte verschärfte die bereits schwierige Nahrungsmittellege.

Schon vor dem Krieg hatte Deutschland etwa 25 Prozent seines Lebensmittelbedarfs importiert, aber auch Futter- und Düngemittel stellten einen großen Posten in der Einfuhrstatistik. Infolge der englischen Seeblockade gingen die Importe immer weiter zurück oder bliebe gar ganz aus.

Der Rückgang der Ernteerträge und das Ausbleiben der Importe sowie die sich daraus entwickelnde soziale Not der breiten Volksmassen wurden in den weiteren Kriegsmonaten zum zentralen Problem beim „Durchhalten“.

Es häuften sich Meldungen über Hungerrevolten in verschiedenen sächsischen Städten, Angesichts dieser Entwicklung wandten sich mehrere Generalsuperintendenten gegen den um sich greifenden Hunger und den Wucher: „Wenn jetzt die Not des Volkes Erzeuger und Händler verführen kann, ihre Vorräte zurückzuhalten, die Preise hinaufzutreiben, übermäßig hohe Gewinne einzustreichen, so zeugt ein solcher Wucher in dieser schweren Zeit von Gewissenlosigkeit, gegen welche sich das Volksbewusstsein mit Recht empört.“ Das Volk trage die Kriegslasten mit Geduld, die Wucherer aber würden die Notlage der Menschen zur eigenen Bereicherung ausnutzen.

Die Reaktionen der Verantwortlichen auf die Not wurden immer hilfloser: Um der Fett- und Fleischkalamität Herr zu werden, durften in den Gaststätten Gerichte nicht mehr mit Speck oder Fett gebraten, gebacken oder geschmort werden. An vier Tagen der Woche mussten alle Fleischspeisen aus dem Angebot verschwinden, und Dienstag und Freitag war in den Geschäften der Verkauf von Fleisch und Wurst verboten. Der Pirnaer Anzeiger empfahl, die geringen Mengen an „Kriegsbutter“ mit Milch zu strecken. „Der Kartoffelmangel in Pirna nimmt nachgerade Formen an, die ein sofortiges Eingreifen zur Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung geboten erscheinen lassen“, schrieb das Blatt Anfang Dezember. Schon seit Tagen waren bei den Händlern keine Kartoffeln mehr zu bekommen, und in der Stadt kursierten Gerüchte, die Bauern würden ihre Produkte zurückhalten und nur gegen Wucherpreise abgeben, „Wer Kartoffeln zurückhält“, so der Anzeiger, „macht sich nicht allein strafbar, sondern versündigt sich an Staat und Volk, zumal in jetziger Zeit,“

Doch alle Appelle gingen ins Leere. Aus den Dörfern kamen weiterhin keine Knollen, und eine Händlerin fertigte ihre Kunden mit der Bemerkung ab: „Die Kartoffeln, die ich habe, behalte ich für mich, die Bauern geben keine mehr raus.“ Die hungernden Menschen forderten, die Kartoffellager der Bauern zu beschlagnahmen und die Lebensmittel „für die arme Bevölkerung bezahlbar“ zu machen. Im Landtag warfen Abgeordnete der Regierung vor, zwar „kräftige Worte gegen den Wucher zu gebrauchen“, aber in Wirklichkeit die Preistreiberei weiter „empor blühen“ zu lassen. Es müsse endlich dafür gesorgt werden, dass Brot, Kartoffeln, Butter, Grieß, Graupen und Nudeln zu „angemessenen Preisen“ gekauft werden können und die Verteilung von Fleisch und Butter endlich auch mit Karten geregelt wird. In Leserbriefen ließen Frauen ihre Wut heraus: Schon tagelang seien die Buttergeschäfte leer, und wieder einmal stünde Pirna bei der Lebensmittelver-

knappung an erster Stelle. Die Stadtverwaltung wurde bedrängt, endlich lokale Butterkarten einzuführen, um etwas Gerechtigkeit bei der Verteilung des Mangels zu schaffen.

Um den Milchmangel zu lindern, wies das Kultusministerium per Verordnung alle Lehrer an, zugunsten der Kinder „während der Pausen dem Genüsse von Milch zu entsagen“ und damit allen Beamten als Beispiel und Vorbild voranzugehen .

Verschärft wurde die Versorgungslage durch hemmungslose Hamsterei. Sobald etwas knapp wurde, „eilten die Menschen von Laden zu Laden, um Vorräte für Wochen oder Monate zusammenzuraffen“.

Da den Kommunen die Verantwortung für die Lebensmittelversorgung zugeschoben worden war, ging der Pirnaer Rat den Gerüchten nach, Bauern würden Kartoffeln zurückhalten, Bauersfrauen hatten massenweise Töpfe in der Stadt aufgekauft, um darin Butter zu lagern und die Butterhändler verfügten über geheime Vorratslager. Kontrolleure überprüften Bauernhöfe, Keller, Scheunen, Lager, Geschäfte und Geschäftsbücher. Dabei hätten sie, so wurde der aufgebrachten Einwohnerschaft versichert, in keinem Fall nachweisen können, dass Lebensmittel zurückgehalten oder gehortet wurden. Festgestellt aber wurden Verstöße gegen die Preisvorschriften, und ein Händler hatte verbotene Kombinationsgeschäfte gemacht, indem er z. B. Speck nur abgab, wenn zugleich auch Ladenhüter gekauft wurden. Ende Dezember meldete der Anzeiger, dass zu Beginn des neuen Jahres vorgesehen sei, in Sachsen die geforderten Butterkarten einzuführen. Je Person und Woche würden 125 Gramm ins Auge gefasst, jedoch bestünde „kein Recht auf den Bezug dieser Menge“. Die Händler mussten Kundenbücher führen, um Kontrollen zu erleichtern, und der Butterverkauf war nur noch an drei Tagen in der Woche gestattet.

Unter dem Druck dieser Versorgungsquerelen verlief das zweite Kriegswihnachts-Fest in gedrückter Stimmung. Bereits im Vorfeld war an alle appelliert worden; „Sparet mit Weihnachtskerzen! Der Anzeiger belehrte: „Beim diesjährigen Weihnachtsfeste dürfte es sich empfehlen, mit Kerzen sparsam umzugehen, da sie sehr knapp und außerdem für viele gewerbliche und häusliche Zwecke unentbehrlich sind. Die kinderlosen Familien sollten die Kerzen Familien mit Kindern gönnen, und auch die sollten nur ganz wenige Kerzen verwenden. Aber auch unsere Feldgrauen brauchen Kerzen. Darum: Schickt Kerzen an die Front!“ Eine Verordnung legte fest, dass die Herstellung von Weihnachtsstollen verboten ist. Das Verbot galt nicht nur für Backer, sondern auch für Privathaushalte. Verstöße wurden mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark bestraft. Darüber hinaus ließ die sächsische Regierung die Öffentlichkeit wissen, dass mit einer zusätzlichen Freigabe „von Mehl für das Backen von Kuchen für die Weihnachtszeit“ nicht zu rechnen sei, da dadurch „die für den Tagesverbrauch festgelegten Höchstmengen überschritten“ würden.

Die Kaufleute klagten über schlechte Geschäfte während der Wochenendöffnungszeiten im Advent, Den Familien fehle „durch die Verteuerung der Lebensmittel und Preissteigerungen auf allen Gebieten das Geld für Weihnachtseinkäufe“. Es werde „nur das Allernotwendigste angeschafft“. Am „goldenen Sonntag“ waren „Stadt und Striezelmarkt zwar voller schiebender und drängender Menschen, aber das Geschäft dürfte doch nicht so glänzend gewesen sein“. Die Weihnachtsfeiertage ließen „in so manchen Familien keine rechte Stimmung aufkommen, da das Oberhaupt fehlt oder gar im Felde geblieben ist, und die Mittel zum Schenken sind ebenfalls nicht vorhanden“.

Die Mädchen hatten für die Weihnachtsferien einen wichtigen Auftrag erhalten: Kurz vor den Feiertagen hatte der Pirnaer Anzeiger einen Aufruf des Generalfeldmarschalls Hindenburg veröffentlicht, in dem aufgefordert wurde, den Soldaten an der Ostfront, die von der Kälte geplagt wurden, zu helfen. Umgehend hatten die größeren Mädchen den Auftrag erhalten, „für unsere braven Feldgrauen im Osten Kopf-, Brust- und Lungenschützer herzustellen, darum alle heran an die vaterländische Arbeit!“

Schüler jagten „Goldfuchse“

Im Winter 1915/1916 wurden die Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften und Marktständen immer länger. Frauen und Kinder harrten bei Wind und Wetter stundenlang aus, um etwas Butter, ein paar Eier oder ein Stückchen Fleisch zu bekommen. In den gleichgeschalteten, zensierten und auf den „Burgfrieden“ eingeschworenen Zeitungen war davon wenig zu lesen. Sorgfältig registriert aber wurde die Stimmung unter der notleidenden Bevölkerung von der Polizei. In einem Bericht hieß es, dass die Arbeiterfrauen ihren Unwillen in lebhafter Weise Ausdruck“ gaben und „gehässige Kritik“ übten. Es müsse damit gerechnet werden, „dass es zu Tumulten kommt“.

Im Gegensatz dazu strotzten im Pirnaer Anzeiger die Kommentare zum Jahreswechsel vor Optimismus und Siegeszuversicht: „Gleich hellen Fanalen leuchten die Namen wichtiger Schlachtorde, auf denen die deutschen Truppen glänzende Siege erfochten. Weite Gebiete feindlichen Landes sind in unserem Besitz. Und über allem thronet der allmächtige Gott, der uns gnädig geholfen und unsere Truppen von Sieg zu Sieg geführt hat.“ Und großspurig wie eh und je konnte man im Anzeiger den Neujahrsgruß des Kaisers an Heer und Flotte lesen: „Überall, wo Ich euch zum Schlagen angesetzt, habt ihr den Sieg glorreich errungen, und dankbar erinnern wir uns der Brüder, die ihr Blut freudig dahingaben.“

Aber auch der auftrumpfende Kaiser musste Rücksicht auf die verschlechterte Stimmung im Volk nehmen: „Ein frohes und glückliches neues Jahr“ könne man sich leider nicht wünschen, „dazu sind die Zeiten zu ernst, die Opfer zu groß und der Trauerfälle zu viele, die über unser Volk kamen“. Dann aber wieder optimistisch und forsch: „Der Frieden wird noch dieses Jahr kommen, und wir werden den Engländern den Frieden diktieren.“

Pastor Kummer aus Burkhardswalde brachte in seiner Silvesterpredigt die zwiespältige Stimmung zwischen zunehmender Resignation und dem Festhalten an der Durchhaltepolitik zum Ausdruck: „Wir sehen jetzt alle, wie furchtbar hart der Kampf geworden ist. Am Anfang des Krieges rechneten wir von einem Monat zum anderen, von einem Fest zum anderen mit einem baldigen Friedensschluss. Diese Art, mit dem Frieden zu rechnen, haben wir längst verlernt, (...) Der Strom der Zeit, der rot gefärbt ist von dem vielen vergossenen Blut, ist angeschwollen von den vielen vergossenen Tränen, braust und brandet gewaltig um uns her. Aber mag auch der Krieg wie eine Last von Millionen Zentnern auf uns lasten, wir müssen hindurch! Wir müssen, um jeden Preis! Sonst wären ja all die großen Opfer umsonst gebracht. Vorwärts geschaut und vorwärts gestürmt, du deutsches Volk!“

Doch der Kriegsalltag rückte rasch die Proportionen zwischen Propaganda und Realität zurecht. Angesichts des staatlichen Versagens bei der Lebensmittelversorgung beschlossen die Gemeindevorsteher des Pirnaer Bezirks, den Handel mit Fleisch, Butter und Gemüse selbst in die Hand zu nehmen. Der Anzeiger mahnte immer wieder zur Sparsamkeit, um den Krieg „durchhalten“ zu können. Doch, so das Blatt, einige Mitbürger seien offenbar der Meinung, Brot ohne Einschränkung essen zu dürfen. Um die Aushungerungspläne der Feinde zunichte zu machen, sei es aber „vaterländische Pflichterfüllung“, so wenig Brot wie möglich zu verbrauchen.

In einem „Wort an die Fleischermeister“ wurde aufgefordert, „der ärmeren Bevölkerung“ Knochen zu überlassen, „da sich aus ihnen eine sehr kräftige Fleischbrühe herstellen lässt“.

Empört wurde im Anzeiger von einer Frau berichtet, die beim Händler „ihre Butter“ verlangte. Als man ihr klar machte, dass keine Butter vorhanden sei und sie sich wie alle anderen einrichten müsse, habe sie wütend geschrien: „Macht keen Kriech, wennr keene Butter habt!“

Der Kaisergeburtstag am 27. Januar 1916 war endlich wieder eine Gelegenheit, die Stimmung aufzuhellen. Fahnen an den Häusern, auf Plätzen und Straßen und zahllose Fähnchen sollten demonstrieren, dass „das deutsche Volk seinem Kaiser stolzen Herzens und getreu bis in den Tod folgt“. Auf dem Marktplatz hatte der Pavillon mit dem „Nagel-Adler“ geöffnet, und „am Geburtstag des Kaisers sollte es jeder als eine Kaiser-Geburtstags-Spende ansehen, mindestens einen Nagel einzuschlagen für Kaiser und Vaterland“. Die Klassen der Pirnaer Schulen kamen ge-

schlossen anmarschiert, „um ihre Nägel einzuschlagen, die die Kinder selbst durch ihrer Hände Arbeit verdient haben“.

Der Jungsturm ehrte den „Heldenkaiser“ mit einem Paradeappell, auf dem Stadtrat Gubsch „die kommende Militärzeit der Jungen „in begeisternden Worten“ pries. Und in den Schulfeierstunden wurde über die „deutsche Welt- und Seegeltung“, über die „völkische Einheit im Krieg“ und die „deutsche Redlichkeit“ schwadroniert und dem Kaiser, der als „Feldherr“ völlig versagt hatte und dem die Generale längst die Entscheidungen aus der Hand genommen hatten, für den „siegreich geführten Krieg gedankt“. Der Pirnaer Anzeiger schlug in die gleiche Kerbe und resümierte, dass der Krieg „bei allen Schrecknissen manchen Segen gebracht“ habe: Das deutsche Volk verstehe „seinen kaiserlichen Herren“ besser als zuvor. Es wisse, dass es in erster Linie des Kaisers Verdienst sei, „dass wir bisher diesen Krieg siegreich geführt und die sichere Hoffnung heben dürfen, einen ehrenvollen Frieden zu erringen“.

Doch die Zeichen für die „siegreiche“ Fortführung des Krieges standen schlecht. Gerade bis zum Jahreswechsel 1915/1916 reichte das Geld, das die bisherigen Kriegsanleihen eingebracht hatten, um die Kriegskosten zu decken. Mit der Dauer des Krieges lief der Finanzbedarf allen Planungen davon, und die Regierung musste neue Geldquellen erschließen. Die Steuern wurden erhöht und Goldmünzen, Goldschmuck und andere Wertgegenstände gegen Papiergeld aufgekauft. Der Edelmetall-Bestand der Reichsbank sollte so aufgefüllt und die ökonomische Handlungsfähigkeit der „Regierung erhalten bleiben.“

Erste Versuche, die Menschen zu bewegen, sich von ihren Goldmünzen, Ringen, goldenen Uhrketten, Schmuck und sonstigen Wertgegenständen, die als Sicherheit für Notzeiten gedacht waren, zu trennen, hatten offenbar nicht das gewünschte Echo gefunden. Der Pirnaer Anzeiger veröffentlichte deshalb im Januar 1916 einen Aufruf der Amtshauptmannschaft an die Bevölkerung des gesamten Pirnaer Bezirks mit „der dringenden Bitte, nach Kräften daran mitzuwirken, dass auch die letzten Goldstücke in die Hand der Reichs-Bank gelangen“. Jeder habe sich vor Augen zu halten, „dass ihm das Geld, das er im Kasten oder Strumpf zurückhält, später einmal zur Unehre und Schande gereichen“ könnte. Denn die Goldstücke, die man jetzt dem Reich opfere, würden „wie die Soldaten für den Sieg kämpfen“. Als besonders geeignet zum Aufspüren der privaten Goldreserven erwiesen sich die Kinder, denn, so der Anzeiger, so mancher, „besonders von der Landbevölkerung, hat auf ihr Drängen seinen letzten Goldfuchs herausgerückt“. Allein die Schüler des Pirnaer Realgymnasiums trieben in acht Wochen Gold im Werte von über 5500 Mark ein, und die Neustädter Bürgerschule rechnete für über 1000 Mark Goldmünzen ab. „Manches von der Großmutter sicher in der Truhe verborgen gehaltene Goldfuchlein brachte der Enkel nach vielen Bitten ans Tageslicht“, lobte der Anzeiger den Eifer der Kinder.

Die Goldfassung wurde bürgernah organisiert, und so gab es nicht nur in Pirna Aufkaufstellen, sondern auch in Berggießhübel, Copitz, Dohna, Gottleuba, Hohnstein, Königstein, Liebstadt, Lohmen, Mügeln, Neustadt, Schandau, Sebnitz, Stolpen und Stadt Wehlen. Jeder Goldverkäufer erhielt außer dem Gegenwert in Papiergeld ein Gedenkblatt und das bekannte Bild „Gold gab ich für Eisen“, das an die Opferbereitschaft der Menschen während des Befreiungskrieges 1813 erinnerte. Und wer seine goldene Uhrkette abgab, erhielt gegen Erstattung der Kosten eine Kette aus Eisen, die dann demonstrativ als Zeichen vaterländischen Opfersinns getragen werden konnte. Bis Kriegsende wurden allein in Pirna 58,136 Kilogramm Gold für 67.125 Papiermark aufgekauft. Und wer meinte, seinen Goldschatz in einem Schließfach seiner Bank oder Sparkasse für die Zeit des Krieges verschwinden lassen zu können, hatte sich getäuscht. Alle Geldinstitute wurden aufgefordert, die in den Safes versteckten Goldsachen herauszuholen. Bereits im April 1916 konnte der Pirnaer Anzeiger melden, dass sich der Goldbestand der Reichsbank um zwei Milliarden Mark erhöht hatte. Allerdings, so die Zeitung, müsste noch „eine große Summe Goldes ungenutzt im Kasten ruhen“, denn vor dem Krieg waren Goldmünzen im Wert von fünf Milliarden Mark ausgeprägt worden.

Der Erste Weltkrieg brachte aber nicht nur für die Bürger hohe finanzielle Belastungen, sondern auch für die Städte und Gemeinden. Handel und Gewerbe lagen darnieder, die Kommunalsteuern flössen deshalb spärlich, und die Sozialausgaben zur Unterstützung der „Kriegerfamilien“ sprengten die Haushalte. Der Pirnaer Anzeiger forderte größere Opfer zur Sanierung der öffentlichen Finanzen: „Die großen, noch stetig wachsenden Ausgaben, die den Gemeinden im Krieg auferlegt werden, mahnen, an eine Erhöhung der Einnahmen zu denken, das umso mehr, als den erhöhten Ausgaben starke Steuerausfälle gegenüberstanden. Deshalb ist mit einem Emporschnellen der Steuerabgaben auch in Pirna zu rechnen.“ Und die Zeitung ist sich sicher, dass die Pirnaer „die nötigen Opfer derbringen werden“.

Damit sich die Kommunen angesichts der leeren Kassen nicht noch mehr verschulden, wies die Landesregierung an, „den Geldmarkt nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn dies unbedingt notwendig ist“. Alle geplanten Bauvorhaben waren bis nach dem Krieg zurückzustellen, „damit die zurückkehrenden Krieger Arbeit finden“. Auf der Suche nach Geldquellen für die Stadtkasse wurde in Pirna gefordert, die Hundesteuer zu erhöhen. Die Hundehalter protestierten und fragten, warum die vielen Katzenhalter bisher völlig ungeschoren geblieben wären. In Sebnitz hätte man schon lange eine Katzensteuer eingeführt. „Schon um der Gerechtigkeit“ wurde verlangt, es den Sebnitzern gleich zu tun, zumal doch Katzen „namentlich für die Vogelwelt schädlicher sind als Hunde“. Nach den Katzen nahm man sich die Junggesellen vor. Der Krieg, so der Anzeiger, mache deutlich, dass alleinstehende Männer viel günstiger dastünden als Verheiratete, und immer mehr breche sich die Anschauung Bahn, die „freiwilligen Hagestolze“ besonders zu besteuern. Einige sächsische Städte hätten die Ledigensteuer bereits eingeführt und dabei auch die katholischen Geistlichen nicht vergessen.

Die Ebbe in den öffentlichen Kassen, aber auch die vielen personellen Ausfälle durch den Krieg hatten katastrophale Auswirkungen in der, Schulen. Der Pirnaer Oberschulrat Reil gab in einer Lehrerversammlung „eine Reihe ernster Zahlen der Kriegseinwirkungen“ bekannt. Von 496 Lehrern des Pirnaer Bezirks waren 294 einberufen worden, von denen bisher 25 „bis in den Tod gekämpft“ hatten. Die Zahl der Klassen verringerte sich durch Zusammenlegung um 117, wodurch sich die Schülerzahl pro Klasse bis auf 80 erhöhte. Im Realgymnasium war ein Drittel der Lehrer einberufen und der Unterricht entsprechend gekürzt worden. Zehn Abiturienten des letzten Jahrgangs waren von der Schule direkt „in den Heeresdienst“ gegangen. 60 „Ehemalige“ waren bereits „für das Vaterland gestorben“. Das Nachlassen der schulischen und das Fehlen der väterlichen „Zucht“ hatte, so der Anzeiger, zu einem Ansteigen der Jugendkriminalität geführt. Die „unübersehbare Verwahrlosung“ belastete die städtische Jugendfürsorge, die 62 Minderjährige unter ihre Fittiche nehmen musste. Fast hundert Jugendliche standen vor Gericht, darunter 26 Mädchen. Der Pirnaer Anzeiger hoffte, „dass es nach dem Kriege besser werde und Zucht und Sitte in der rechten Weise wieder zur Geltung gelangen“. Zunächst aber sei es während des Krieges die wichtigste Aufgabe von Schule und Elternschaft, die Kinder „sorgfältig“ zu erziehen und auch die „veredelnde Wirkung des Krieges“ zu nutzen, Öffentlichkeit und Lehrerschaft hätten dafür zu sorgen, dass „die sittlichen und religiösen Kräfte in unserer Jugend“ erhalten bleiben, denn „nur diese haben unser Volk stark und unüberwindlich gemacht“. Zur Stärkung dieser Kräfte müssten „regelmäßig Kriegsandachten und Kriegsstunden in den Schulen“ durchgeführt werden.

Einige Geistliche riefen dazu auf, die bevorstehenden Konfirmationen zu benutzen, um die Konfirmanden zu einer „schlichten und einfachen Lebenshaltung“ anzuhalten. Insbesondere sollten die Mädchen „in einem dunklen Kleide erscheinen“, da „jetzt für Prunk und Putz kein Pfennig unnötig ausgegeben“ werden darf. „Wie unsere Soldaten sich vom General bis zum Rekruten in das schlichte Feldgrau gekleidet haben, so sollen auch unsere Kinder in der Kriegszeit und besonders bei der Konfirmation in einfacher Kleidung ihre Zier suchen.“

Jedes halbe Jahr eine neue Kriegsleihe

Ende Februar 1916 begann die Schlacht von Verdun. Sie wurde im Verlauf des Jahres zur größten bisher geführten Materialschlacht mit unvorstellbaren Menschenverlusten. 364.000 Soldaten fielen auf französischer und 338.000 auf deutscher Seite. Verdun wurde zum Symbol sinnlosen Massensterbens. Der Krieg verlor den von den Militärs, Regierenden und Zeitungen beschworenen „ehrenden und heldischen“ Charakter. Für die „kleinen Leute“ war der Krieg verbunden mit dem Tod zahlloser Väter und Söhne, mit dem täglichen Kampf um das Sattwerden, mit Kummer und Sorgen, mit Preistreiberei, Wucher und schreiender sozialer Ungerechtigkeit. Und die Menschen erlebten den Krieg auch als systematischen Raubzug gegen ihre schwer erarbeiteten kleinen Vermögen. Denn schon wieder, pünktlich ein halbes Jahr nach der letzten Zeichnungsaktion, rief der Pirnaer Anzeiger Anfang März 1916 zur 4. Kriegsanleihe auf.

Die halbe Milliarde Mark, die die Sachsen bisher für den Krieg hingegeben hatten, sei mit 4,5 Prozent Verzinsung „die unbedingt beste und sicherste Geldanlage“, gaukelten Kommentare im Anzeiger den Sparern Solidität vor, obwohl das bisher gezeichnete Geld längst verpulvert war. „So, wie der Krieger im Felde sein Leben an die Verteidigung des Vaterlandes setzt, so muss der Bürger in der Heimat seine Ersparnisse dem Reich derbringen, um die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende zu ermöglichen“, wurden die Leute moralisch unter Druck gesetzt. Die 4. Kriegsanleihe müsse, so warben halbseitige Inserate, „der große deutsche Frühjahrssieg auf dem finanziellen Schlachtfeld werden. Bleibe keiner zurück!“ Die Kriegsanleihen seien „die Waffe der Daheimgebliebenen gegen alle unsere Feinde, die jeder führen kann und muss, ob Mann, ob Frau, ob Kind“.

„Experten“ erklärten den Sparern in Einwohnerversammlungen und in der Zeitung, dass die Kriegführung von Monat zu Monat teurer würde und nach zwanzig Monaten Krieg sich die täglichen Kosten bereits verdoppelt hätten. Immer noch werde viel Geld sinnlos privat vertan. Jeder habe sich zu fragen: „Wollen wir Wohlleben, während Tausende und aber Tausende draußen für uns derben, kämpfen und sterben? Heraus mit all dem Gelde, das nur dem Genüsse dient! Dem Vaterlande gehört es in dieser entscheidenden Stunde!“ Das deutsche Volk habe sich bereits bei vielen Gelegenheiten in der Vergangenheit „groß gehungert und großgedarbt“, und es müsse jetzt erst recht bereit sein, „sich des abzukargen, was Sieg und Größe des Vaterlandes fordern“.

Wie immer bei derartigen vaterländischen Aktionen wurden die Schulkinder mobilisiert. „Was ihre Hinzuziehung so wertvoll macht, das ist ohne Zweifel die moralische Bedeutung. Ihre Mitwirkung an der Kriegsanleihe ist ein Stück staatsbürgerliche Erziehung“, lobte der Anzeiger. Die Lehrer organisierten den Schülereinsatz stabsmäßig und schickten die Kinder nach einem Plan in die Häuser, „um die Zeichnung der Bewohner für die Kriegsanleihe entgegen zu nehmen“. Für ihren Einsatz waren die Kinder von der Pirnaer Reichsbanknebenstelle mit Ausweisen ausgerüstet und geschult worden, um besonders alten Leuten bei der Zeichnung behilflich zu sein.

Aber auch an die Schüler wurde appelliert, ihre kleinen Vermögen dem Vaterland zur Verfügung zu stellen. Mit Beiträgen von fünf Mark aufwärts nahmen sie an der „Schülerkriegsanleihe“ teil und setzten „ein wertvolles Zeichen nationaler Opferwilligkeit“. Die Schüler des Realgymnasiums zeichneten 27.700 Mark, die Lohmener Volksschüler brachten es auf 2600, die Kinder von Stadt Wehlen auf 1000, und die kleine Volksschule Stürza half der Reichsregierung mit 3100 Mark „siegen“.

Die Neustädter Einwohner unterstützten den Krieg mit 870.000 Mark. Aus Königstein flössen 800.000 Mark in die Kriegskasse, aus Schandau 411.200, aus Dohna 205.200 und aus Lohmen 188.500 Mark. Die Pirnaer zeichneten zwei Millionen Mark, 600.000 Mark weniger als bei den beiden letzten Anleihen. Unter der Überschrift „Das Geld gehört in die Reichsbank!“ zog deshalb der Pirnaer Anzeiger ein kritisches Resümee: Wer jetzt sein Geld zurückhalte, sei ein Vaterlandsverräter. In Copitz z. B. habe sich ein Geschäftsmann mit seinem Reichtum gebrüstet und nichts gezeichnet. „Solche Vaterlandsfreunde“, so die Zeitung, „gehören an den Pranger“.

Erfreulicher war da schon die Opferwilligkeit der sächsischen Schulkinder, die 8,3 Millionen Mark gegeben hatten. Der König dankte dafür „huldvoll allen Lehrern und Schülern Allerhöchst“.

Um den Willen zum Durchhalten in den schweren Kriegszeiten zu stärken, erinnerte der Pirnaer Anzeiger an schwere Zeiten in der Vergangenheit. „Die Alten haben durchgehalten, sind unter den Nöten nicht zusammengebrochen, sind nicht kleinmütig und verzagt geworden. Was müssen das für tapfere Männer und hochgesinnte Frauen gewesen sein!“ Die Schlussfolgerung für des Kriegsjahr 1916 müsse deshalb sein: „Was jene gekonnt haben, können wir auch!“ Erfolgsmeldungen von den Fronten sollten die Siegesgewissheit stärken, und die Zeitung erging sich in ausführlichen Schilderungen Tod und Verderben bringender Angriffe auf England aus der Luft: „Drei Nächte hintereinander! Alle früheren Angriffe deutscher Luftschiffe und Flugzeuge sind bloße Vorspeise gewesen. Alle Geister der Luft wurden gegen Englands Nachtruhe entfesselt. John Bull erzitterte bis ins innerste Mark vor unseren Luftgeschwadern.“

Mit großem Pomp wurde Hindenburgs „goldenes Jubiläum“ gefeiert. Er stehe, so der Anzeiger, „fünfzig Jahre im Dienste von Krieg und Vaterland“ und habe „herrliche Vernichtungsschlachten“ geschlagen. Die allgemeine Verehrung seiner Person komme dadurch zum Ausdruck, dass die Wirtschaft sie zum Werbeträger gemacht und Zigarren, Stiefel, Krawatten und Liköre nach dem „Kriegshelden“ benannt hätte. Eine Brauerei habe sogar „Hindenburg-Siegestropfen“ auf den Markt gebracht. Und die Schulkinder wären die größten Hindenburg-Verehrer, weil sie „schulfrei bekommen, wenn ein großer Sieg bekannt wird“. Sie reimten: „Du lieber, guter Hindenburg, / Hau' doch die Russen richtig durch! / Hau“ sie, dass die Fetzen fliegen / und wir morgen schulfrei kriegen!“

Zur gleichen Zeit ließ der Pirnaer Rat durch die Schulkinder „Flugschriften“ an alle Haushalte verteilen, die „bei der Überwindung der Nahrungsmittelkrise helfen“ sollten. Sie enthielten Anregungen „für die neue Kriegsküche“, für die „Kartoffelküche in der Kriegszeit“ und für die „fettarme Küche“. Kritisiert wurde, dass die Brennesseln „nicht die Beachtung finden, die sie verdienen“. Sie würden sich vorzüglich für den menschlichen Genuss eignen und „ein ebenso nahrhaftes wie geschmackvolles Gemüse“ ergeben. „Doch es eilen nur wenige Personen hinaus, sich den Segen, der ihnen umsonst entgegenwächst, herein zu holen,“ Angemacht wie Spinat, seien die jungen Brennesseltriebe „recht gut genießbar, wenn auch ein wenig rau“.

Aus Königstein wurde gemeldet, dass wie in einigen anderen Orten, die Fleischerläden geschlossen werden mussten, weil es nichts mehr zu verkaufen gab. Mitte April entschloss sich die Regierung endlich, Fleischkarten einzuführen. Allein ihre Ankündigung provozierte eine wüste Hamsterei. „Ein Teil des Publikums“, so der Anzeiger, „hat sich nicht gescheut, einen Sturm auf die Läden zu unternehmen.“ Und sorgenvoll wird vermerkt: „Das Einhamstern ist einer der dunkelsten Punkte unseres Wirtschaftslebens und wirft ein bedenkliches Licht auf die geringe soziale Reife und den Mangel an Pflichtgefühl.“

Eine Erfassung aller Fleischvorräte sollte feststellen, „wie viel gefüllte Pökelfässer und geräucherte Fleischwaren sich im Besitz bestimmter Pirnaer Haushalts befinden“. Allen, die mehr als drei Pfund Fleisch je Person gehamstert hatten, sollten zunächst die Fleischkarten entzogen werden. Die Hausfrauen wurden gewarnt, Vorräte zu verheimlichen. Jeder müsse sich bewusst sein, „dass die schwersten Freiheitsstrafen ohne jede Ansehung der Person zur Anwendung gebracht werden“.

Viele Klagen gab es über die Qualität und die Bekömmlichkeit des ungewohnten, mit zahlreichen Mitteln „gestreckten“ Kriegs-(K-)Brot. Der Pirnaer Anzeiger gab Hinweise für den Verbrauch: „Wenn das Brot zu feucht ist, schneide man es in Scheiben und trockne es in der Röhre oder an einer nicht zu heißen Stalle des Ofens. Wem das Brot zu hart oder zu alt ist, der bröckle es in die Suppe oder mache eine gute Brotsuppe daraus. Jedes Stückchen Brot, jedes Krümchen muss sorgsam behütet und verwandelt werden! Möge diese Lehre des Krieges eine bleibende sein fürs ganze Leben, für uns und unsere Kinder!“

Mitte Mai 1916 veröffentlichte der Pirnaer Anzeiger Zuschriften, in denen die durch den Hunger hervorgerufenen sozialen Spannungen offenkundig wurden. „Leider hat sich noch kein Mittel finden lassen“, schrieb ein Leser, „unseren Frauen das lange Stehen beim Einkauf zu ersparen. So bedauerlich dieser Umstand ist, werden wir uns wohl oder übel damit abfinden müssen. Als geradezu verwerflich muss es aber bezeichnet werden, wenn sich die wartenden Frauen, und zwar die ohne Kopfbedeckung und im Arbeitskleide, hinreißen lassen, diejenigen unserer Frauen, die, in Hut und besser angezogen, mit werten, durch spitze Redensarten, sogar durch Tätlichkeiten beleidigen.“ Die „besser Gekleideten“ würden doch das Los der Armen teilen, und es müsse doch möglich sein, auch unter den Frauen den „Burgfrieden“ herzustellen.

In einem anderen Leserbrief wurde festgestellt, dass in den Warteschlangen vor den Fleischerläden „ganz selten besser gekleidete Damen zu finden sind“. Es wurde vermutet, dass dies „mit den Fleischpaketen“ zu tun hätte, „die man in den Läden liegen sieht“. Überhaupt werde es höchste Zeit für die Stadtverordneten, sich der Ansammlungen vor den Butter- und Fleischerläden anzunehmen, denn wiederholt seien Kriegsgefangene vorbeigeführt worden und hätten „ihrer Freude darüber Ausdruck gegeben, dass die Deutschen nun wirklich ausgehungert werden“. Einer Frau Rittmeister H. aus Dohna wurde vorgeworfen, große Vorräte aufgespeichert zu haben. Sie setzte eine „Warnung“ in den Anzeiger, drohte mit Verfolgung und bot demjenigen hundert Mark, der ihr „Urheber und Weiterverbreiter“, der üblen Nachrede namhaft mache. Die Innung der Fleischer sah sich durch Gerüchte über Fleischschieberei herausgefordert und veröffentlichte ein Inserat „zur Aufklärung der geehrten Einwohnerschaft Pirnas“, in dem darüber informiert wurde, dass von der notwendigen Menge Fleisch zur Belieferung der eben eingeführten Fleischkarten leider nur ein Viertel bereitgestellt worden war und deshalb die Karten nur zu einem kleinen Teil beliefert werden könnten.

Das Durcheinander bei der Fleischversorgung wurde vollends auf die Spitze getrieben, als die Amtshauptmannschaft Pirna neben den Landesfleischkarten auch noch eigene lokale Karten einführte und zusätzlich den Nachweis der Kunden in Listen forderte. War nicht genügend Fleisch vorhanden, mussten an den Geschäften die Kundennummern angeschrieben werden, die berücksichtigt werden konnten, um vergebliches Anstehen in der Warteschlange zu vermeiden.

Aber es waren nicht nur die Butterhändler und Fleischer, die attackiert wurden. Auch den vielen Kleinhändlern wurde vorgeworfen, sich an der Kriegsnot zu bereichern. Die protestierten, wiesen die Anschuldigungen zurück und beklagten ihrerseits, „dass so wenig Verständnis für die traurige Lage der Händler vorhanden“ sei. Unter ihnen breite sich „Erregtheit und Erbitterung“ aus, die „sich des ganzen Standes, insbesondere der Frauen der im Felde stehenden Geschäftsinhaber bemächtigt hat“. Fast täglich veröffentlichte der Anzeiger Beispiele von Wucherpreisen: Ein „Pfadfinderbrot“ wurde für 6,40 Mark verkauft, kostete aber in der Herstellung nur 1,25. Für Trockenmilch zahlte man bei einem Aufwand von zwei Mark 6,75. Ein „Honigpulver“ aus Rübenzucker und Teefarbe war um das 4,5-Fache überteuert. Auch bei „Kaffeetabletten“, „Kakaowürfel“ und einem „Butterstreckungsmittel“ wurden „Verdienst“-Spannen bis zu 1250 Prozent nachgewiesen. Die Zeitung warnte auch vor Wundermitteln, die Eier, Fleisch, Fett und Speiseöl ersetzen sollten. „Zweifelloos ist es erwünscht, dass gewissenlosen Fabrikanten, die für minderwertige Waren dem Verbraucher in diesen teuren Zeiten unverhältnismäßig hohe Preise abfordern, das Handwerk gelegt wird.“ Aber, so warnt der Anzeiger, „ohne Ersatzmittel können wir jetzt nicht auskommen. Wer also wider Ersatzmittel Misstrauen wachruft, verleidet damit dem Publikum den Gebrauch von Hilfsmitteln, die es doch nicht entbehren kann. Denn niemand wird bestreiten dass vielen dieser Ersatzmittel eine große Bedeutung für unser Durchhalten zukommt“.

Eine besonders makabere Aktion unternahm angesichts der vielen Kriegstoten der Pirnaer Fotograf Hugo Schwerg. Er rief alle „Heerespflichtigen“ auf, sich in seinem Atelier gegenüber der katholischen Kirche „im Kreise ihrer Familien oder als Einzelbild oder in Feldrüstung fotografieren zu lassen, ehe es zu spät ist“.

Das Butter-Streichbrot war passee

Immer im Frühjahr, wenn die Vorräte der letzten Ernte zur Neige gingen und außer Brennnesseln und einigen anderen Wildkräutern noch nichts zu ernten war, wurde die Hungersnot in den Kriegsjahren am größten. Ende Juni 1916 erschien ein Aufruf an die „Mitbürger“: „In den nächsten Wochen bis zur neuen Ernte werden Nahrungsmittel, besonders Kartoffeln, sehr knapp sein. Zunächst muss für die Versorgung unserer Truppen im Felde gesorgt werden. Wir im Inland müssen zurücktreten; für uns gilt es, für diese Zeit uns Entbehrungen aufzuerlegen. (...) Wir vertrauen, dass unsere Bürgerschaft dieses Opfer bringen wird. Gott sei Dank gibt uns die Ernte Aussicht, dass wir von der Zukunft Besserung erhoffen dürfen. Würdig unseren Tapferen, die draußen so erfolgreich Wacht halten, wollen wir auch im Lande opferbereit ausharren.“ Die „Mitbürger“ sollten sich immer bewusst sein, dass „durch Ansammlungen auf Straßen und Plätzen nichts erreicht wird“. Solche Demonstrationen für mehr Nahrungsmittel würden nur „ernste Gefahren für jeden einzelnen wie für die Gesamtheit“ mit sich bringen und den Feind bestärken, „daraus nur neuen Mut zu schöpfen, den Krieg zu verlängern“.

Obwohl die wichtigsten Lebensmittel nach und nach rationiert worden waren, verringerten sich die Zuteilungen von Kriegsjahr zu Kriegsjahr. Verglichen mit dem Vorkriegsstand war die Versorgung im Juni 1916 bei Fleisch um 63, bei tierischen Fetten um 33, bei Pflanzenöl um 61, bei Eiern um 82 und bei Hülsenfrüchten um 86 Prozent zurückgegangen.

Immer mehr fragwürdige Ersatzlebensmittel kamen auf den Markt. Der Pirnaer Anzeiger berichtete von Butterersatz aus gefärbtem Quark, Wurst aus einer Pflanzenmasse und tierischen Abfällen, Eierersatz aus gefärbtem Kartoffelmehl und Marmelade aus Gelatine und farbigem Wasser.

Es waren nicht nur zwielichtige Geschäftemacher, die solche „Ersatzmittel“ anpriesen. Auch der „Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel“ verbreitete höchst offiziell einen Aufruf zur Linderung der Hungersnot, in dem darauf verwiesen wurde, dass es früher in Deutschland allgemein üblich gewesen sei, eine Morgensuppe aus Roggen- oder Weizenmehl zu sich zunehmen. Bisher sei die Rückkehr zu dieser „guten alten deutschen Gepflogenheit „am fehlenden Mehl gescheitert. Nunmehr sei es unter Mitwirkung der „Reichsdienststellen“ gelungen, neue Mehlersatz-Suppenwürfel in die Geschäfte zu bringen, die sogar einen Fettzusatz von vier Prozent hätten. „Man darf erwarten, dass dieses neue Hilfsmittel zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Volksernährung beitragen wird.“ Um die Speiseölknappeheit zu lindern, wurde aufgerufen, die ölhaltigen Kirschkerne zu sammeln und nicht „in rücksichtsloser Weise auf die Bürgersteige zu werfen“. Vor allem von den Hausfrauen erwartete man, beim Einkochen der Kirschen an ihre vaterländische Pflicht zu denken und die Kirschkerne zu sammeln“. Damit sie nicht schimmelten, müssten sie im Wasserbad gereinigt und in der Sonne getrocknet werden.

Im Anzeiger bot ein „Erfinder“ ein „Salatöl in der Tüte“ an, über das es im Inserat hieß: „Pflanzliches Produkt, kein Öl, leicht gefärbt, besser und bekömmlicher als im Handel befindliche Salatöl-Ersatzmittel.“ Die Untersuchung dieses Ersatzöls ergab, dass es aus gelb gefärbten Algen und Kochsalz bestand.

Naben dem offiziellen Handel florierte der Schwarzhandel und absorbierte ein Siebentel der Getreide- und Kartoffelernte, ein Drittel das Fleisch, der Eier und des Obstes. „Nichts trägt mehr zur Aufregung breiter Volksschichten bei als eine ungerechte Verteilung der Lebensmittel“, hieß es in einem Lagebericht. Die Tatsache, dass Reiche „sich wie im Frieden verproviantieren“ könnten, würde „den Willen zum Durchhalten“ erschüttern. Der Anzeiger indes nahm zur Hebung der Stimmung die Zaghafte auf Korn, z. B. mit einem Durchhaltegedicht an die „Jammerlappen“:

Wir halten durch! Nur hin und wieder brummen
 Gottsjämmerlich die feigen und die Dummen.
 Weil manchmal knapp sind Butter, Fleisch und Eier,
 Seufzt der Herr Huber, jammert die Frau Meier.

Tragt's mit Humor! Er gibt die beste Würze,

Wenn uns die Knackwurst kränkt durch ihre Kürze,
Des Bratenstückleins Dünne uns erschreckt,
Nach Butter kaum das Brötchen schmeckt!

Jetzt ist Entfettungskur ein leichtes Spiel,
Wir aßen früher ohnedies zu viel.

Die letzten Woche vor der Ernte waren die Vorräte aufgebraucht, die Kartoffelkeller leer. Die Amtshauptmannschaft Pirna ließ in einer verzweifelten Blitzaktion alle noch vorhandenen Bestände bei den Bauern und in den Haushalten erfassen. „Zu hoffen ist“, schrieb der Anzeiger, „dass auf diese Weise doch noch Kartoffelvorräte ermittelt werden. Für Pirna sieht die Sache bedenklich aus. (...) Die Vorräte der Stadt gehen zur Neige, ohne dass Aussicht vorhanden ist, sie zu ergänzen.“ In anderen Städten würden wenigstens Kohlrüben für Kartoffeln abgegeben, „um über die Not hinwegzuhelfen“.

Besonders kompliziert, so das Kriegsernährungsamt, war die Versorgungslage in den Orten der Sächsischen Schweiz, wo so viele von den Fremden und der Gastronomie lebten. Den Ausflüglern sei die Erholung und den Wirten eine gute Einnahme „in dieser schweren Zeit“ wohl zu gönnen, doch sei es nicht möglich, den Gastwirtschaften zusätzlich Lebensmittel zu liefern. „Jeder Ausflügler wird deshalb guttun, sich die Nahrungsmittel aus dem Heimatorte mitzubringen. Die Gastwirte werden sich darauf einrichten müssen, gegen Ablieferung der entsprechenden Mengen die Speisen herzustellen.“

Ein weiterer schwerer Schlag für die Ausflügler war eine Verfügung des kommandierenden Generals der Region, durch die der Fahrradverkehr eingeschränkt wurde. Künftig war wegen der Verknappung der Bereifung jede Benutzung von Fahrrädern zu Vergnügungsfahrten und zu Sportzwecken verboten. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass vor allem Ausflüge und Spazierfahrten während der Pfingstfeiertage unstatthaft sind.

Obwohl die strenge Zensur der Zeitungen während des Ersten Weltkrieges jede wahrheitsgemäße Darstellung der Lage an den Fronten und des Kriegselends in der Heimat verhinderte, kann aus Leserbriefen an der Pirnaer Anzeiger und einzelnen Meldungen, die nicht unter der Decke gehalten werden konnten, auf eine zunehmende Unzufriedenheit unter den Massen geschlossen werden. So beschäftigte sich die Zeitung im Juli 1916 mit dem in der Stadt kursierenden „Hamsterklatsch“: „Üble Nachrede“ richte sich gegen „zahlreiche bekannte „Persönlichkeiten“, denen nachgesagt würde, öffentlich zum „Maßhalten“ aufzufordern, heimlich aber zu hamstern. Das habe in der Region „eine bitterböse Stimmung erzeugt“. Doch, so das Blatt, alle Nachforschungen der Polizei „in Küchen, Speisekammern, Böden und Kellern“ hätten keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Ein anderer Stein des Anstoßes, der in der Stadt Empörung auslöste, waren Klagen über Hausbesitzer, die sich weigerten, „an Kriegerfrauen Wohnungen zu vergeben“, weil sie wegen der kümmerlichen Unterstützung dieser Frauen um ihre Miete fürchteten. „Vorkommnisse dieser Art“, resümierte der Anzeiger, „sind aber nicht nur geeignet, Unwillen im Lande zu erregen, sie könnten, wenn sie in den Schützengräben bekannt werden, die Kampfesfreudigkeit aufs Schwerste beeinträchtigen.“ In Leserzuschriften wurde zwar Verständnis für das kriegsbedingte Fehlen von Kleidung, Unterwäsche und Strümpfen bekundet, aber gleichzeitig das Missfallen darüber zum Ausdruck gebracht, dass seit Monaten kein Garn zum Stopfen und Ausbessern zu bekommen war. Die Redaktion beeilte sich, die Leser mit dem Hinweis zu beruhigen, die Landesregierung habe sich bei der „Kriegsrohstoffabteilung“ dafür eingesetzt, „möglichst bald die Abgabe von wollenem Stopfgarn wenigstens in beschränktem Umfang wieder zu ermöglichen“.

Um weiterer Missstimmung die Spitze zu nehmen, bereitete die Zeitung die Bevölkerung schon einmal auf weitere Einschränkungen bei der Butter- und Fleischversorgung vor. Man müsse sich „darauf einstellen, dass das Butter-Streichbrot zunächst einmal der Vergangenheit angehört“. Und auch bei der Fleischbelieferung sei keine Verbesserung in Sicht. Bürgermeister Starke habe per-

sönlich in Berlin vorgesprochen und „die Ernährungsverhältnisse in Pirna zur Sprache gebracht“. Es bestünde zwar keine Hoffnung, mehr Fleisch, aber doch die Aussicht, bald mehr Kartoffeln in die Stadt zu bekommen. Der Stadtverwaltung wurde vorgeworfen, Lebensmittel zurückzuhalten. Das aber sei, so der Bürgermeister, ein Gebot der Vernunft. In der Vergangenheit sei die Zufuhr von Kartoffeln und Fleisch immer geringer geworden, und es sei deshalb notwendig, einige Vorräte an Fleischkonserven und Speck anzulegen. Zur Linderung der größten Not würde bald ein Kilogramm Frühkartoffeln je Kopf zur Auslieferung kommen. Und wo die Kartoffeln nicht ausreichten, sollte „der Not mit 750 Gramm Mehl und etwas Trockengemüse gesteuert werden“.. Doch solche Mitteilungen führten nur noch zu mehr Hamsterei. Tag für Tag zogen, wie der Anzeiger kritisch vermerkte, die Städter auf die Dörfer und von Gehöft zu Gehöft und kauften zu überhöhten Preisen „alles an Eiern, Quark und Geflügel zusammen“. Die Schwarzmarktpreise erreichten astronomische Höhen, und die Wochenmärkte wurden von den Bauern nicht mehr beliefert. Immer mehr Menschen resignierten und fühlten sich von den Durchhalteparolen nicht mehr angesprochen. Der Anzeiger geißelte diese Haltung mit einem Beitrag „An die von der zweiten Front“, der „Heimatfront“: „Unsere Brüder stehen draußen in der schwersten aller Schlachten. Wir, die wir nicht mit ihnen streiten dürfen, wollen uns an das Herz greifen: Sind wir der Stunde würdig? Jeden Sonntag sitzen in den Gasthöfen Männer und Frauen beim Trunke, und die Rede geht nur von Fleisch, von Eiern und Kartoffeln. Keiner von ihnen spürt, dass sie im Sturm der Weltgeschichte sitzen. Unerregt nehmen sie das Geschehen hin (...)reden von Fleisch, Eiern und Kartoffeln. Wahrlich es wird hohe Zeit, dass ihr euch den Spiegel der Scham vor das Gesicht hebt! Ihr von der zweiten Front!“

Im Sommer 1916 drehte sich das Denken der hungernden Menschen nur um die nächste, hoffentlich gute Ernte, Hinter ihnen lagen Monate des Kampfes um das tägliche Brot. Mit Habseligkeiten, die halbwegs Wert hatten, waren die Städter auf die Dörfer gezogen, um sie gegen Lebensmittel einzutauschen. Der Schwarzmarkt blühte und zwang die Hungernden, immer unverschämtere Wucherpreise zu zahlen, Plakate und Zeitungen beschworen die Menschen, trotz der Kriegsnöte durchzuhalten. Doch das war nicht eine Frage des Willens, sondern hing von der bevorstehenden Ernte ab, die kriegsentscheidende Bedeutung erlangte und, so der Anzeiger, vor Saboteuren geschützt werden musste: „Unsere Gegner bauen ihre Hoffnung darauf, unsere Ernte zu vernichten, und es liegt die Befürchtung nahe, dass feindliche Agenten Kornfelder, Feimen oder Scheunen abzubrennen versuchen.“ Alle hätten deshalb die Pflicht, sich „als Beschützer der fruchttragenden Äcker zu betrachten“ und auf Personen zu achten, die sich unbefugt in der Nähe von Feldern und Scheunen zu schaffen machen. Den Bauern wurde eingeschärft, ständig alle Vorratsräume daraufhin zu kontrollieren, „ob Zündkörner angebracht sind“.

Doch es waren nicht feindliche Agenten, die die Ernte bedrohten, sondern die hungernden Menschen. Der Anzeiger berichtete fast täglich von Felddiebstehlen. Meist würden „die Früchte schon im halbreifen Zustand weggenommen, die Felder sinnlos verwüstet, oft ganze Kartoffelzeilen herausgerissen“. Ähren wurden abgeschnitten, um einige Körner für eine Suppe zu bekommen. Die Bauern drängten die Polizeibehörden, die Beamten „zur unnachsichtigen Verfolgung der Felddiebe anzuhalten“.

In zahlreichen Orten war bereits das Betreten der Feldfluren verboten. Jetzt waren auch die Wälder tabu, weil Beeren- und Pilzsammler die Kartoffelfelder, die an Wald grenzten, räuberten.

In Dohna war die Polizei im August damit beschäftigt, 40 Felddiebstähle aufzuklären. Doch bald waren es nicht nur die Früchte auf den Feldern, die Begehrlichkeiten weckten, sondern auch die Vorräte der Bauern. Aus mehreren Orten wurde gemeldet, dass aus „Speisegewölben“ Brot, Mehl, Sahne und Butter gestohlen und einige Keller vollständig ausgeräumt wurden.

Der Anzeiger ermahnte die „Kriegerfrauen“ immer und immer wieder, den „an der Front kämpfenden Vaterlandsverteidigern“ nichts von dieser „schwierigen Ernährungslage“ und ihren sonstigen „Kümmernissen“ zu berichten, damit, es „die Männer nicht allzu sehr belastet“. Sich so zu verhalten, sei „der schönste Mut einer deutschen Frau“.

Unbeirrt und unberührt von der Not im Lande verkündete der Kaiser zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns am 1. August 1916: „Leuchtend stehen für die Taten nie ermüdenden Opfermutes an der Front vor Augen. (...) Die Hoffnung der Feinde, uns bei der Herstellung von Kriegsmitteln zu überflügeln, wird ebenso zuschanden werden wie der Plan, durch Hunger zu erzwingen, was ihr Schwert nicht erreichen kann. (...) Niemals hat Mich die feste Zuversicht verlassen, dass Deutschland unbezwingbar ist. (...) Des deutsche Volk kennt seine Pflicht und vertraut auf Gottes Hilfe. Derum kann nichts seine Entschlossenheit und Ausdauer erschüttern.“

Die Konservativen meldeten sich am Beginn des dritten Kriegsjahres im Anzeiger zu Wort und forderten, dass „die freudig gebrachten riesigen Opfer“ bei einem künftigen Frieden mit gutem Gewinn zurückerstattet werden müssten. Um Deutschlands Grenzen zu sichern, sei es notwendig, „die Zueignung fremder Länder“ zu erzwingen. Vertreter des Alldeutschen Verbandes, die sich besonders nationalistisch und imperialistisch gebärdeten, forderten auf einer Tagung in Schandau, „alle Kriegsmittel (...) gegen alle deutschen Feinde rücksichtslos und entschlossen anzuwenden“, immer öfter wurden die deutschen Kriegsziels öffentlich diskutiert. Vaterländische Parteien und Verbände unterbreiteten Vorschläge, welche Ansprüche Deutschland nach einem „Siegfrieden“ an die besiegten Gegner stellen und welche Annexionen es einfordern müsse. „Ein Frontsoldat“ wandte sich im Pirnaer Anzeiger mit einem „Protest aus dem Schützengraben“ gegen dieses „Gegacker“: „Wissen denn diese Leute, wie sehr dieses Getue die Widerstandskraft des Feindes immer wieder stärkt? Und wer muss denn die Zeche bezahlen für jede Stunde, jeden Tag und jede Woche, die dieser Krieg länger dauert? Vielleicht diese erlauchten Personen? Nein! Wir müssen die Zeche bezahlen, wir Frontsoldaten draußen, mit unserem Blute. Es stirbt sich nicht leicht, wie diese eitlen Wichtigtuer dort hinten meinen!“

Den Gemeinden wurde von der Regierung nahe gelegt, „Heldenbücher“ anzulegen, in denen „die Lebensschicksale der im gegenwärtigen Weltkriege gefallenen Gemeindemitglieder geschildert und für kommende Geschlechter festgehalten werden“. Auf diese Weise sollte „das Gedächtnis an die ernste und große Zeit dauernd lebendig erhalten“ werden. Die Standesämter wurden angewiesen, die mit der Führung der „Heldenbücher“ beauftragten Personen zu unterstützen.

Gemeinde-, Spar- und Kirchenkassen wurden geplündert

Wie zu erwarten, wurde exakt ein halbes Jahr nach der 4. Kriegsanleihe zum nächsten Geldopfer aufgerufen: „Der Krieg ist in ein entscheidendes Stadium getreten. (...) Weniger denn je dürfen Deutschlands Kämpfer jetzt nachlassen. (...) Wir müssen Sieger bleiben mit den Waffen und mit dem Gelde. (...) Wieder wird ganz Deutschlands Kraft und Wille aufgeboten. Keiner, darf fehlen, jeder muss beitragen mit allem, was er hat und geben kann, dass die neue Kriegsanleihe werde, was sie unbedingt werden muss: für uns ein glorreicher Sieg, für den Feind ein vernichtender Schlag“, hieß es Anfang September 1916 im Anzeiger. Die Anleihe sei „die Waffe der Daheimgebliebenen“ und ein Appell an alle, „die warm und weich in der geschützten Heimat sitzen“.

Der Zeichnungsdruck wurde aggressiver: „Sage nicht: Ich habe schon früher gezeichnet! Die deutschen Soldaten sagen auch nicht: Ich habe schon früher gekämpft! (...) Wer aber früher nicht zeichnen konnte oder nicht wollte, weil er ein elender Drückeberger war, der raffte sich auf zur 5. Kriegsanleihe. Er müsste sonst vor Scham im Boden versinken, wenn unsere Feldgrauen heimkehren.“ Der Weg zu Sieg und Frieden führe über die neue Anleihe, „das sicherste Staatspapier der Welt“. Und: 'Jede gezeichnete Mark arbeitet für den Sieg! Jede verweigerte Mark stärkt den Feind!'

Für jeden Monat Krieg, so die Zeitung, müssten etwa zwei Milliarden Mark aufgebracht werden, für jeden Tag über 66 Millionen, für jede Stunde fast drei Millionen und für **jede** Sekunde 770 Mark. 36 Milliarden Mark hätten die Deutschen mit den ersten vier Kriegsanleihen „ins Feld gestellt“, doch ohne erneute Geldopfer könne man „nicht weiter siegen“. Jeder habe seine Geldbestände für den Krieg zu mobilisieren.

Alle sächsischen Behörden vergatterten ihre Beamten, unermüdlich alles aufzubieten, um der Krieganleihe zu einem glänzenden Ergebnis zu verhelfen. „Es ist deshalb eine gebieterische vaterländische Pflicht, dass jeder Beamte sich an der Zeichnung selbst beteiligt und für sie wirbt.“

Um den Kindern die Zeichnung zu erleichtern, gab die Sparkasse „Kinder-Kriegssparkarten“ zu zwei, drei und zehn Mark aus. Die Polenzer Kinder zeichneten 1700 Mark, die Neustädter 3300, die Wilschdorfer 2000, die Langburkersdorfer 5200, die Ottendorfer 5700 und die Berthelsdorfer 600 Mark. Spitzenzeichner waren die Schüler des Pirnaer Realgymnasiums mit 18.227 Mark.

Auch die Kommunen hatten zu prüfen, welche Mittel sie für die Krieganleihe locker machen konnten. Der Stolpener Rat z. B. beschloss, aus der Stadt- und der Sparkasse eine halbe Million Mark zu zeichnen.

Alle Kirchenvorstände wurden vom Landeskonsistorium aufgefordert zu prüfen, welche Kapitalien sich für die Anleihe flüssig machen lassen. Die Geistlichen hatten die Werbetrommel für die Krieganleihe zu rühren und in den Predigten „auf die vaterländische Pflicht der Daheimgebliebenen hinzuweisen“. Der Pfarrerverein drängte die Amtsbrüder, „mit allen geeigneten Mitteln“ ihren Gemeindemitgliedern die Beteiligung an der Anleihe „als unabweisbare sittliche Pflicht einzuprägen“. Sogar die Vormünder wurden aufgefordert, das Geld ihrer Pflegebefohlenen für den Krieg zu zeichnen. An Vereine wurde appelliert, ihre „wohlgefüllten Kassen dem Vaterlande dienstbar zu machen“.

Dieser aggressive Werbedruck für die finanzielle Kriegsunterstützung ging vielen doch zu weit und provozierte Widerstand. Immer nachdrücklicher wurde die Sicherheit des in Krieganleihen angelegten Geldes infrage gestellt, und der Pirnaer Anzeiger beeilte sich, „Herrn Angstmeier und Fräulein Zitterig“ zu beruhigen. Das deutsche Vaterland sei groß und reich und treu. Es stelle sich selbst zur Sicherheit mit seiner Ehre, seiner Steuerkraft, seinen Eisenbahnen und Forsten. Aber, so die Zeitung triumphierend, „wir haben auch noch an die 400.000 Quadrat-Kilometer Feindesland fest in der Hand, ein wertvolles Pfand, fast so groß wie das Deutsche Reich selber.“ Deshalb „fallen die Krieganleihen erst mit dem Deutschen Reich, und das Deutsche Reich steht so fest wie der Himmel über uns.“

Besonders gereizt reagierten die Behörden und die Zeitungen auf Gerüchte, die Krieganleihen verlängerten nur den Krieg und das Elend, und „die Zurückhaltung bei der Zeichnung sei geeignet, den Krieg abzukürzen“. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich durch solche „Behauptungen der Feindagenten“ nicht abbringen zu lassen, „alle verfügbaren Mittel zu zeichnen und den Feind nicht nur mit dem Schwert, sondern euch mit dem Geld zu schlagen“. Reichsweit erbrachte die 5. Krieganleihe 10,6 Milliarden Mark. Die Geldinstitute der Stadt Pirna meldeten 2,8 Millionen, und aus den Kommunen der Amtshauptmannschaft flossen 4,5 Millionen Mark in die Kriegskasse.

Monatelang hatten die hungernden Menschen im Frühjahr und Sommer 1916 die neue Kartoffelernte herbeigesehnt, um endlich nicht mehr tagtäglich den Kampf gegen den Hunger führen zu müssen. Doch als es so weit war, musste der Pirnaer Anzeiger am 10. Oktober einräumen, dass die Kartoffelversorgung wiederum nicht funktionierte. Die Städte und Gemeinden warteten vergeblich auf die Lieferungen, weil, wie die Zeitung berichtete, ungünstiges Wetter die Erntearbeiten immer wieder unterbrach und Erntehelfer und Gespanne fehlten. Doch unter der Bevölkerung hielt sich hartnäckig das Gerücht, die Rittergutsbesitzer und Bauern würden die Kartoffeln mit der Absicht zurückhalten, um eine Preiserhöhung zu erzwingen. Und als die Hungernden sich durch Stoppeln einige Knollen sichern wollten, setzten die Gutsbesitzer Inserate in den Anzeiger, die das Betreten der Fluren verboten und das Kartoffelstopeln nur mit einem persönlichen Erlaubnisschein gestatteten. Als nach dem 15. Oktober immer noch die Hälfte der Kartoffeln im Boden war, die ersten Nachtfröste drohten, in den Städten die wenigen angelieferten Kartoffeln nicht einmal für den täglichen Bedarf reichten und an eine Winterbevorratung überhaupt nicht zu denken war, kochte die Wut hoch: Das Volk, so die allgemeine Meinung, habe schon so viel erbeht, es könne auf die Kartoffeln nicht länger verzichten. Die Räte der Städte und Gemeinden, von ihren Einwohnern unter Druck gesetzt, forderten in einem Aufruf: „Landwirte, liefert Spei-

sekartoffeln!“ Doch alle Appelle fruchteten nicht, und schließlich musste die Wochenration für Kartoffeln auf 350 Gramm herabgesetzt werden.

Schließlich kam die Kartoffelkalamität auf die Tagesordnung der 2. Kammer des Landtages, und ein Abgeordneter bezeichnete das Ausbleiben der Winterkartoffeln als „schwärzestes Blatt in der Kriegswirtschaftsgeschichte“. Die SPD-Abgeordneten klagten die Landwirtschaft an, „nur höhere Kriegsgewinne erzielen zu wollen“. Und in der Tat hatten sich die offiziellen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse verdoppelt und verdreifacht, von den Schwarzmarktpreisen gar nicht zu reden. Konservative Abgeordnete schlugen dagegen vor, die Kartoffelpreise weiter zu erhöhen, „um die Landwirte zur Herausgabe der Kartoffeln zu bewegen“.

Der Anzeiger zitierte Sachsens Innenminister, der „den Ernst der Lage“ verdeutlichte: Die Ernteerträge und die Viehbestände würden nur bei größter Sparsamkeit „das Durchhalten ermöglichen“, und man gehe „einem schweren Winter entgegen“. Und wer in diesen Kriegszeiten über einen bescheidenen Gewinn hinaus noch einen besonderen verlange, der habe „weder die Not des Volkes noch seine Pflicht gegen das Vaterland begriffen“.

Vertreter der Gewerkschaften und der SPD trugen der Landesregierung „die Wünsche der Bevölkerung in der Ernährungsfrage“ vor. Man kenne, so der Innenminister, die Rückstände bei der Kartoffelversorgung, und es sei nicht auszuschließen, dass im Winter mit noch größeren Schwierigkeiten zu rechnen sei. Doch hätten die Sachsen angesichts des Heldentums an der Front die Pflicht, Entbehrungen zu ertragen. Der Anzeiger schlug in die gleiche Kerbe und nahm sich wieder einmal die „Klageweiber“ vor, die trotz aller Ermahnungen „mit Jammerbriefen den seelischen Zustand der Soldaten verwüsten“ hätten. Die Kriegerfrauen sollten „mutig und tapfer sein und nicht durch wüstes Geschreibsel über Alltagsorgen den Männern draußen das Herz schwer machen“.

Im Herbst 1916 wurden mit dem sogenannten „Hindenburg-Programm“ Maßnahmen beschlossen, die alle materiellen und personellen Ressourcen für den „totalen Krieg“ mobilisieren sollten. Die militärische Dienstpflicht wurde bis zum 50. Lebensjahr ausgedehnt, die 16-jährigen Jungen hatten an einer militärischen Ausbildung teilzunehmen, die Frauen wurden einer allgemeinen Dienstpflicht unterworfen, und kriegsunwichtige Betriebe mussten Arbeitskräfte an Rüstungsfabriken abgeben. Ein Kriegsamt, so erläuterte der Pirnaer Anzeiger, sollte „die gesamte Arbeitskraft des Volkes der Verteidigung des Vaterlandes dienstbar machen“. Es gehe darum, die Daheimgebliebenen zu aktivieren, und wo die Freiwilligkeit nicht ausreiche, müsse eben „Zwang ergänzend hinzutreten“. Im Rahmen dieses Programms veröffentlichte der Anzeiger am 25. November das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“, das vorsah, Männer bis zum 60. Lebensjahr in die Rüstung, die Landwirtschaft und die Krankenpflege abzuordnen. Wie beim Heeresdienst, so argumentierte der Anzeiger, dürfe auch hier keine Rücksicht auf soziale Unterschiede genommen werden, und es gebe „für den vaterländischen Dienst nur Staatsbürger, nicht aber Schichten oder Klassen“.

Bei den Frauen sah man von Zwangsmaßnahmen ab, „da die im Kriege bisher so bewährte Arbeitskraft der deutschen Frau auch ohne besonderen Antrieb im reichen Maße bereitgestellt werden konnte“.

Hintergrund dieser „Mobilisierung der Arbeit“ war, dass durch die laufenden Neueinberufungen der Rüstungsindustrie die Arbeitskräfte ausgingen. Der hohe Bedarf an Kriegsmaterial verlange die Bereitstellung von Arbeitskräften, erläuterte der Anzeiger und jubelte: „Millionen von Jünglingen und Greisen stehen, durchdrungen von der Größe der Zeit, bereit, dem Ruf des Vaterlandes zu folgen und in der Heimatarmee zu dienen. Diese Bereitschaft ist mehr als eine gewonnene Schlacht. Sie ist der Sieg!“ Doch nicht nur der Mangel an Arbeitskräften in der Rüstung, sondern vor allem deren Unterernährung ließ im Hauptquartier die Alarmglocken läuten. In einem offenen Brief forderte deshalb Hindenburg „eine ausreichende Ernährung“ für die Rüstungsarbeiter, denn es sei „unmöglich, dass unsere Arbeiterschaft leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr ausreichend Fett abzugeben“. Er forderte die Bauern auf, zusätzlich Fett abzuliefern, und erlaubte der Landwirtschaft, diese Fettaktion „Hindenburg-Spende“ zu nennen.

In der Amtshauptmannschaft Pirna wurde umgehend „eine Sammlung von Speck und Fett zugunsten der Schwerarbeiter in der Rüstungsindustrie“ organisiert, und jeder, der seit 1. Oktober ein Schwein geschlachtet hatte, wurde aufgefordert, einen Teil des Specks zur Sammelstelle zu bringen. Erwartet wurde, dass 3,5 Prozent des Schlachtgewichts als Fett abgeliefert werden. Und um Druck zu machen, gingen einige Gemeinden dazu über, Hausschlachtungen nur dann zu genehmigen, wenn der Antragsteller bereit war, eine erkleckliche Menge Speck zu opfern. „Die kräftige Ernährung derer, die für Bewaffnung und Ausrüstung unserer siegreichen Heere schwer arbeiten, ist bei dem herrschenden Fettmangel die dringendste Aufgabe der Heimat. Wer für diese Arbeiterschaft freiwillig abgibt, steigert ihre Leistungsfähigkeit und bringt damit unseren braven Vaterlandsverteidigern Schutz, Wehr und Waffen“, hieß es in einem Aufruf der regionalen Landwirtschaftsvereine und Rittergutsbesitzer.

Zur gleichen Zeit schlugen mehrere Stadtverwaltungen wegen der katastrophalen Ernährungslage Alarm. Die angekündigten Kartoffellieferungen waren ausgeblieben, und die Lebensmittelkarten konnten nur unregelmäßig mit kargen Butter- und Fleischrationen beliefert werden. Ende November musste der Anzeiger endgültig eingestehen, dass die Winterbevorratung mit Kartoffeln fehlgeschlagen war. Kohlrüben sollten die fehlenden Kartoffeln ersetzen. Und wie nicht anders zu erwarten, sang das Blatt sofort ein Loblied auf die Kohlrübe, sodass man sich wundert, dass sie nicht schon längst zu einem beliebten Volksnahrungsmittel geworden war: „Sie ist leicht verdaulich und enthält die Nährstoffe in leicht aufnehmbarer Form, der Gehalt an hochwertigem Eiweiß ist bedeutend höher als der der Kartoffel, die Zubereitung ist bequemer, die Haltbarkeit größer, die Frostepfindlichkeit kleiner.“ Man könne sie kochen oder dämpfen, und „demjenigen, der gegen den Rübengeschmack unempfindlich ist, wird geraten, das Kochwasser mit zu verwenden, da es einen Teil der Nährstoffe enthält“. Dank ihres hohen Nährstoffgehalts seien die Kohlrüben schon für sich allein eine auskömmliche Speise. Sie könnten aber auch mit anderen Gemüsearten zubereitet und zu Suppen verarbeitet werden.

Eine Kerze am Weihnachtsbaum

Der Totensonntag 1916 diente der Verherrlichung des Heldentodes für Kaiser und Reich, und Oberlehrer Kappler pries in einer Gedenkfeier „den heiligen Tod auf dem Felde der Ehre, dessen Kraft und hehrer Ruhm alle Daheimgebliebenen vorwärts treiben und emporheben“ müsse. Während der „Heldengedächtnisfeier“ im Realgymnasium wurde mit Stolz vermerkt, dass allein im Jahre 1916 „17 Schüler der Anstalt den Heldentod erlitten“. Doch angesichts des Massensterbens an den Fronten meldeten sich auch nachdenkliche Stimmen: „Nie hat das alte Europa in so kurzer Zeit so viele blühende Männer dahinsinken sehen wie seit August 1914“, hieß es in einem Beitrag des Pirnaer Anzeigers. „Die Zahl der Toten wächst mit jedem Tag, immer von Neuem beklagen Frauen den Gatten, Kinder den Vater, Bräute den Bräutigam, Eltern müssen die Söhne, Großeltern die Enkel dahingeben. Wie viel Tränen müssen noch fließen, bis das letzte Heldengrab sich schließt?“

Doch solche Gedanken ließ die Zensur nur selten durchgehen. Sie wurden sofort wieder vom Hurra-Patriotismus und großspurigen Schwadronieren verdrängt: „Wir brauchen eine Weltmachtstellung, weil wir sonst nicht Nahrung genug für unser Volk haben“, tönte der Anzeiger und rechtfertigte die Toten als Opfer „für ein höheres Ziel“. Und der Kaiser lobte seine Untertanen für ihre Bereitschaft, „jedes Opfer an Blut, Gut und Arbeit darzubringen“.

Anfang Dezember wurde die Einnahme Bukarests mit einem einstündigen „Siegesläuten“ gefeiert. In den „Siegesfeiern“ in den Schulen wurden die Kinder ermahnt, „nach dem Beispiel unserer herrlichen Kämpfer ihr Bestes zu geben“.

Diese demonstrativ zur Schau getragene Großspurigkeit wurde begleitet von einer sich katastrophal zuspitzenden Versorgungskrise. Die Kartoffellieferungen für die Winterversorgung waren auch bis zum Jahresende nicht eingetroffen, und der Hungerwinter 1916/1917 ging als „Kohlrü-

benwinter“ in die Geschichte ein und hat sich als Synonym für absoluten Hunger-Gau tief ins Volksbewusstsein eingegraben.

Die Bürgermeister schlugen Alarm, weil auch die letzten Vorräte an Kohlen bei den Händlern aufgebraucht waren und erste Fabriken die Arbeit einstellen mussten. Die Kartoffeln waren aufgrund der Missernte so knapp geworden, dass die Behörden verfügen mussten, sie als Streckungsmittel für das Brot bis auf Weiteres nicht mehr zu verwenden. Gerste musste diese Funktion übernehmen. Die Brauereien erhielten deshalb nur noch 25 Prozent des schon stark reduzierten Malzkontingents. Mit großem propagandistischem Aufwand wurde zum Jahresende 1916 erstmals „Nährhefe“ in den Geschäften angeboten, der man wahre Wunder als „Ersatzlebensmittel“ andichtete. Der Anzeiger schrieb von einem „Ereignis von außerordentlich großer Bedeutung für die Volksernährung“, hätte doch ein Kilogramm Nährhefe denselben Nährwert wie 2,5 Kilogramm Ochsenfleisch. Ärzte würden dieses „gehaltvolle Nahrungsmittel“ wärmstens empfehlen, „weil es zur Aufbesserung der fleischlosen Kost von unschätzbarem Wert ist“.

Zur Milderung des Fleischmangels war angewiesen worden, nur noch eine „Einheitswurst“ herzustellen. Dagegen liefen die Fleischer Sturm. Schließlich wurde von dem Vorhaben unter der Bedingung abgelassen, dass „keine Klagen mehr über die Wurstversorgung aus der Bevölkerung kommen“.

Und vor dem Weihnachtsfest überraschte der Anzeiger seine Leser mit der Forderung, auf jedem Weihnachtsbaum nur eine Kerze aufzustecken. Für die Kinder würde es „eine wertvolle, lebenslange Erinnerung bleiben, dass im Kriegsjahr 1916 nur eine Kerze am Baum brennen durfte“. Diese „freiwillige Einschränkung im Gebrauch von Weihnachtskerzen“ sei dringend geboten, da in vielen Dörfern und Landstädten, welche nicht über Gas oder elektrisches Licht verfügen, die Bewohner gezwungen sind, „aus Mangel an Beleuchtungsmitteln sich mit Eintritt der Dunkelheit zu Bett zu begeben“. Viele Handwerker, Gewerbetreibende und Landleute mussten aus diesem Grunde notwendige Arbeiten einstellen. Diese Kreise würden es nicht verstehen, wann in diesem Jahr die gleiche Verschwendung mit Weihnachtskerzen getrieben würde, wie das in Friedenszeiten üblich gewesen sei.

Nach einem kurzen, selbstverständlich siegreichen Feldzug sollten die Soldaten spätestens zu Weihnachten wieder zu Hause sein. So hatte es der Kaiser im August 1914 versprochen. Jetzt, 1916, beging man bereits die dritte „Kriegsweihnacht“, und auch im Pirnaer Anzeiger, der ansonsten voll auf „Durchhaltekurs“ lag, war die Sehnsucht nach Frieden nicht mehr zu unterdrücken: „Die Völker halten das blutige Ringen nicht mehr länger aus. Ärmer als die zweite Kriegsweihnacht findet uns die dritte. Das Heer der Witwen und Waisen (...) ist so viel größer geworden. (...) Härter als je spüren wir den grausamen Widerspruch zwischen der frohen Botschaft und dem unermesslichen Elend.“ Und zum Jahreswechsel wurde nicht über „Kriegsziele“ und einen „Siegfrieden“ spekuliert, sondern beklagt, dass „das Vaterland aus tausend Wunden blutet“¹ und „im Feindesland viel deutsche Jugendblüte begraben liegt“.

„Umloht von den Glutten des Weltbrandes, ist das alte Jahr 1916 mit seinen Strömen von Blut und Tränen dahingegangen, und dieselben Flammen beleuchten wie Riesenfackeln den Einzug des neuen. (...) Die Menschenverluste haben sich erschreckend gemehrt, während unser Leben unter unendlichen Schäden seufzt“, kommentierte der Anzeiger den Jahreswechsel.

Der Kaiser konnte seinen nassforschenden Ton nicht lassen und feierte den „unvergleichlichen kriegerischen Geist“ und „nimmer ermattenden Siegeswillen“ seiner Krieger. Sachsens König Friedrich August, „mehr August als Friedrich“ pflegte der Kaiser zu sagen, „bedachte seine im Felde stehenden Leibregimenter und höheren Kommandostellen mit reichen Liebesgaben“, meldete die Hofberichterstattung. Die Truppen erhielten Punsch, Zigarren, Tabak, Tabakspfeifen, Taschenmesser und Lampen.

Gleich zu Beginn des Jahres 1917 überraschte die Amtshauptmannschaft Pirna die Bevölkerung mit einer weiteren Kürzung der Kartoffelration. Alle, die ihre Winterkartoffeln im Keller hatten, und das waren vor allem die Dörfler, durften höchstens eineinhalb Zentner behalten. Darüber

hinausgehende Mengen wurden beschlagnahmt und mussten zurückgegeben werden. Als Ersatz für die gekürzten Kartoffelrationen wurden Kohlrüben versprochen. Die Gemeinden und Städte setzten zahllose Beamte in Bewegung, die durch „örtliche Nachschau“ die Kartoffelbestände überprüfen mussten. Wer Vorräte verheimlichte, hatte mit Geldstrafen bis zu 10.000 Mark zu rechnen.

Die versprochenen Kohlrüben indes standen noch gar nicht zur Verfügung und mussten durch die Gemeindebehörden bei den Bauern erst noch erfasst und beschlagnahmt werden. Der Bezirk Pirna hatte die Auflage, mit dieser Aktion 3000 Zentner Kohlrüben zu beschaffen, Und der Anzeiger belehrte die Leser, diese Rüben, auf die immer noch gewartet wurde, möglichst zügig zu verbrauchen, weil sie, im Gegensatz zu den Kartoffeln, nur bis März haltbar wären.

Zu allem Unglück kam zum katastrophalen Nahrungsmangel auch noch die Kohlennot, und das zu einer Zeit, als strenger Frost des Land wochenlang im Griff hatte. Mitte Januar musste der Pirnaer Stadtrat erklären, „dass er sich außerstande sieht, den Kohlenbedarf zu befriedigen“.

Um wenigstens die größte Not zu lindern, »wurden bei Bedarfsnachweis zwei Zentner Kohlen je Haushalt freigegeben.

Die anhaltende Kälte verstärkte das Treibeis auf der Elbe und brachte den Schiffsverkehr zum Erliegen. Damit war die Hoffnung, Kohle herbeizuschaffen, endgültig geschwunden. Am 26. Januar kam der Eisgang zum stehen. Zwischen Stadt Wehlen und Pötzscha rollten die ersten Wagen über das Eis. Die Schneedecke wuchs auf über 40 Zentimeter an, die Temperaturen sanken weiter in den Keller, sodass „selbst dem Abgeklärtesten der Lebensmut und die Schaffenskraft einfroren“. Schulen wurden geschlossen, Kirchen nicht mehr beheizt und die Kohlen an Bedürftige verteilt, Betriebe mussten die Produktion einschränken oder gar schließen. Zahlreiche Züge wurden eingestellt, Geschäfte öffneten nur noch stundenweise, In den Städten und einigen Dörfern wurden Wärmestuben eingerichtet, in denen diejenigen, die ihre Wohnungen nicht mehr warm bekamen, sich tagsüber aufhalten konnten See- und Wasserleitungen gefroren ein, „Es ist eine traurige Zeit für Mensch und Tier, doppelt traurig durch den Kohlenmangel und die Wucherpreise, die bereits für wenigen Kohlen verlangt werden“, jammerte der Anzeiger. Die Klagen über Kohlenhändler, die nur noch ihre Spezies belieferten, wurden immer lauter. Der Anzeiger resignierend: Es müsse jetzt alles ertragen werden, die Kalte, der Hunger und die Kohlenknappheit.

Anfang 1917 fiel im deutschen Hauptquartier eine folgenschwere Entscheidung, die für jeden, der die Kriegslage nüchtern und realistisch beurteilte, die Chancen für einen deutschen Sieg auf null sinken ließ. Gegen den Willen des Reichskanzlers wurde von den Militärs mit Billigung des Kaisers der „unbeschränkte U-Boot-Krieg“ beschlossen und damit der Kriegseintritt der USA provoziert. Die Heeresleitung nahm diese Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Hoffnung in Kauf, mit einem hemmungslosen Seekrieg Großbritannien in die Knie zwingen zu können, Man spielte Vabanque und damit die „letzte Karte“.

Der Pirnaer Anzeiger jubelte: „Der uneingeschränkte Unterseeboot-Krieg ist da! U-Boote heraus! Jetzt werden unsere Feinde den deutschen U-Boot-Schrecken erst gründlich kennenlernen.“ Am 3. Februar 1917 brachen die USA die Beziehungen mit dem Deutschen Reich ab, am 8. April traten sie in den Krieg ein.

Die Zeitung überspielte die kritische außenpolitische Situation mit Berichten über den patriotischen Rummel zum Kaiser-Geburtstag. Pirnas Stadtrat forderte die „geehrten Mitbürger“ auf, „ihrer vaterländischen Gesinnung durch reichen Fahنشmuck Ausdruck zu geben“. Und der Anzeiger versicherte: Die Menschen der Region „stehen in Wehr und Waffen um den Kaiser geschart“, der „des schneidige Schwert“ nur zum Wohle des Volkes „aus der Scheide gerissen“ habe. Die Deutschen seien ihm dafür „getreu bis in den Tod“. Und auch der Sachsen-König forderte, „stahlhart“ zum Kaiser zu stehen, „bereit zu jedem Opfer an Gut und Blut“.

Und Opfer hatten die Sachsen wahrlich zu bringen. In den Städten hungerten zwei Drittel der Einwohner, und Krankheiten wie Masern, Grippe, Lungenentzündung und tuberkulöse breiteten

sich unter der unterernährten, geschwächten Bevölkerung epidemisch aus, oft mit tödlichem Ausgang.

In den Dörfern wurde ein „Aufruf an die Landwirtschaft“ verbreitet, weil „der Ernst der Lage in den Städten der ländlichen Bevölkerung noch nicht zum inneren Bewusstsein gekommen“ sei. Die „Landfrauen“ wurden aufgefordert, in der eigenen Wirtschaft Lebensmittel einzusparen und in Sammelstellen für die Städter abzuliefern, „damit auch die Stadtbevölkerung den Krieg durchhalten kann“. Die deutsche Landwirtschaft werde jetzt „den Sieg hereinholen“, und „die deutschen Landfrauen werden für sich in Anspruch nehmen dürfen, dank ihrer opferbereiten Mitwirkung bei der Ersparung und Sammlung von Lebensmitteln eine unschätzbare Mithilfe an dem Endgelingen geleistet zu haben“.

Nach den Kartoffelrationen wurden bald auch die Fleischzuteilungen radikal gekürzt, und im gesamten Monat Januar hatte es nicht einmal Margarine in den Geschäften gegeben. Erst Anfang Februar wurden 62,5 Gramm je Kopf abgegeben. Butter war seit Weihnachten für die Pirnaer ein Fremdwort. Eine Sonderzuteilung von 125 Gramm Kunsthonig sollte die Stimmung heben. Marmelade sollte wie so oft das fehlende Fett ersetzen, und unter der Bevölkerung kursierte folgendes „Marmeladen“-Gedicht:

Marmelade über alles,
Über Semmel, Zwieback, Brot,
Denn an Schmalz herrscht großer Dalles,
Und an Butter gibt's kein Lot.

Doch der Pflaumenbaum trug reichlich,
Viel der Apfelbaum uns bot.
Schmeckt sie euch auch etwas weichlich:
Marmelade streicht auf's Brot!

Jede Köchin an dem Herde,
Der Soldat bei Lille und Nisch,
In dem Graben, in der Erde,
Der Rentier am Frühstückstisch,
Der Matrose auf der Jahde,
Reitersmann im Morgenrot,
Alle streichen Marmelade
Über Zwieback, Semmel, Brot.

Nach den vielen ungehaltenen Versprechungen entlud sich die Wut der Menschen in der Forderung, die „Lebensmittel-Quertreiber an den Pranger zu stellen“, und auch der Anzeiger verlangte, „alle Preistreiber, alle Fleischesser an fleischlosen Tagen, alle Brot-, Mehl-, Fett- und Zuckerbezieher ohne Karten in der Zeitung und an der Amtstafel anzuprangern“.

Auf Pirnas Forderung, die Fettbelieferung endlich zu verbessern, wies die „Landesfettsteile“ die Amtshauptmannschaft an, „die Verteilung der vorhandenen Butter strenger zu kontrollieren“. Doch wo nichts war, konnte auch nichts verteilt werden. Vor allem die Stadtbevölkerung hungerte weiter, und immer mehr Ärzte verschrieben ihren Patienten Atteste für zusätzliche Lebensmittel. Sie wurden dafür gerüffelt und mussten folgenden Aufruf in der Praxis aushängen: „Das Vaterland fordert von allen Opfer. (...) Auch die Kranken müssen Beschränkungen der Nahrungsmengen auf sich nehmen. Nur wenn Erhaltung des Lebens es unbedingt erfordert, kann der Arzt dem Kranken Nahrungszulagen erwirken.“ Wer deshalb ein Lebensmittel-Attest verlange, verleite den Arzt „zu einer vaterlandsfeindlichen Handlung“, weil jede ungerechtfertigte „Minderung der Nahrungsmenge des werktätigen Volkes die Arbeits- und Wehrmacht des Vaterlandes beein-

trächtigen muss.“ Jeder prüfe deshalb ernstlich, „ob er es vor seinem Gewissen verantworten kann, einen Antrag auf Sonderbewilligung von Nahrungsmitteln zu stellen!“

Mit den Mächtigen „russisch reden“

Anfang März 1917 berichtete der Pirnaer Anzeiger von Hungerunruhen im russischen Petersburg. Arbeiter hatten die Betriebe verlassen, sammelten sich zu gewaltigen Straßendemonstrationen, hielten Massenversammlungen ab und stellten zwei Forderungen: Brot und Frieden. Tausende, so die Zeitung, hatten sich „zusammengerottet und Brotläden gestürmt“. Das Militär schoss in die Menge, und am 16. März, im zaristischen Russland lebte man noch im Februar, hieß es dann unter der Überschrift „Revolution in Petersburg“: „Alle Minister sind ins Gefängnis gesetzt. Die Garnison hat sich mit 30.000 Mann mit den Revolutionären vereinigt. Der Zar hat abgedankt. Uns kann diese Entwicklung nur recht sein.“

In Kommentaren wurden die Ereignisse im feindlichen Russland, die unter der Bevölkerung wie ein Paukenschlag wirkten, bejubelt, zeichnete sich doch die Chance ab, den Zwei-Fronten-Krieg zu beenden. In Russland habe sich erneut bestätigt, dass „Revolutionen aus dem Magen kommen“, und es werde offenkundig, dass „die hungernden Massen des russischen Volkes den Frieden wollen“. Dass auch das deutsche Volk hungerte und der Wunsch nach Frieden die Massen ergriff, verdrängten Politiker, Militärs und Kommentatoren. Dabei wuchs unter den kriegsmüden Menschen die Erkenntnis, „dass man es nur wie in Russland machen“, mit der Obrigkeit „russisch reden“ müsse, um den Krieg zu beenden.

Wie weit sich auch in Deutschland die herrschende politische Klasse über das im Lande herrschende Kriegselend erhoben hatte, zeigten offizielle Verlautbarungen, die behaupteten, dass „von einer Hungersnot im Reich keine Rede sein“ könne. Abgeordnete der Linken begannen die Fesseln des „Burgfriedens“ abzuschütteln und forderten, „dem Lande keinen blauen Dunst vorzumachen“, den Menschen Brot und Kartoffeln zu geben und Friedensverhandlungen einzuleiten. Der Pirnaer Anzeiger ergriff sofort Partei gegen „die Bestrebungen der Sozialdemokratie, einen Frieden ohne Sieg zu erreichen“: „Das deutsche Volk steht mit Hindenburg fest in der Losung: Nicht nur durchhalten, sondern siegen! Der Frieden ohne Sieg, der die Sozialdemokratie jetzt so ungestüm fordert, stellt das deutsche Volk erneut vor die Frage: Durchhalten und siegen - oder unterliegen? Mit Hindenburg durchhalten und siegen - oder mit Scheidemann unterliegen? Wir wollen mit Hindenburg durchhalten und siegen, nicht mit Scheidemann unterliegen!“

Wie katastrophal die Lage war, beweist eine erneute Weisung an die sächsischen Ärzte, die der Anzeiger seinen Lesern zur Kenntnis brachte: Durch die „große Knappheit an allen Nahrungsmitteln“ müssten nicht nur die Gesunden, sondern auch Kranke ihre Ansprüche zurückschrauben. „Erst wenn unser Heer, unsere Jugend, unsere Mütter so weit wie möglich versorgt sind, kann an die Kranken gedacht werden. Und da stehen wieder in erster Reihe die Kranken, denen es gilt, ihre Arbeitskraft wiederzugeben. Dann erst kann an die anderen Kranken gedacht werden.“ Bei allen Sonderzuwendungen an Kranke sei zu bedenken, „dass alles, was an Mehr bewilligt wird, der Gesamtbevölkerung abgezogen werden muss, da es ja für Kranke keine besonderen Mehrzuweisungen gibt“.

Nach einer Meldung des Anzeigers waren in den letzten drei Monaten 95 Prozent der Bevölkerung nicht ausreichend mit Kartoffeln beliefert worden. Deshalb sei „eine gewisse Unterernährung zu verzeichnen, die sich vor allem bei der Untersuchung der Schulkinder gezeigt habe, „deren Wachstum äußerst gering“ sei. Einblicke in die Schwierigkeiten, vor die die Schulen im Krieg gestellt waren, geben die Schuljahresberichte. Aus dem Bericht der 2. Bürgerschule für 1916/1917 geht hervor, dass von den 37 Friedenslehrern 16 „zum Heeresdienst eingezogen“ waren. Einer war bereits gefallen, einer vermisst und einer in Gefangenschaft. Der Gesundheitszustand der Schüler wurde als „leidlich“ eingestuft. Eine größere Zahl bedürftiger Kinder konnte

eine „Ferienmilchspende“ erhalten, und für 150 Schüler wurde im Winterhalbjahr täglich eine warme Frühstückssuppe verabreicht. Die zur Wärmehalle im Winter umgewandelte Turnhalle wurde auch von vielen Kindern am Nachmittag besucht. Die Schulküche, so wurde resümiert „hatte einen schweren Stand“.

Zur „Bereicherung des wenig abwechslungsreichen Speisezettels“ riet der Anzeiger, die im Frühjahr sprießenden Unkräuter wie Vogelmiere, Brennessel, Giersch, Melde, Fetthenne, Bärenklau, Gänseblume, Löwenzahn und Wiesenknöterich zu sammeln. Die Schulen wurden beauftragt, die Kinder über die Nützlichkeit des „Wildgemüses“ aufzuklären und zum Sammeln anzuhalten.

Der Pirnaer Stadtrat hatte an alle Haushalte eine Rezeptsammlung mit Kohlrübengerichten verteilen lassen, um „größere Vielfalt auf den Küchentisch“ zu bringen. Eine Pirnaerin machte in einem Leserbrief ihrem Ärger Luft, weil in den Rezepten Zutaten verlangt wurden, „mit deren Beschaffung es jetzt einen Haken hat“. Als „vaterländisch Denkende“ aber dämpfte sie ihren Unwillen, „da Schimpfen nicht am Platze ist und durchgehalten werden muss, wie ja auch draußen von unseren Kämpfern so tapfer durchgehalten wird“.

Wut und Empörung lösten unter den arbeitenden Menschen immer wieder die Eskapaden der „Kriegsgewinnler“ aus, die in der Zeit der Kriegsnot und Entbehrungen ihren „Kleiderluxus“ zur Schau trugen. Der Anzeiger ahnte wohl die Sprengkraft dieser sozialen Widersprüche und wandte sich gegen die „Putzsucht“, die als „Missklang in unsere ernste Zeit hinein tönt“. „Wie lächerlich nehmen sich Modenarren und Modepuppen neben unseren Feldgrauen aus, wenn sie, noch mit Schlamm das Schützengrabens bedeckt, nach Hause zur Erholung kommen! Hier die Männer, die für unser Wohl kämpfen, jeden Augenblick den Tod vor Augen haben, und dort eitle, aufgeputzte Gestalten, die nur auf ihr Wohlleben bedacht sind und sich nicht einmal scheuen, auf ungesetzlichen Wegen sich Vorteile zu erschleichen.“

Unter der Überschrift „Der König und die Stadtkinder“ teilte der Pirnaer Anzeiger im April 1917 mit, dass der Landesvater die „Schutzherrschaft“ über die Aktion „Stadtkinder aufs Land“ übernommen und gefordert hat, die Kinder davor zu bewahren, „dass sie infolge der bis zur nächsten Ernte andauernden Ernährungsschwierigkeiten an ihrer Gesundheit Schaden leiden“. Es sei deshalb eine „vaterländische Pflicht“ für die Bauern, sich der Kinder aus den Industrieregionen anzunehmen. Die Kinder, so versprach der Landesherr, „werden sich dankbar und nützlich erweisen und fleißig mithelfen, die Ernte einzubringen“.

In dieser Zeit des größten Hungers war es dem Pirnaer Rat gelungen, einige zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen und in einer Sonderaktion zu verteilen. Je Kopf gab es einmalig 82,5 Gramm Butter, 80 Gramm Käse, 125 Gramm Sirup, eine Flasche Milch, 1500 Gramm Kartoffeln, ein Kilogramm Kohlrüben und eine Dose Fleisch. Die sächsische Regierung „plante“, die Nahrungsmittelnot der Städte dadurch zu lindern, „dass ihnen die wertvollen Abfallprodukte bei der Butterherstellung zugänglich gemacht werden sollten“. Magermilch und Magerquark sollten nicht mehr „verschwinden“, sondern in den Städten „gerecht verteilt werden“.

Doch bereits am 15. April wurde eine weitere Kürzung der Brotration verfügt. Als Ausgleich wurde eine Fleischzulage in Aussicht gestellt. Diese Brotkürzung ließ die Empörung hochkochen, und Vertreter der SPD-Landtagsfraktion trugen der Regierung „den Ernst der Lage der breiten Massen“ vor. Sie forderten „einen vollwertigen Ersatz in Gestalt anderer Nahrungsmittel, vor allem Kartoffeln“. In diese explosive Atmosphäre platzte die Meldung, dass wegen der gekürzten Brotrationen Hunderttausende auf die Straße gegangen waren und begonnen hatten, „mit der Regierung russisch zu reden“. Allein in Leipzig streikten 30.000 Arbeiter und forderten: Versorgung mit billigen Lebensmitteln und Kohlen, Einleitung von Friedensverhandlungen, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur, volles Versammlungsrecht, Freilassung der politischen Gefangenen und allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht. Die allgemeinen Klagen über die wirtschaftliche Not waren in Massenaktionen umgeschlagen und hatten eindeutig politischen Charakter angenommen. Doch der Pirnaer Anzeiger beruhigte: Die Regierung hätte

Maßnahmen gegen den Schleichhandel ergriffen, und im Übrigen seien es vor allem „sich radikal gebärdende Jugendliche“ gewesen, die „die öffentliche Ordnung gestört“ hätten. Die Streikenden sollten gefälligst daran denken, „dass jede verlorene Arbeitsstunde nur den Gegnern zugutekommt“. Schließlich veröffentlichte der Anzeiger einen Brief Hindenburgs, der die Lage beruhigen sollte und Ersatzzuteilungen für die gekürzten Brotportionen versprach, Gleichzeitig wurde hinterhältig-drohend bekannt gegeben, dass alle zurückgestellten Wahrpflichtigen, die die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen, umgehend einberufen werden, „um im Heer für das Vaterland tätig zu sein“. Diese Bekanntmachung, frohlockte die Zeitung, hätte durchschlagenden Erfolg gehabt. Die Arbeit sei wieder aufgenommen worden. Und unter der Überschrift „Ein Hundsfott, wer streikt!“ wurde von den Arbeitern gefordert, „dem Vaterlande die Treue zu halten“. Es sei schimpflich, „dass es eine winzig kleine Gruppe von Hetzern überhaupt wagen durfte, einige wenige politisch Unreife zur zeitweiligen Arbeitsniederlegung zu veranlassen“¹.

Die Gewerkschaften versicherten der Obersten Heeresleitung, das „Wappenschild der Arbeiterschaft makellos“ halten zu wollen, und bezeichneten die „willkürliche Herabminderung der Lieferung von „Verteidigungsmitteln“ eine „Versündigung am Vaterlande“. „Granaten oder Menschen, das ist die Wahl, die uns bleibt. Wer schuldig wird daran, dass zu wenig Munition an die Front gelangt:, mordet die Brüder an der Front. Ein Hundsfott, wer streikt, solange unser Heer vor dem Feinde steht!“

Der Pirnaer Anzeiger veröffentlichte einen „Mahnruf“ an die Arbeiterschaft: „Jeder Deutsche weiß, dass die Sicherung unseres Vaterlandes, dass der Sieg (...) von der Beschaffung gewaltigen Rüstzeuges für Heer und Flotte abhängt. Dazu ist unausgesetzte, angestrengteste Arbeit in allen Betrieben, die für die Kriegführung Bedeutung haben, unbedingt notwendig. Werden solche Unternehmen, wenn auch nur auf kurze Zeit, stillgelegt, so wird die Schlagfertigkeit unserer Truppen Infrage gestellt. (...) Die aufgeklärte Arbeiterschaft ist sich der hohen Bedeutung ihrer Aufgaben voll bewusst. In letzter Zeit haben aber an einigen Orten Personen (...) versucht, die Arbeiter in der Erfüllung dieser Aufgaben zu stören. In verschiedenen Betrieben (...) ist an die Arbeiter mündlich, schriftlich oder durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln die Aufforderung zur Arbeitseinstellung gerichtet worden. (...) Die deutsche Arbeiterschaft soll aber auch wissen, dass die Staatsbehörden (...) gegen die verbrecherischen Machenschaften ankämpfen werden. Das Strafgesetzbuch bedroht diejenigen, die einer feindlichen Macht Vorschub leisten, wegen Landesverrat mit schwerer Strafe.“

Das „krisengeschüttelte Frühjahr 1917 forderte schließlich auch von den Kirchgemeinden Opfer. Auf Anweisung sollten die Glocken in der Ephorie Pirna „fast ausnahmslos dem Vaterlande zum Kanonenguss zur Verfügung gestellt werden“. Der Kirchenkreis Pirna werde sich daran gewöhnen müssen, „auf lange Zeit den vollen, harmonischen Klang des Geläutes zu entbehren“, schrieb der Anzeiger und appellierte an die vaterländische Gesinnung der Gläubigen: „Es wird schwer für uns sein, aber klingen wird dafür ein anderes Lied: laut und markig, das Denkhosianna des befreiten Vaterlandes!“ Die Kirchgemeinden würden das Opfer in der Hoffnung bringen, „dass ihre Glocken, wenn sie nicht, wie sie es gehofft, den Frieden einläuten können, so doch helfen, in anderer Form den Frieden zu erringen gegen eine Welt von Feinden“. Zwei Wochen später erhielt die Stadt Pirna die Weisung, in St. Marien auch die Orgelpfeifen für Rüstungszwecke auszubauen und umgehend gegen eine Entschädigung von 2000 Mark abzuliefern.

Bis zum Jahre 1917 war es der Pressezensur weitgehend gelungen, Nachrichten über lokale Hungerunruhen, Streiks und Aktionen, die eine rasche Beendigung des Krieges forderten, unter der Decke zu halten. Doch seit den revolutionären Ereignissen in Russland war die Antikriegsstimmung nicht mehr zu verheimlichen. Bereits Anfang des Jahres hieß es im Pirnaer Anzeiger mit Bezug auf Streiks in der Reichshauptstadt: „3000 Mark Belohnung! Von unbekannter Seite wird ein Flugblatt mit der Überschrift ‚Die Lehren des großen Streiks‘ verbreitet. Selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen ist es, zur Entlarvung der Landesverräter beizutragen.“ Die Belohnung winkte allen, die die Verfasser, Hersteller oder Vertreiber „zur Verfolgung“ brachten. Wer

„unseren tapferen Krieger in diesem heiligen Kampfe ehrlos und treulos in den Rücken falle, der stelle sich außerhalb der „Volksgemeinschaft“ und solle von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden. Und der Hausdichter der. Anzeigers reimte einen „Wahlspruch in die deutschen Arbeiter“:

Bis Gott den Frieden uns beschied,
Bleib‘ dies der Wahlspruch der Gerechten:
Ehrlos sei jeder Waffenschmied,
Der feiert, wenn die Brüder fechten!

Öffentliche Anschläge und Zeitungen forderten, auf „böswillige Schwätzer“ zu ächten, vor allem Hausierer würden in Gasthöfen aufrührerische Gerüchte verbreiten. Wer Zeuge solcher Provokationen wurde, hatte „im Interesse des Vaterlandes“ die Identität „der unverantwortlichen Schwätzer“ festzustellen. Und wie immer, wenn sich die Lage zuspitzte, wurde die Agenten-Hysterie angeheizt: „Landwirte und Industrielle, hütet euch vor Anschlägen feindlicher Kriegsgefangener“, hieß es im Anzeiger. Es sei „einwandfrei“ festgestellt worden, dass Kriegsgefangene die Saatkartoffeln beschädigt und den Auftrag hätten, Vieh zu verseuchen, Brände zu legen, Maschinen zu zerstören und die Ernte zu vernichten. Die Bewohner der Dörfer und die Arbeiter in den Betrieben „eindringlich ermahnt, die Gefangenen noch schärfer als bisher bei der Arbeit und in den Freistunden zu beobachten“. Jedermann müsse damit rechnen, dass auch unter den in seinem Dienst befindlichen Gefangenen sich welche befinden, „die sich nur zum Scheine gut führen, um die deutsche Aufmerksamkeit einzuschläfern“.

Alle Bauern, Handwerker und Betriebe, die Kriegsgefangene „ohne militärische Bewachung“ beschäftigen wurden eindringlich und in scharfer Form auf die Bestimmungen für die Behandlung der fremden Arbeitskräfte hingewiesen. Sicherheitsfragen würden missachtet, und viele Arbeitgeber seien sich „der von innen übernommenen Pflichten in keiner Weise bewusst“. Die Kriegsgefangenen hätten nur Bewegungsfreiheit während der Arbeit. Nach der Arbeit dürften sie ihre Unterbringung nicht verlassen, keinen Verkehr pflegen mit Gefangenen von benachbarten Arbeitsstellen und das Wirtshaus nicht besuchen. Der Briefverkehr der Gefangenen mit ihren Angehörigen müsse zur Kontrolle über die zuständigen Lagerverwaltungen laufen. Mit allen Mitteln sei zu verhindern, „dass Kriegsgefangene ihre Briefe in den Postkasten einwerfen“. Die Verpflegung dürfe „keinesfalls über den Rahmen des Erlaubten hinaus gehen. Die vorgeschriebenen Verpflegungssätze“ müssen aufs Strengste eingehalten werden im Interesse unserer deutschen Volksernährung. Butter, vor allem Eier, gehören nicht den Kriegsgefangenen. Ungerechtfertigte Forderungen müssen aufs Härteste bestraft werden“. Wer diese Vorschriften weiter missachte, dem würden die Gefangenen als Arbeitskräfte wieder entzogen.

Unter dem Hunger des eben überstandenen „Kohlrübenwinters“ hatten vor allem die Stadtkinder gelitten. Unterernährt, wie sie waren, grassierten unter ihnen Mangelkrankheiten. Die Eltern hofften sich deshalb von der Aktion „Stadtkinder aufs Land!“ eine körperliche Kräftigung ihrer geschwächten Kinder. Doch das vom sächsischen König unter Schirmherrschaft; genommene „großherzige“ Vorhaben erwies sich als Mogelpackung, denn die Landverschickung war, wie es im Anzeiger hieß, „in erster Linie eine Arbeitshilfe für die an Arbeitskräften Mangel leidende Landwirtschaft“. Die Kommission, die die Auswahl der Pirnaer Kinder vornahm, teilte den Eltern mit, dass nur solche Kinder infrage kommen, die „das Bewusstsein haben, dass ihrer auf dem Lance gewisse Pflichten harren“. Es könnten deshalb nur Schüler der letzten Schuljahre berücksichtigt werden, „die schon gewisse Arbeitshilfe zu leisten imstande sind“, kranke, schwächliche oder zu junge Kinder könnten „nicht ausgesendet werden“.

Und da die Initiatoren befürchteten, dass Eltern die Kinder mit der Absicht besuchen könnten, Lebensmittel zu beschaffen, ließen sie im Anzeiger mitteilen: „Keine Besuche von Angehörigen bei Stadtkindern auf dem Lande!“, denn solche Visiten würden die „Opferwilligkeit“ der Bauern überfordern. Die Eltern hatten schriftlich zu erklären, von Besuchen abzusehen.

63 Pirnaer Mädchen fuhren schließlich in die Region Zittau, und 80 Jungen wurden für mehrere Wochen in Hildburghausen untergebracht. Bei ihrer Rückkehr konstatierte der Anzeiger Ge-

wichtszunahmen von zwei bis zwölf Pfund und resümierte, dass „die Hinzuziehung der Kinder zu leichten Arbeiten nur dienlich war“.

„Heraus mit dem Geld aus Sparstrumpf und Truhe!“

Wie haben die Menschen das ertragen können? Im Frühjahr 1917 wurde bereits zum sechsten Male seit Kriegsbeginn im Sommer 1914 aufgefordert, die Ersparnisse für die Finanzierung des Krieges herzugeben. War zur 1. Kriegsanleihe noch „freudig mit Herz und Verstand dem Vaterlande geopfert“ worden, mussten die Behörden und der Pirnaer Anzeiger im dritten Kriegsjahr beträchtlichen moralischen und politischen Druck aufbauen, damit „alle ihrer vaterländischen Pflicht“ nachkamen: „Der Landwirt zeichnet, weil Besitz im sieghaften Deutschland gesegnet sein wird; der Arbeiter, weil seine Lebensbedingungen mit dem Wohlergehen des Vaterlandes aufs Engste verknüpft sind; der Industrielle, weil er den Schutz der Heimat braucht; der Kaufmann, weil seine Einkommensquellen von einem starken Vaterland beschirmt sein müssen; die Alten, weil die Früchte ihrer Arbeit nicht einem rücksichtslosen Feinde preisgegeben werden sollen.“ Nur der handle klug, der sein ganzes (hervorgehoben!) Geld in Kriegsanleihen anlege. Gezielt wurden die Frauen aufs Korn genommen und aufgefordert, ihre Vorbehalte gegen die Kriegsanleihen aufzugeben. Sie wurden bedrängt, „ihre stattliche Mitgift zu zeichnen“. Und an die Soldatenfrauen, die jeden Groschen umdrehen mussten, wurde appelliert, sich mit anderen, „die gleichfalls ein kleines Einkommen haben“, zusammenzutun und so einen größeren Betrag zu zeichnen. Alle Familien, die auf ein Häuschen gespart hatten, wurden aufgefordert, für das bereits angesparte Geld zinsgünstige Kriegsanleihen zu kaufen. Und da die Männer im Felde seien, hätten das jetzt die Frauen zu entscheiden, denen das Vaterland befehle: „Bringe mir das Geld!“ Denn ich will zum letzten Schlag ausholen, und der muss wuchtig sein, damit er den Frieden erzwingt!“

„Ein Lied zur Kriegsanleihe“, abgedruckt im Anzeiger, sollte das Opfer erleichter:

Wenn du bloß hundert Reichsmark hast,
Pass' auf! Sonst geh'n sie in die Binsen!
Leg' sie so fest wie möglich an
Und gegen möglichst hohe Zinsen!

Klein fing so mancher Große an;
Aus eins wird zwei, aus zwei wird dreie -
Das Beste, was es geben kann,
Ist dies: Du zeichnest Kriegsanleihe!

Der Pirnaer Stadtrat rief die Einwohner zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Deutsches Schwert und deutsches Geld“ in den Schwarzen Adler, um „gegen unsinnige und törichte Gerüchte“ und „Flau- und Miesmacher“ Front zu machen. In „landesverräterischer Weise“ würde verbreitet, die Kriegsanleihe verlängere den Krieg und sei nicht sicher. Oberbürgermeister Stark forderte die Pirnaer auf: „Heraus mit dem Geld aus Sparstrumpf und Truhe! Das Vaterland braucht euer Geld! Besser, sicherer und zinsgünstiger kann es nicht angelegt werden!“

Die „geistlichen Hirten“ wurden bemüht, „Einfluss auf ihre Gläubigerschar“ auszuüben. Ihr Wort könne „Tausende an der Ehre packen und zur vaterländischen Glut entflammen“. Annoncen im Anzeiger sollten die Zögernden zur Zeichnung bewegen: „Verwandelt Euer Geld in U-Boote, in Stacheldraht, in Geschütze und Granaten, in Maschinengewehrs und Patronen! Es gilt, unseren Feinden durch das Anleiheergebnis zu beweisen, dass Deutschlands Wirtschaftskraft ungeschwächt ist, damit sie den Mut und die Hoffnung verlieren, uns jemals niederzwingen zu können. Leihe jeder, soviel er kann, dem Vaterlande: der Reiche viel, der Arme weniger. Fehlen derf keiner!“ Auch eingängige „Mahnworte“ wurden in der Zeitung platziert: „Der Zeichnungsschein zur 6. Kriegsanleihe ist die Handgranate des Heimatkämpfers!“ Oder: „Wer Geld hat und zeich-

net nicht, ist in großer Zeit ein kleiner Wicht!“ Als patriotische Versager, die ihr Geld nicht herausrücken wollten, wurden die Bauern ausgemacht. Bei den bisherigen Anleihen, so hieß es im Anzeiger, seien in vielen wohlhabenden 'Dörfern „mit viel Mühe und Not“ gerade tausend Mark zusammengebracht worden, obgleich ohne Schwierigkeiten das Hundertfache hätte gezeichnet werden können. Vielen Dauern fehle die Siegeszuversicht, und sie befürchteten, „die Sache könnte schief gehen“. Aber, so die Zeitung, „welcher gute deutsche Mann denkt ernsthaft daran, dass wir den Krieg verlieren könnten, wo unsere Heere weit in Feindesland stehen?“ An eine Niederlage würden nur ängstliche Leute denken, „denen der Mammon über das Vaterland geht“. Die Bauern sollten daran denken, was ihnen der Krieg gebracht hat. Sie hätten „manch schönen Gewinn zur Sparkasse gebracht“ und Hypotheken abgetragen. Es müsse ihnen deshalb eine „Ehrenpflicht sein, des Vaterlandes zu gedenken und einen möglichst großen Teil des Gewinns der Krieganleihe zuzuführen“.

Als sich die Zeichnungszeit ihrem Ende näherte, drängte der Anzeiger: „Nun wird's aber höchste Zeit! Willst du wirklich unter den wenigen sein, die ihr Vaterland in so ernster Stunde im Stich gelassen haben? Willst du zögern, bis es zu spät ist? Willst du dich der Gefahr aussetzen, vor deinen Angehörigen, deinen Freunden und Bekannten erröten zu müssen? Also: Hole sofort das Versäumte nach und zeichne mit allem, was du hast!“ Am Sonntag vor Zeichnungsschluss wurde nochmals alles in Bewegung gesetzt: der Tag wurde zum „Nationaltag für die Krieganleihe“ erklärt, alle Zeichnungsstellen hatten geöffnet, in den Kirchen wurden Predigten über die Notwendigkeit der Krieganleihen gehalten, auf dem Marktplatz spielte nach dem Gottesdienst ein Orchester, die Glocken läuteten und Archidiakonus Lachmund hielt „eine wuchtige Ansprache vom Söller des Rathauses“. „Mancher ist nach dieser tief an das Gewissen rührenden Ansprache heim geeilt und hat seine bisher versäumte Pflicht getan“, war sich der Anzeiger sicher.

Insgesamt wurden aus der Stadt Pirna über 4,5 Millionen Mark und mehr als sechs Millionen Mark aus dem Bezirk Pirna herausgepresst, und der Pirnaer Anzeiger lobte: „Besonderen Dank müssen wir den minderbemittelten Personen abstaten, die ihre wenigen Taler dem Reiche dargebracht und durch Häufung der kleinen Beträge so wirksam zu einem herrlichen Ergebnis beigetragen haben.“ Aus Stolpen kamen 600.000, aus Neustadt 500.000, aus Dohna 300.000, aus Sebnitz 725.000, auffallend weniger als zur 5. Anleihe. Im Pirnaer Realgymnasium wurden von den Schülern insgesamt 36.083 Mark vom Taschengeld und von den kleinen Kinderersparnissen gezeichnet.

Obwohl der Pirnaer Anzeiger vor dem Pfingstfest 1917 aufgerufen hatte, von den üblichen Ausflügen abzusehen, weil „die Lokomotiven und Wagen für die Bedürfnisse der kämpfenden Heere“ gebraucht wurden, berichteten die Wirte aus den Ausflugszentren der Sächsischen Schweiz „von einem außerordentlich starken Ausflugsverkehr“. Der Andrang auf die wenigen Züge und die Dampfer war so groß, dass „die Reisenden wie die Heringe verstaut“ wurden. Die Einkehrstätten konnten den Gästen nur einen „Bierersatz“ anbieten, und „die Brühe, die man von geschäftstüchtigen Wirten als Kaffee vorgesetzt erhielt, war noch schlechter als reine Zichorie“. Die Wanderer fragten in den Restaurationen vergeblich nach einem Imbiss, lediglich „die ausgesprochenen Fremdenhotels haben ihren Gästen einigermaßen Verpflegung bieten können“. Die Schandauer und Rathener Hoteliers meldeten ausgebuchte Häuser. Und „wenn nicht die sonst große Zahl der Berliner gefehlt hätte, wäre im Vergleich zu einem Pfingsten in Friedenszeiten kaum ein Unterschied aufgefallen“. Empört gab sich der Anzeiger über die vielen Jugendlichen, die trotz des kriegsbedingten Kletterverbotes es nicht lassen konnten, „bunt wie die Papageien gekleidet und mit Zipfelmütze gefährliche Felsen zu besteigen“. Die Zeitung war sichtlich bemüht, im dritten Kriegsjahr eine scheinbar heile Welt vorzuspiegeln, obwohl z. B. die Kirchgemeinden während der Pfingstfeiertage der Gedanke umtrieb, wie sie ihre Kirchenglocken, die „dem Vaterlande zum Kanonenguss zur Verfügung gestellt“ werden mussten, retten konnten. Einigen Pfarrern gelang es, den „besonderen kulturgeschichtlichen Wert“ einzelner Glocken nachzuweisen und so wertvolle Stücke zu retten. Die drei ältesten Glocken der Marienkirche konnten auf diese Weise von der Ablieferung befreit und drei weitere zunächst zurückgestellt

werden. Nicht zu retten waren die zinnernen Orgelpfeifen. Sie wurden, nachdem die Gemeinde mit einem Konzert Abschied genommen hatte, von der Firma Jahn ausgebaut. Der Anzeiger brachte die Pfarrer und die Gläubigen, die durch diese Ereignisse in ihrer patriotischen Haltung schwankend geworden waren, wieder auf Linie: „Wenn es auch zunächst nicht recht pietätvoll scheinen will, Glocken, die eben noch Frieden läuteten, zu Kriegsmaterial einzuschmelzen“, so solle man doch bedenken, „dass in diesem Falle wahrlich der Zweck die Mittel heiligt“. Denn man bezwecke nichts anderes, als dass „die Glocken nun die eherne Sprache des Krieges reden lernen und Tod und Verderben speien über die Störer des Friedens“.

In vielen Orten fanden „Glockenabschiedsfeiern“ statt, und Gemeindeglieder schmückten die Glocken mit Spruchbändern wie „Gott helf uns zum Sieg!“. Als Ersatz für die verlorenen Geläute wurde vorgeschlagen, zur Läutezeit mit Posaunen vom Turm zu blasen.

Inzwischen war die Rohstofflage so prekär geworden, dass sogar Türklinken, Fenstergriffe und Beschläge aus Messing oder Bronze „im vaterländischen Interesse“⁵⁵ beschlagnahmt wurden. Als Ersatz wurden „für ganz Deutschland schwarze Klinken und Griffe“ geliefert. Brauereien und Brennereien mussten ihre Apparate aus Kupfer und Kupferlegierungen abliefern. Haushalte wurden aufgefordert, alle Gegenstände aus Aluminium zu Sammelstellen zu bringen.

Parallel zum Buntmetallraub wurde eine weitere Attacke auf die privaten Edelmetallbestände gestartet. Unter der Losung „Deutsche Frauen und Mädchen, gebt das Gold heraus!“ forderte der Anzeiger auf, sich von Schmuck und sicheren, über die Zeiten geretteten Rücklagen zu trennen. Landesweit befanden sich in den Händen der Bevölkerung noch hunderte Millionen gemünzten Goldes, von Ringen, Armreifen und anderem Schmuck gar nicht zu reden. „Aber gewissen Leuten gegenüber scheint eine bloße Mahnung, das Gold zur Reichsbank zu tragen, gänzlich Dunst zu sein.“ Der Pirnaer Anzeiger forderte deshalb, Urkunden vorzubereiten, „in denen sämtliche Haushaltsvorstände in feierlicher Weise versichern sollen, dass sie ihre Goldmünzen abgeliefert haben“. Alle, die ihre Unterschrift verweigern, sollten namhaft gemacht werden. Um die Menschen zur Ablieferung der gehüteten Goldmünzen und des Familienschmucks zu bewegen, wurde den Hungernden zusätzliches Mehl versprochen. Jeder, der Gold im Wert von zehn Mark ablieferte, erhielt ein Pfund Mehl zum üblichen Preis. Soziale Gesinnung heuchelnd, legten die Behörden den „Besserbemittelten“ nahe, „mit der Einlösung der Goldstücke Minderbemittelte zu betreuen, um diesen dadurch das Mehl zuzuwenden“.

Bereits sechs Mal waren die „Daheimgebliebenen“ aufgefordert worden, ihre Ersparnisse für Krieganleihen zu zeichnen. Mit zahllosen Appellen wurden sie gedrängt, die als Notgroschen zurückgelegten Goldmünzen und den Schmuck „auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern“¹. Monatlang hatte die Pirnaer Stadtverwaltung aufgerufen, für die „Nagelung“ des Adlers im Pavillon auf dem Marktplatz zu spenden. Jetzt, im Sommer 1917, mahnten Plakate „alle Volksgenossen“, sich an der großen nationalen U-Boot-Spende zur „Unterstützung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zur Niederwerfung Englands“ zu beteiligen. In Städten und Dörfern erinnerten Anschläge mit einem großen „U“ an die U-Boot-Spende und an die U-Opfertage, an denen, durchgeführt von Schülern und jungen Damen, eine große Straßensammlung viel Geld in die Flottenkasse spülen sollte. Darüber hinaus wurden in allen Sparkassen, Banken und Postämtern Sammelstellen „für größere Gaben“ eingerichtet. Den Menschen wurde eingeschärft, „reichlich für die wackeren, wagemutigen U-Boot-Leute“ zu spenden. Mit der Spende stelle sich das deutsche Volk im Entscheidungskampf gegen England hinter die Männer, „die diese scharfe Waffe in unversiegender Opfermut und mit staunenswertem Erfolg gegen den Feind führen“.

Um die Spendenbereitschaft zu stimulieren, veröffentlichte der Anzeiger Erfolgsmeldungen über versenkte Schiffe und jubelte, dass „schon jetzt zu übersehen ist, dass die U-Boot-Erfolge des Monats Juli die des Vormonats übersteigen werden“. Zur Unterstützung der Aktion fand in der Pirnaer Marienkirche ein Konzert statt, das aber, wie die Zeitung kritisch bemerkte, nicht stark besucht war. Vielleicht waren die Pirnaer zu Hause geblieben, weil man der Orgel „leider die zahlreichen dem Vaterlande geopfert (Zinn-)Pfeifen anmerkte“. Doch Kantor Büttner holte

„aus dem Rest“ das Möglichste heraus und spielte sinnigerweise Werke, „die mit Meer, Sturm und Wellen zu tun hatten“.

Dass die Menschen nicht viel mit dem Konzert zugunsten der „scharfen U-Boot-Waffe“ im Sinn hatten, lag vielleicht auch daran, dass mitten im Sommer auf dem Markt weder Obst noch Gemüse aufzutreiben waren. Der Anzeiger schrieb von einer „katastrophalen Leere“ auf dem Wochenmarkt. Die Gärtner und Händler, so hieß es, hätten ihre Waren nach Dresden geliefert, wo sie lukrativere Erlöse erzielen konnten. „Wer für den täglichen Bedarf Wucherpreise nimmt, muss als Vaterlandsverräter mit Zuchthaus bestraft werden“, brachte die Zeitung die Empörung der Pirnaer auf den Punkt und berichtete, „was alles in unserer verhamsterten und verwucherten Zeit möglich ist“: In den Elbdörfern mit ihren Erdbeerplantagen waren die begehrten Früchte nur im Tausch gegen Hemden, Leinwand, Butter, Nudeln, Schuhwerk und Brotmarken zu haben. Schließlich spitzte sich die Versorgungslage derart zu, dass sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst veranlasst sah, Stellung zu nehmen: Es werde gegen Wucherer mit äußerster Härte vorgegangen und jeder Händler, der Waren zurückhält oder zu hohe Preise fordert, auf der Stelle verhaftet.

Doch die Gärtner Pirnas und der Region ließen den Vorwurf, Landesverräter zu sein, nicht auf sich sitzen. Sie begründeten die Versorgungskalamität mit „einer totalen Missernte“, hervorgerufen durch Trockenheit und tropische Hitze. Salat und Spinat seien in Blüte getrieben, ganze Flächen Möhren und Zwiebeln nicht aufgegangen und die Kohlrabi holzig geworden. „Es verbittert natürlich die Erbauer von Gemüse, dass ihre Mühe, Arbeit und Geldkosten nicht berücksichtigt werden. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, auch der Gärtner bei seiner täglich nicht achtstündigen, sonder achtzehnstündigen Arbeitszeit.“ Dabei hätten sich die Kosten inflationär erhöht. Kostete ein Kilogramm Kohlrabisamen sonst 6 bis 8 Mark, so seien es jetzt 70 bis 80 Mark. Dabei rechnete man früher mit 80 bis 100 Prozent Keimfähigkeit, während jetzt kaum 20 bis 40 Prozent, ja vielfach überhaupt nicht aufgehe, schrieb ein Gärtner an den Anzeiger. Um der Obstnot wenigstens teilweise abzuhelpen, wies die Pirnaer Amtshauptmannschaft die Schulen an, Waldbeeren-Sammeltage zu organisieren. Die Kinder wurden für zwei Tage vom Unterricht befreit und mit den Lehrern in die Wälder geschickt. 30 Schulgemeinden sammelten neun Zentner Beeren, die aber wegen fehlender Transportmittel nicht in die Städte gebracht werden konnten und deshalb an Ort und Stelle verkauft werden mussten.

Die Versorgungsmisere ließ die Lebensmittel- und Felddiebstähle „in erschreckender Weise“ ansteigen. Gutsbesitzer warnten auf Schildern und im Anzeiger: „Auf meinen Feldern liegen Fußangeln und Selbstschüsse!“ Feldwege durften nicht mehr betreten werden, und die Gemeinden erhielten berittene Soldaten, die „den militärischen Ernteschutz“ übernehmen sollten.

Aber alle Strafandrohungen fruchteten nicht. Bereits im Frühjahr waren Kartoffeln, kaum gelegt, von Hungernden wieder ausgebuddelt worden. Seitdem wurden täglich Diebstähle gemeldet, die vor allem von strafunmündigen Kindern begangen wurden. Sie brachen in Bäckereien ein und schleppten Brot und Mehl fort, sie begingen „Straßenraub“ und entrissen Frauen die Einkaufskörbe und Taschen um vor allem Brotkarten zu erbeuten, sie krochen durch Kellerfenster, um an Lebensmittelvorräte zu kommen. Zunehmend wurden die Einbrüche bandenmäßig betrieben: Vier Jungen stahlen von den in der Stadt haltenden Brotwagen Brot, fünf „Bürschchen“ spezialisierten sich auf Kellereinbrüche, drei Jungen hatten es vor allem auf Kaninchenställe abgesehen. Es sei höchste Zeit, „diesem Ausarten der Jugend einen Riegel vorzuschieben“. Es müsse erwartet werden, „dass die Eltern die Kinder strenger beaufsichtigen oder dass die Kinder zu Kriegshilfsarbeiten herangezogen werden“.

Der Anzeiger sah die Ursache für die „Diebereien“ nicht in der Hungersnot, sondern „in der Abenteuersuche und im beschäftigungs- und aufsichtslosen Herumtreiben“ der Kinder und Jugendlichen. Zahlreiche Kinder würden sich „bis elf Uhr abends unter Gebrüll und allerlei Unfug auf den Straßen umher tummeln“. Das Schulschwänzen „unserer Volksschul-Jugend scheint geradezu

epidemisch zu werden“, und die Polizei meldete, „dass noch niemals so viele Anträge auf polizeiliche Zuführung von Schulkindern gestellt worden sind“.

Barfußgehen als vaterländische Pflicht

Am 1. August 1917 begann das vierte Kriegsjahr, und der Pirnaer Anzeiger druckte den Kaiser-Appell „An das deutsche Volk!“,: „Drei Jahre harten Kampfes liegen hinter uns. Mit Leid gedenken wir unserer Toten, mit Stolz unserer Kämpfer, mit Freude aller Schaffenden. (...) Was draußen die Fronten vollbringen, die Heimat dankt durch unermüdliche Arbeit.“ Pünktlich zum kaiserlichen Aufruf konnte nach langer Zeit wieder ein Sieg an der Ostfront gemeldet werden, Der Anzeiger triumphierte: „Sie gehören untrennbar zusammen: diese Führung, dieses Volk, dieses Heer! Und darum wollen wir heute Viktoria schießen und die Fahnen über unseren Gassen rauschen lassen: Der Sieg ist unser und kann uns nicht mehr geraubt werden!“

Und während der oberste Kriegsherr pathetisch versicherte, „deutsches Blut und deutschen Fleiß nicht für hohlen Ehrgeiz“ einzusetzen, trieb die „Heldenverehrung“ sonderbare Blüten. Nachdem die Zeitungen aufgefordert hatten, zur Erinnerung „an die große Zeit und an die Taten und Opfer unserer Krieger“ würdige Gedenkstätten zu errichten, gingen „patriotisch gesinnte“ Gastwirte ans Werk und errichteten in den Biergärten „Heldendenkmale“ und „Heldenhaine“, um ihren Wirtschaften „eine besondere Anziehungskraft zu verleihen“. Einem Anzeiger-Leser platzte ob solcher Vereinnahmung der „Helden“ für das Geschäft der Kragen: Die Absicht, das Gedenken an die, die „Gut und Blut für Heimat und Vaterland opferten, als Reklame zu verwenden!, treibe „ernstdenkenden Menschen die Schamröte ins Gesicht“.

Gleichzeitig sollten, um den Willen zum Durchhalten nicht zu schwächen, die Angehörigen von Gefallenen nicht einmal mehr ihre Trauer öffentlich zeigen. Der Pirnaer Anzeiger lobte all die, „die keine äußere Trauer“ anlegten, und die „Reichskleiderstelle“ empfahl, beim Verlust eines Angehörigen an der Front „auf Trauerkleidung zu verzichten“. Ein Trauerflor an Arm oder Revers würde es auch tun. Die Hauptsache sei „die Herzensempfindung, nicht das äußere Zeichen“. Angesichts der Tatsache, dass es kaum noch eine Familie ohne Kriegsoffer gab, und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit konnte auch der Anzeiger die drängende Forderung, das Morden zu beenden, nicht mehr unterdrücken. Am 16. August sah er sich gezwungen, über „anonyme Hetzer“ in den Betrieben der Region zu berichten, denen aber „die vaterländisch gesinnten Arbeiter“ die Gefolgschaft verweigern würden. Bereits eine Woche später wurde gemeldet: „Verrat geht um!“ Eine „große Gesellschaft“, die auf den Pirnaer Kohlberg gezogen war, hatte auf dem Rückmarsch zum Bahnhof die Internationale und andere „Ärgernis und Missfallen erregende Lieder“ gesungen. In den Betrieben seien „Haderlumpen“ aufgetaucht, die zum Generalstreik aufgefordert hätten, „um den Frieden zu erzwingen“. Auch in Betrieben der Stadt seien Flugblätter „mit aufreizendem und ruhestörendem Inhalt“ verteilt worden. Zum Glück hätte man einige Verteiler fassen und hinter Schloss und Riegel bringen können. Unter Hinweis auf ein jüngst gefälltes Gerichtsurteil wurde vor „Schimpferein“ über die Verhältnisse gewarnt. Die Polizei sei berechtigt, die Querulanten sofort zu verhaften. Der Anzeiger gab sich zuversichtlich, dass die „Hetzer“ bei der „nationalen Haltung unserer Arbeiterschaft“ keinen Erfolg haben würden. Jeder „wahre Deutsche“ würde mit „tiefster Zufriedenheit“ die Heeresberichte lesen, die „von der Unüberwindlichkeit unserer großen und gerechten Sache künden“, und ein „Hundsfott“ sei und bleibe jeder, der versuche, den Frieden durch Streik zu erzwingen.

Anfang September, am „Sedanstag“ 1917, als besonders an der Westfront die Übermacht der Alliierten immer bedrohlicher wurde und die Heimat Brot und Frieden forderte, schrieb der Pirnaer Anzeiger, dass „das deutsche Volk auf diesen Krieg als auf einen einzigen Sedanstag zurückblicken“ könne. Die „deutschen Schlachtenführer“ würden letztlich den Sieg von den Schlachtfeldern heimbringen. In den Pirnaer Schulen wurde der Tag zum Anlass genommen, um die durch das Kriegselend diskreditierte und wankend gewordene Monarchie „mit ihren unersetzlichen Werten und ihrer sittlichen Kraft“ mit „flammenden Worten“ zu rühmen.

In den Führungsetagen der Landesregierung machte man sich indes keine Illusionen über die Stimmung im Lande und war bemüht, alles zu vermeiden, was die Unzufriedenheit weiter anheizen konnte. So wies der sächsische Innenminister seine Beamten „auf die außerordentlich großen Schwierigkeiten, in denen sich weite Kreise der Bevölkerung befinden“, hin und mahnte, die dadurch hervorgerufenen „Missstimmungen“ in der täglichen Arbeit zu berücksichtigen und immer daran zu denken, „wie jede Unfreundlichkeit sofort der ganzen Behörde, wenn nicht gar dem gesamten Beamtenstande und der Regierung zur Last gelegt“ werde. Alle Staatsbeamten wurden deshalb verpflichtet, „Geduld und Selbstbeherrschung zu üben und dem Publikum, dessen Wünsche sich häufig nicht erfüllen lassen, wenigstens in der Form freundlich und nachsichtig zu begegnen“. Als Schwachstellen in der „Heimatfront“ wurden erneut die Soldatenfrauen ausgemacht, und der Anzeiger las „den deutschen Kriegerfrauen“ zum wiederholten Male die Leviten: Es sei töricht, den im Felde stehenden Kriegern von der großen Not zu klagen. Die Männer würden dadurch „verbittert“. Zur Bekräftigung druckte die Zeitung den (ganz offenbar fingierten) Brief eines Offiziers ab, der „seine braven Männer“ angesichts „der Klageschreis“ aus der Heimat „leiden“ sah: „Die Männer haben so viel Schweres zu ertragen, dass sie verlangen können, dass die Frauen sich zu Hause der kleinen Sorgen (!) annehmen, ohne ihren Männern im Felde das Herz schwer zu machen.“ An den Frauen sei es, „recht zufriedene und heitere Briefe zu schreiben“ und aufzuhören, von den Männern zu fordern, bald auf Urlaub zu kommen.

Der Anzeiger dankte dem Kompanie-Chef für seine „kernigen Worte“ und nannte die „Klagebriefe eine schwere Versündigung gegenüber den Kämpfern und der Sache des Vaterlandes“.

Dabei hatten die Frauen genügend Anlass, die Zustände an der „Heimatfront“ beim Namen zu nennen: Die Lebensmittelrationen waren weiter gekürzt worden. Immer häufiger gab es nur das verhasste Dörrgemüse, das vor dem Kochen zehn Stunden eingeweicht werden musste. Das „Kriegsbrot“ war kaum zu genießen, sodass empfohlen wurde, die nass-klebrigen Scheiben vor dem Verzehr zu trocknen. Ersatzlebensmittel entpuppten sich immer häufiger als teurer Schwindel wie z. B. ein besonders in Pirna verkaufter „Ceylon-Ersatz-Kaffee mit 30 Prozent reinem Kaffee“, der in Wahrheit keine Spur von Kaffeebohnen enthielt. Bäcker lehnten das ihnen zum Brotbacken gelieferte „Kohlrübenmehl“ ab, da es für den menschlichen Genuss ungeeignet sei.

Die wenigen Lebensmittel gab es nur auf „Aufruf“ und nur an bestimmten Tagen, sodass man für die winzigen Mengen täglich unterwegs sein musste, für die „Kriegerfrauen“, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten mussten, eine harter Zumutung. Am 12. August 1917 z. B. wurde bekannt gegeben, welche Lebensmittel in der folgenden Woche zum Aufruf kamen:

Montag, 13. August	125 g	getrocknete Kohlrüben,
	125 g	Hülsenfrüchteschrot
Dienstag, 14. August	125 g	Weizengrieß
Mittwoch, 15. August	125 g	Graupen
Donnerstag, 16. August	125 g	Dörrgemüse
Freitag, 17. August	125 g	Haferflocken

Für den Winter wurden Stiefel aus „Papierstoff“ angeboten und die Kohlenämter teilten mit, dass die Winterversorgung nicht gesichert werden könne. Schulen wurden zusammengelegt, der Unterricht gekürzt und Turnhallen von der Heizung genommen, zumal die Ärzte meinten, „dass es nicht schadet, wenn beim gegenwärtigen Ernährungsstande der Kinder weniger geturnt wird“.

Die Behörden forderten dazu auf, in der warmen Jahreszeit das arg mitgenommene Schuhwerk zu schonen, und der Anzeiger lobte die Einsicht der Pirnaer: „Das Barfußgehen ist jetzt in unserer Stadt im Interesse der Schuh- und Lederersparnis erfreulicherweise sehr üblich geworden. Und nicht nur bei der weniger bemittelten Bevölkerung! Die Knaben und Mädchen unserer Schulen, vereinzelt auch Erwachsene der bemittelten Stände, sieht man barfuß in Sandalen mit Holzsohlen oder strumpflös in Stoffschuhen oder ganz barfuß, so gesehen 'auf sächsischem Boden', daherwandern. Recht so! Und weiter fortgefahren! Es schändet niemanden, wenn er einer vaterländischen Pflicht auch in dieser - wenn auch vielleicht nach früheren Sitten etwas ungewöhnlichen - Art nachkommt.“ Mit Freude wurde registriert, „dass das weibliche Geschlecht weit eher

dem Barfußgehen huldigt als das männliche“. Fast alle Fabrikarbeiterinnen z. B. wanderten barfuß auf Arbeit. In Zuschriften an den Anzeiger hieß es, niemand solle sich genieren, Schuhe und Strümpfe bei den praktischen Tätigkeiten des Lebens abzulegen, denn das Barfußgehen sei eine Kriegsnotwendigkeit. Ein Aufruf „Tragt Holzschuhe oder geht barfuß!“ forderte: „Zunehmende Knappheit an Leder und Ausbesserungsmaterial zwingt zu größerer Sparsamkeit im Gebrauch von Lederschuhwerk“. Um den Bedarf der Bevölkerung für die kalte Jahreszeit einigermaßen sicherzustellen, mussten alle Mittel angewandt werden, um die Schuhe zu schonen.

Im Rahmen einer großen Presseoffensive wurde im September 1917 die „siebente Finanzschlacht“, die Zeichnung der 7. Kriegsanleihe, eröffnet und von der Bevölkerung gefordert, die letzten finanziellen Reserven für die Fortführung des Krieges locker zu machen. Der großen Friedenssehnsucht Rechnung tragend, suggerierte der Anzeiger in raffinierter Weise den Zusammenhang von Kriegsanleihe und nahem Frieden: „Deutscher, willst du den Frieden, den nahen, den guten, den sicheren Frieden? Dann zeichne Kriegsanleihe! Kriegsanleihe ist Siegesnähe! Siegesnähe ist Friedensnähe! Deutschland ist unüberwindlich, unbesiegbar in Wehr und Waffen wie in Geld und Gut!“ Wenn diese Erkenntnis „den Feinden ins Hirn gehämmert“ sei, schlage die Stunde des Friedens. Deutschlands Kraft erwachse nicht nur „aus Pflug und Hammer“, sondern „wohnt auch im Geldbeutel“. Wer jetzt sein Geld für den Krieg gebe, der gebe es für den Frieden, und „je mehr einer den Frieden liebt, desto mehr muss er Kriegsanleihe zeichnen“.

Doch die Zeichnungsbereitschaft war sichtbar erlahmt, die Konten waren bei vielen abgeräumt und die Notgroschen geopfert. In einer erdrückenden Plakataktion wurden deshalb alle propagandistischen Register gezogen und die Hausbesitzer aufgefordert, die Werbeplakate an Häusern, Mauern und Zäunen anzubringen. Doch erstmals musste der Anzeiger melden, dass „die Kriegsanleihe-Plakate beschädigt, zum Teil ganz abgerissen“ worden waren. Er prangerte empört „das unpatriotische Tun“ an und verlangte strengste Bestrafung.

Ein (offenbar vorgetäuschter) „Mahnruf von der Front“ sollte den moralischen Druck auf die Zeichnungs-Zauderer erhöhe: Statt den Sieg auch finanziell zu erzwingen, ginge es vielen „in der Heimat nur noch um Brot- und Kartoffelnöte, um Kleider- und Stiefelnöte, um Entweihungen und Parteiungen, um Schiebungen und Wucherei, um Hamsterei, um Alltagskram und Alltagsdreck“. Wer jetzt dem Vaterlande die Mittel versage, „verlängert den Krieg, unterstützt die Feinde und macht sich schuldig an seinen Brüdern im Felde“. Der Anzeiger erklärte die Anleihen „zur deutschen Kriegssparkasse“. Und damit auch die kleinsten Beträge erfasst werden konnten, stellten die örtlichen Sparkassen „Kleinsparbücher“ aus, auf denen die Zeichnungsbeträge in kleinen Summen angespart werden sollten.

Die Städter, war man sich sicher, würden "wie bei früheren Anleihen ihre Schuldigkeit tun“. Zweifel aber gab es an der Zeichnungsbereitschaft „des Landes“: „Wer aber auf dem Lande meinen sollte, die Städter sollten es machen, dem darf gesagt werden: Wir brauchen lückenlos auch die Mitbürger auf dem Lande, Wer zurücksteht, muss sich klar sein, dass er den Feinden vorarbeitet, die nur darauf warten, dass wir geldwirtschaftlich nachlassen“. Und besonders an die Bauern gerichtet: „Wer keine Verantwortung für das Leben seines Volkes trägt, der ist ein welkes Blatt am Volksbaum!“

Ein besonderes Ereignis kam dem Kampf um die Kriegsanleihe entgegen: Die Propaganda hatte während des Ersten Weltkrieges Paul von Hindenburg zum „Nationalheros“ aufgebaut und seine Siege gegen schlecht ausgerüstete russische Armeen hochgejubelt, um vom Scheitern des „Blitzkrieges“ an der Westfront abzulenken. Gemeinsam mit Ludendorff errichtete er faktisch eine Militärdiktatur und verwandelte Deutschland in ein „Militärgefängnis“. Am 2. Oktober beging der „Held von Tannenberg“ seinen 70. Geburtstag. Der Pirnaer Anzeiger widmete diesem „nationalen Feiertag“ die gesamte Titelseite und forderte die Leser auf: „Flaggen heraus!“. Von den Hausbesitzern wurde erwartet, „die ganze Stadt mit Blumenschmuck zu versehen“, und die Sparkassen nahmen „Hindenburg-Spenden“ entgegen. Die beiden Kinobesitzer der Stadt veranstalteten „drei Hindenburg-Opfertage“ und führten einen Teil der Einnahmen an die „Hinden-

burg-Spende ab. In allen Orten der Region versammelten sich die Einwohner zu „vaterländischen Abenden“, deren Redner „in markigen Worten“ den Jubilar verherrlichten und den Ruf nach Frieden „geißelten“. „Eine Woge heißer Dankbarkeit für den Retter aus großer Not geht durch das deutsche Volk“, schrieb der Anzeiger und strickte mit an der Heros-Legende, die die Revolution überstand, die Weimarer Republik überdauerte und die Brücke zum Nationalsozialismus schlug. Es sei“ eine Gnade des Himmels“, die den Deutschen „diesen Führer gab“, dessen „Name unter den ersten Namen in der Weltgeschichte leuchten wird“.

Der „greise Schlachtgenlenker“ hatte auch eine persönliche Bitte an die Leser des Pirnaer Anzeigers. In einem handschriftlichen Faksimile erbat er einen Beitrag zur laufenden 7. Kriegsanleihe, der „Heldenanleihe“: „Wer Kriegsanleihe zeichnet, macht mir die schönste Geburtstagsgabe!“ Der Pirnaer Rat sah sich dadurch veranlasst, die Einwohner zu einem Werbeabend für die Kriegsanleihe in den Schwarzen Adler einzuladen, und Bürgermeister Stark mahnte seine Mitbürger, ihrer vaterländischen Pflicht nachzukommen. Der Krieg dürfe nicht „mit einer finanziellen Schwäche Deutschlands“ enden, weil dann „die ewige Lohnsklaverei Englands über alle kommen“ würde. Superintendent Dr. Zweynert argumentierte gegen die Bedenken der Zeichnungs-Zauderer und „forderte alle auf, von Herzen und mit Überzeugung ihre Pflicht als Deutsche zu tun“. Ein „Nationaltag für die Kriegsanleihe“ zum Zeichnungsende sollte auch die hartgesottensten Skeptiker veranlassen, ihr Geld für den Krieg herzugeben. Die Kirchen hatten Anweisung, die Predigten auf die Kriegsanleihe auszurichten, und nach dem Gottesdienst in der Marienkirche fand auf dem Marktplatz „eine erhebende Feier statt“, auf der der Stadtverordnete Dr. Spieß die „Heimatarmee“ aufforderte, „Gut und Geld“ für den Sieg zu geben. Und da offenbar aus der Masse des Volkes nicht mehr viel herauszuholen war, zahlten die Versicherungen und Sparkassen viele Millionen in die Kriegskasse und verpulverten so das Geld ihrer Kunden. Auch die Kirchenvorstände wurden erneut ermahnt, ihre Kassen „nach geeigneten Beträgen für die Kriegsanleihe zu überprüfen“. Es wurde empfohlen, „die für die abgelieferten Glocken angekommenen Gelder zu zeichnen“.

Über acht Millionen Mark wurden in Pirna gezeichnet, davon allein zwei Millionen von der Sparkasse, fast eine halbe Million mehr als bei der vorangegangenen Anleihe. In der bei „patriotischen“ Aktionen immer wieder erwähnte Musterschule der Stadt, dem Realgymnasium, übertrumpften die Schüler ihr Ergebnis zur 6. Anleihe in Höhe von 36.000 Mark und zeichneten 42.300 Mark.

Reichsweit flossen 12,5 Milliarden Mark in die Kriegskasse, und aus Anlass des „glänzenden Ergebnisses“ wurde angeordnet, dass am 23. Oktober alle öffentlichen Gebäude zu beflaggen waren und Militärkapellen zu spielen hatten.

Doch den Menschen war nicht nach Militärmusik. Angesichts des nahenden Winters war jeder bedacht, von den angekündigten „Ersatzsohlen aus Filz und beledertem Holz“ etwas abzubekommen, die von den Kommunalverwaltungen „an die minderbemittelten Klassen“ verteilt wurden. Eine Million solcher Sohlen sollten „jedermann für den Winter mit dem erforderlichen Schuhwerk versehen“. Der Anzeiger meldete zaghaft Zweifel an und bemerkte, dass bei 50 Millionen Einwohnern diese Aussage „sine sonderbare Mathematik“ sei.

Vorwurfsvoll fragte die Zeitung, warum die vielen Ebereschensbäume nicht abgeerntet und die Früchte zu Marmelade verarbeitet werden. „Viele Millionen Kilogramm Marmelade könnten durch die Ebereschens für den Volks- und Heeresbedarf“ gewonnen werden. Leser fragten allerdings, woher sie den Zucker für die viele Marmelade nehmen sollen.

Den fehlenden Kaffee sollte ein „schmackhafter und billiger Eichelkaffee“ ersetzen. Der Anzeiger empfahl, die Eicheln sauber zu waschen, in Scheiben zu schneiden und in der Sonne zu trocknen und sodann in einem Tiegel zu rösten und in einer Kaffeemühls zu mahlen. Der so gewonnene Ersatzkaffee ergebe ein wohlschmeckendes und reines Stärkungsmittel“. und als sich die Frauen beschwerten, dass sie nicht mehr wüssten, wie sie die Wäsche sauber bekommen sollten, wurde ihnen geraten, als Seifenersatz Kartoffelkochwasser zu verwenden.

Dis Kriegsdurchhalter formieren sich

Im Herbst 1917 wurde der zu Kriegsbeginn geschlossene „Burgfrieden“ rissig. Die politischen Kräfte polarisierten sich immer stärker. Einerseits hatte die Oberste Heeresleitung mit Hindenburg und Ludendorff diktatorische Macht erlangt und drängte auf einen „Siegfrieden“ mit umfangreichen Annexionen; andererseits formierten sich die Kräfte, die demokratische Reformen und „einen Frieden der Verständigung und Versöhnung der Völker“ anstrebten. Das mobilisierte die Gegner eines „Verständigungsfriedens“, die eine überparteiliche Sammlungsbewegung aller radikal-nationalistischen Kräfte ins Leben riefen: die Deutsche Vaterlandspartei. Hinter der neuen Partei, die den Krieg auf Biegen und Brechen „bis zum Sieg durchhalten“ wollte, standen neben der Heeresleitung und den Militärs führende Konservative, einflussreiche Wirtschaftsführer und bekannte Intellektuelle, die als Frontmänner der neuen Bewegung um Vertrauen zu werben hatten.

Der Pirnaer Anzeiger stellte seine Seiten bereitwillig der Kriegspartei zur Verfügung, deren Exponent in Pirna der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Spieß war. Anfang Oktober hatte er in der Zeitung alle, „die nichts wissen wollen von einem schwächlichen Verständigungsfrieden“, aufgefordert, in die neue Vaterlandspartei einzutreten. Anmeldungen waren bei Diller und Sohn, Herausgeber des Pirnaer Anzeigers, beim Optiker Bieber oder in der Eisenhandlung Schramm abzugeben. In einem Werbebeitrag im Anzeiger hieß es, dass „in die große nationale Sammlungsbewegung“ alle gehören, die „sich nicht die Siegesfreude vergällen lassen“ und die nicht bereit sind, „alle eroberten Gebiete ohne alle Garantie zu räumen“. Es gehe nicht um Verständigung, sondern um einen Frieden, „der uns reich macht“.

Auf der Gründungsversammlung der Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei im Schwarzen Adler erklärte Dr. Spieß, die Partei wolle alle sammeln, „die einen festen Siegeswillen“ haben und „ein Bollwerk sind gegen die, welche den Mut verlieren“. 412 Pirnaer wurden sofort Mitglied und „wählten auf Zuruf“ Dr. Spieß zum Vorsitzenden der Stadtorganisation.

Ende November riefen halbseitige Annoncen im Anzeiger zur ersten Großveranstaltung der Vaterlandspartei mit dem Thema „Der künftige Frieden“. In überfüllter Saal wetteuerte der Ortsvorsitzende „gegen unsere gierigen Feinds“ und forderte, dass „aus den Strömen von Blut“ endlich „reicher Sagen als Lohn für das todesmutige Ringen der Kämpfer erblühen“ müsse. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Wildgruber „zerpflückte“ die Argumente der Anhänger eines „Verständigungsfriedens“ und erklärte, dass die deutschen Kriegsziele nicht durch Verhandlungen, sondern „nur durch das Schwert erkämpft werden können“ und dass Deutschland „agrarisches Landerweiterung im Osten“ brauche. Nur „durch Kampf und Sieg“ komme man zu einem Frieden, der Entschädigungen für die Verluste verspreche, „das walte der allmächtige und deutsche (!) Gott!“ Die Versammelten waren hingerissen, der Beifall wollte kein Ende finden, Hochs auf Kaiser und Reich wurden ausgebracht und „Deutschland, Deutschland über alles“ angestimmt.

Am gleichen Tag wurden im Sachsenwerk Flugblätter mit der Überschrift „Auf zur Friedensdemonstration!“ durch die Arbeiter Johann Kohler und Hermann Hentzschel verteilt. Sie wurden gefasst und zu mehreren Wochen Gefängnis verurteilt, „da die Aktion geeignet war, die Kriegführung lahm zu legen und hart an Landesverrat grenzte“. Die Friedenssehnsucht hatte eine reale Grundlage: Die Zahl der Gefallenen wuchs ins Unvorstellbare, und immer mehr Familien wurden in Not, Elend und soziale Ungewissheit gestürzt. Auf einer Lehrerkonferenz in Schandau gab z. B. der Bezirksschulinspektor Reil aus Pirna bekannt, dass von den 520 Lehrkräften, die vor dem Kriege im Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna tätig waren, 240 „im Felde stehen“. Von ihnen waren bereits 41, d. h. 17 Prozent, gefallen, viele vermisst und zu Krüppeln geschossen. Anlässlich einer „Gedächtnisfeier für die Gefallenen“ wurde im Realgymnasium der an den Fronten gestorbenen ehemaligen Schüler gedacht. Mit makaber wirkendem patriotischem Stolz wurde verkündet, dass „die Gesamtzahl der bisher dem Krieg zum Opfer gefallenen früheren Schüler nahezu hundert beträgt“.

Mit dem zu Ende gehenden Jahr 1917 schienen die Chancen auf Frieden zu wachsen, denn auch in England und vor allem in Frankreich zeigte sich Kriegsmüdigkeit. An der Westfront waren die Alliierten verlustreich gegen die „Hindenburg-“ oder „Siegfriedlinie“ angerannt, und auch andere Offensiven waren unter großen Opfern gescheitert. Die amerikanischen Kontingente waren noch nicht auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen. Die französische Armee schien ausgeblutet, und es kam verbreitet zu Meutereien. Die deutschen Durchhaltepolitiker erhielten Oberwasser, zumal sich auch in Russland die Lage in der von der deutschen Heeresleitung gewünschten Weise entwickelte. Denn dort hatte Lenin, der mit deutscher Hilfe aus seinem Exil in der Schweiz zurückgekehrt war, mit seiner Losung „Frieden um jeden Preis“ die kriegsmüden Massen revolutioniert, und am 7. November (nach russischem Kalender am 25. Oktober) wurde die bürgerliche Regierung, die den Krieg nach der Februarrevolution weitergeführt hatte, gestürzt. Bereits am nächsten Tag richtete die neue Revolutionsregierung einen Appell an die kriegführenden Staaten und Völker, einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen abzuschließen.

Der Pirnaer Anzeiger berichtete am 10. November über „die neue Revolution in Russland“ und den Sturz der Regierung, „die alle entgegengesetzten Meinungen unterdrückt und die Glut geschürt“ habe. Lenins Forderung nach einem Waffenstillstand wurde begrüßt, eröffnete sie doch für Deutschland die Möglichkeit, aus dem Zweifrontenkrieg herauszukommen. Weniger sympathisch fand die Zeitung den Vorschlag, auf Annexionen zu verzichten, widersprach dies doch den weitgesteckten deutschen Kriegszielen. Die Menschen verfolgten mit Spannung die Ereignisse im Osten und lasen mit Genugtuung, dass „die russischen Soldaten ihre Bajonette in den Boden pflanzten“ und sich weigerten, weiter zu kämpfen. Und als dann das offizielle russische Waffenstillstandsangebot bekannt wurde, erschien sofort eine Sonderausgabe des Anzeigers, „die große Wirkung auf die Bevölkerung“ ausübte. „Die freudige Erregung über diese Nachricht sprang wie ein Lauffeuer durch die Straßen. Überall sah man eifrig sich unterhaltende Gruppen, und einer rief dem anderen die Nachricht zu. Das ist begreiflich nach so langer Kriegszeit“, hieß es im Anzeiger. Euphorisch erklärte man „den Ausfall Russlands“ zur „Wende des Krieges“, die den „Siegfrieden“ in greifbare Nähe rücke.

Doch geflissentlich wurde das Rumoren im eigenen Lande ignoriert. In Pirna herrschte schon lange eine gereizte Stimmung, weil die hungernden Menschen bei der Belieferung der Lebensmittelkarten immer wieder hingehalten und dazu noch von den Händlern „wie der letzte Dreck“ behandelt wurden. Der Anzeiger veröffentlichte „zur dringenden Mahnung“ Beispiele, „dass Geschäftsleuten der Handel untersagt wurde, weil sie sich ungebührlich dem Publikum gegenüber benommen haben“. Hinzu kam, dass die Pirnaer sich nach der Ernte eine Erhöhung der Kartoffelration versprochen hatten. Nun lasen sie in der Zeitung, „dass eine Erhöhung nicht in Aussicht genommen werden kann“, da die Eisenbahn nicht in der Lage sei, die Kartoffeln heranzuschaffen. Auch würden Kartoffeln zum Brotstrecken benötigt, und die Pferde mussten wegen des fehlenden Hafers mit Kartoffeln gefüttert werden. Die Missstimmung wurde dadurch verstärkt, dass zwar immer wieder Maßnahmen gegen Schleichhandel und Lebensmittelschieber angekündigt wurden, aber sich nichts änderte. In Copitz z. B. wurde mehr durch Zufall eine „Geheimschlachterei“ ausgehoben, die der Dachdeckermeister H. betrieb. Die Polizei fand mehrere Lager mit Fleisch, aber auch mit anderen Lebensmitteln und raren Waren des täglichen Bedarfs. Aus der Zahl der gefundenen Schinken ging hervor, dass der windige Meister in einem Zeitraum von vier Wochen unbehelligt mindestens sechs Schweine geschlachtet hatte. Peinlich war, dass unter den Abnehmern der Schwarzschlachterei „eine ganze Reihe der angesehensten Leute von Pirna und Umgebung“ waren, bei denen gleichfalls „Hamsternester“ ausgehoben wurden. Das Dresdner Amtsgericht verurteilte den Lohmener Mühlenbesitzer W. zu 43.667 Mark Geldstrafe oder zwei Jahren Gefängnis sowie Veröffentlichung des Urteils im Pirnaer Anzeiger wegen Schleichhandels mit Mehl. W., der sich bereits zu Beginn des Krieges strafbar gemacht hatte, verkaufte rationiertes Mahl mit hundertprozentigem Aufschlag frei an befreundete Bäcker.

An den Weihnachtsfeiertagen 1917 versank das Land im Schnee. „Drinnen in den Stuben gab es diesmal freilich nicht den gewünschten Lichtarglanz“, schrieb der Pirnaer Anzeiger. „Nur hie und

da schimmerte ein vereinsamtes Kerzlein, vielfach blieben aber die Fenster ganz dunkel.“ Der offizielle Weihnachtsleitartikel im Anzeiger war wie üblich martialisch abgefasst und atmete den Geist der neuen Deutschen Vaterlandspartei. Diese vierte Kriegswihnacht hätte vor den voraufgegangenen voraus, dass „unsere Siegeszuversicht Siegesgewissheit geworden ist“. Und wenn auch „Abertausende der Väter noch immer fern von Vaterland und Kindern“ Weihnachten begehen mussten, so würde „die frohe Aussicht, sieggekrönt in die Heimat zurückzukehren, sie durchhalten lassen“. Dabei waren die Verhältnisse so trostlos wie nie zuvor. An einen Weihnachtsbraten war überhaupt nicht zu denken, und die Anzeiger-Leser machten sich Luft: „Wo bleiben die Heringe? Vor nicht langer Zeit wurde mitgeteilt, dass reiche Heringsfänge gemacht worden seien. Wo stecken sie aber? Für die große Masse existieren Gänse und Hasen nur noch in der Sage. Es würde deshalb freudig begrüßt werden, wenn man zum Weihnachtsfeste wenigstens einige Heringe hätte!“

Der Pirnaer Weihnachtsmarkt war „unter dem Druck der Kriegsnot“ nur ein „trübseliger Schatten seiner selbst“ mit vier Buden mit „dürftigem Massenspielzeug“ und „Goldschmuck für den lichterarmen Christbaum“. Die sonst üblichen Stände der Pfefferküchler fehlten, weil die „Reichsgetreidestelle“ die Herstellung von Lebkuchen verboten hatte.

Ein „Kriegseinheitsstiefel für die Zivilbevölkerung“⁵ sollte über den Winter helfen: „Der zunehmende Mangel an Leder zwingt dazu, die Herstellung von Lederstiefeln auf ein Mindestmaß einzuschränken. Als hauptsächlichstes Material für Schuhwerk wird in Zukunft Holz für die Sohle und Stoff für den Schaft in Frage kommen. Hierdurch wird es möglich sein, eine Steigerung der Produktion herbeizuführen, wodurch die Beschaffung von Schuhwerk wesentlich erleichtert wird“, erläuterte der Anzeiger. Leider müsse dafür aber die Herstellung von Hausschuhen eingeschränkt werden, „um das verfügbare Material in erster Linie für das Straßenschuhwerk bereitzustellen“ Um die Eisenbahn „für Rüstungszwecke, Volksernährung und Kohlenversand frei zu machen“, war vor den Weihnachtsfeiertagen der Personenverkehr über die bisherigen Einschränkungen hinaus noch einmal „ganz erheblich eingeschränkt“ und der Preis verdoppelt worden. Um Kohlen zu sparen, wurde die Heizung in den Fernzügen auf zehn Grad herabgesetzt und im Stadt- und Regionalverkehr ganz eingestellt. Diese „ungeheuerlichen Reiseeinschränkungen“ würden von der „unerbittlichen Kriegsnotwendigkeit dringlich gefordert“, weil „bei der Ausdehnung der Kriegsschauplätze die Anforderungen an den Güterverkehr ins Riesenhafte gewachsen sind“. Das reisende Publikum müsse sich „willig oder unwillig“ mit den neuen Kriegerschwernissen abfinden.

Im Straßenverkehr war es nicht anders. Die knappe (Voll-)Gummibereifung und fehlendes Benzin zwangen zu einschneidenden Zwangsmaßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr. Die Besitzer der wenigen noch zugelassenen Fahrzeuge wurden auf die Benutzung „federnder Bereifung“ verwiesen, da ab Jahresbeginn 1918 Gummibereifung überhaupt nicht mehr frei gegeben würde. Die Bierproduktion wurde kurz vor dem Fest radikal gedrosselt und diente „in erster Linie zur Deckung des Bedarfs des Feldheeres und der Rüstungsarbeiter“. Darüber hinaus wurde der Stammwurzgehalt des Bieres auf zwei Prozent gesenkt. „Wie weit wir damit bei der Bierverdünnung gelangt sind, geht daraus hervor, dass im Frieden die Normalbiere einen Stammwurzgehalt von zehn bis zwölf Prozent hatten. Zuletzt war für das Dünnbier eine Stammwürze von drei Prozent festgelegt. Also jetzt verdünntes Dünnbier?“, fragte der Anzeiger.

Da an Weihnachtzigarren oder einen guten Tabak für das Festtagspfeifchen überhaupt nicht zu denken war, fragte ein Leser im Anzeiger an, ob Rosenblätter als Tabakersatz in der Pfeife schädlich seien. Er habe sie versucht und „als Streckungsmittel des Tabaks nicht übel gefunden“. Die Zeitung antwortete: „Du kannst unbesorgt schmauchen. Was Besseres als Rosenblätter und Unschädlicheres zugleich kannst du nicht bekommen.“

Unter der Überschrift „Zahlen erröten nicht!“ brachte der Anzeiger in der Vorweihnachtszeit Beispiele für schamlosen Wucher. Die Preise für Kinderschürzen waren um das Sechsfache, für Kleiderstoff um das Zehnfache, für Hüte um das Fünffache gestiegen. Für Papierstoff mit seinen geringen Herstellungskosten mussten zehn Mark je Meter bezahlt werden. Aber auch Haushaltsgegenstände wie Kochtöpfe kosteten das Zehnfache, Glaswaren das Vierfache. Die Kriegs-

gewinnler könnten sich mit wüsten Spekulationen die Taschen stopfen, und „es ist seltsam, dass die Reichsregierung mit verschränkten Armen steht und der Reichstag an all diesen inneren Wirtschaftsfragen vorübergeht“, kritisierte der Anzeiger.

Als das „unbestritten schönste Weihnachtsgeschenk“ wurde eine „deutsche Papier-(Fahr-)Radbereifung“ für 27 Mark angepriesen. Die Papier-Radbereifung-Fabrik Ziegner und Berner in Niedersedlitz rühmte „den ruhigen, leichten Gang, die Wetterfestigkeit, die jahrelange Haltbarkeit, des elegante Aussehen der Bereifung“.

Besonders trostlos war das Weihnachtsfest im Pirnaer Kinderheim. Der Frauenverein, der sich der Kinder in der „Bewahranstalt“ angenommen hatte, teilte mit, „dass mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit der Beschaffung der gewohnten Geschenke von der üblichen Weihnachtsbescherung für die Pfleglinge abgesehen wird“.

Der „Hausdichter“ des Anzeigers machte Front gegen die misslichen Verhältnisse und den aufkommenden Pessimismus:

Was ist das für ein Klagen und ein Jammern?
Ist wirklich schon die deutsche Not so groß?
Wenn nicht bis oben 'ran gefüllt dia Kammern,
Dann geht beim Michel schon die Sorge los.

Bis heute ist wohl jeder satt geworden,
Wann er bescheiden und vernünftig war;
Freilich Gaumenkitzel, Leckereien, Torten,
Die sind und bleiben lange Zeit noch rar!

Realität aber war, dass in der Weihnachtswoche je 125 Gramm Grieß, Marmelade, Hülsenfruchtbrot und Suppenmehl an unterschiedlichen Tagen aufgerufen wurden. Als Extra für die Weihnachtsfeiertage wurden auf Marken 250 Gramm (Kinder die Hälfte) Wurstwaren, eine Fischkonserve und ein Ei abgegeben.

Fronteinsatz für Streikende

Nach dem Jahreswechsel 1917/1918 schlug der Winter zu. Schneestürme jagten über das Land, türmten den Schnee meterhoch auf, sodass vielerorts die Schneepflüge stecken blieben und die Straßen per Hand freigeschaufelt werden mussten. Oberhalb von Pirna begann sich das Eis auf der Eibe zu stauen, und bei Rathen konnte man bereits den Fluss mit Fuhrwerken überqueren.

Krisensitzungen, auf denen über die katastrophale Brennstoffversorgung beraten wurde, hatten als Ergebnis die Erkenntnis, „dass keine Aussicht auf Zuführen von Kohlen besteht“.

Auch die „Kriegsstelle für Gemüse und Obst“ informierte, "dass die Kartoffelvorräte schon übermäßig in Angriff genommen worden“ seien, und kündigte an: „Die Kohlrübe (im Volksmund „Hindenburg-Kartoffel“ genannt) kommt wieder! „Die Gemeindeverwaltungen mussten bei den Bauern die Bestände ermitteln, und „alles wies darauf hin, dass die Hoffnung, die Kohlrübe werde diesmal der Viehfütterung vorbehalten und der Mensch verschont bleiben, trügerisch war“.

Die Bauern schlugen Alarm, weil sie selbst und viele ihrer Landerbeiter ohne festes und dichtes Schuhwerk waren. Winterarbeiten mussten deshalb liegen bleiben, und die Frühjahrsbestellung war gefährdet. Der Anzeiger attackierte „Meckerer“, die sich darüber mokierten, dass in der Stadt immer mehr Passanten „mit gewöhnlichen Holzsohlen“ und „holländischen Holzschuhen“ durch die Gassen klapperten und damit die Nerven der Anwohner strapazieren würden. Der Anzeiger bemühte einen „Feldgrauen“, der den Nörglern die Meinung sagte: „Kommt nur an die Front, da werdet ihr euch die klapperscheuen Nerven schon abgewöhnen!“

Und im Übrigen, so die Zeitung, gebe es bereits weniger klappernde, elegantere Holzsohlen: „Was in der letzten Zeit von der Schuhindustrie geliefert wurde, kann sich an Schönheit, und

Geschmeidigkeit mit der verflossenen Ledersohle beinahe messen. Also Geduld! Wir werden uns an die Holzsohlen auch noch gewöhnen.“

Bisher war höchst offiziell erlaubt, dem Tabak als Zusatzstoffe Hopfen- und Buchenlaub beizumischen. Jetzt legte der Finanzminister fast, dass Tabakmischungen auch dann nach als Tabak bezeichnet werden durften, wenn der Tabakanteil mehr als fünf Prozent betrug. „94,5 Prozent können also Unkraut jeder Art sein, wenn 5,5 Prozent Tabak dazu kommen, dann adelt dieser bescheidene Zusatz das ganze unedle Gemisch. Ob dieser Nachricht werden die Raucher ihr Gesicht, die übrige Menschheit die Nase verhüllen“, kommentierte der Anzeiger.

Im Rahmen einer Aktion, Reserven aufzudecken, hatte der Pirnaer Anzeiger festgestellt, dass die Toten nachwievor nach alter Sitte mit Schuhen und den besten Gewändern bestattet wurden. „Bei der dringenden Notwendigkeit, unsere Vorräte an Web- und Schuhwaren mit allen Mitteln zu strecken, liegt es im Interesse des Volksganzen, die Toten in Gewändern aus Papierstoff zu beerdigen.“ Das verstoße in keiner Weise gegen das Pietätsgefühl, sondern geschehe im Dienste „höherer Pflichten, die man willig auf sich nehmen muss“.

Während sich die Redaktion des Pirnaer Anzeigers sichtlich widerstrebend im Lokalteil mit den Kriegsnoten beschäftigen musste, tönnte auf der ersten Seite forsche Siegesgewissheit. Mit einem „Glück auf 1918!“ wurde das neue Jahr begrüßt:

Glück auf, mein Volk! Du hast in höchsten Ehren
Den Kampf bestanden um dein Herrenrecht.
Kein Neidling darf den Siegespreis dir wehren;
Denn kraftvoll bleibst du, kühn und ungeschwächt.

Der Sachsenkönig dankte seinen „todesmutigen Kämpfern“ und erwartete auch im neuen Jahr, „dass sie ihre Pflicht tun werden bis zum glorreichen Endsieg“. Und der Kaiser schwadronierte in seinem Neujahrsgruß „An das deutsche Heer und die deutsche Flotte“, dass „das deutsche Volk in Waffen überall Gewaltiges errungen“ habe, sein „stählerner Wille“ Zuversicht für das Jahr 1918 gebe und es den Feinden nicht gelingen werde, „Deutschlands Weltstellung zu zertrümmern“. Darum: „Im Vertrauen auf unsere Kraft vorwärts mit Gott zu neuen Taten und zu neuen Siegen!“

Ein General von Falk veröffentlichte im Anzeiger einen „Aufruf an die Jugend“, um deren Eignung als künftiges „Kanonenfutter“ er sich offenbar Sorgen machte: „Draußen (...) geht unablässig weiter das gewaltige Ringen um Deutschlands Führung und Größe. Eure Väter und Brüder stehen im heißen Kampfe und vergießen ihr Blut für euch. (...) Wie wollt ihr ihnen danken? Nicht mit Worten allein! Eisern ist die Zeit. Sie verlangt Opferfreudigkeit nicht nur von unseren Heldenkämpfern im Felde, sondern auch von euch in Haus, Schule und Arbeitsstätte. Haltet euch fern von niedrigen Zerstreungen, schlechten Büchern, unsauberem Leben! (...) Mit Leib und Seele gehört ihr dem Vaterlande. Stähle deinen Körper und mehre unseres Volkes Wehrkraft!“

Ende Januar 1918 konnte der Pirnaer Anzeiger seinen Lesern nicht mehr länger verheimlichen, dass die Großstädte und Industriezentren, vor allem aber Berlin, von Streiks erschüttert wurden. Bergarbeiter protestierten, weil sie hungrig zur Schicht mussten, 2000 Leipziger forderten auf einer Massenkundgebung sofortige Friedensverhandlungen, und seit dem 28. Januar streikten 500.000 Berliner Rüstungsarbeiter und verlangten Frieden, mehr Lebensmittel, Freilassung der politischen Gefangenen und Demokratisierung .

„Von unverantwortlicher Seite wird gegenwärtig versucht, in die Arbeiterschaft den Gedanken des politischen Generalstreiks hineinzutragen“, hieß es im Anzeiger. Die Arbeiter sollten dazu verführt werden, „im entscheidenden Augenblick des Krieges die Arbeit niederzulegen und die kämpfenden Brüder an der Front wehrlos zu machen“. Die Zeitung appellierte an „alle national fühlenden Arbeiter“, den Aufwiegelungsversuchen entgegenzutreten, eingedenk der Hindenburgschen Mahnung: „Streik ist Landesverrat!“ Das Militärkommando in Sachsen erließ „eine ernste Warnung“ an die Arbeiter, „den unter Mitwirkung von feindlichen Agenten verbreit-

teten Flugblättern Gehör zu geben und keiner Aufwiegelung zum Streik Folge zu leisten, vielmehr alle Hetzer zur Anzeige zu bringen“. Als wirksame Drohung behielten sich die Militärs vor, „im Falle eines Ausstandes sämtliche Befreiungen vom Heeresdienst bei allen, die sich am Streik beteiligen, rückgängig zu machen“. Der Anzeiger lobte Sachsens Evangelisch-Nationalen Arbeiterverein, der „sofort den Ausständigen ins Gewissen geredet, ihre Handlungsweise scharf verurteilt“ und folgenden Aufruf erlassen hatte: „Die von unverantwortlicher Seite unternommenen Versuche, die Arbeiterschaft zu Generalstreik und Revolution aufzufordern, haben leider teilweise Arbeitseinstellungen zur Folge gehabt. Deutsche Brüder, wollt ihr den an den Fronten Stehenden, die euch Heim und Herd schützen, in den Rücken fallen? Wollt ihr Verrat üben?“ Die eigenen Mitglieder wurden aufgefordert, „sich nicht zu den Verrätern zu gesellen“. Auch die christlichen Gewerkschaften wandten sich gegen die Streiks, „die den Frieden verzögern“ würden, und setzten sich „energisch für die ungekürzte Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft“ ein.

Anfang Februar meldete der Anzeiger, dass die Streikbewegung „leider auch auf unseren Bezirk übergegriffen hat“. Etwa 400 Arbeiter des Pirnaer Stahlwerkes seien in den Ausstand getreten, hätten sich aber „ruhig verhalten“ und erklärt, „nicht gegen das Werk zu demonstrieren“, sondern ausschließlich wegen besserer Lebensmittelversorgung und eines baldigen Friedens die Arbeit niedergelegt zu haben.

Das sächsische militärische Generalkommando machte kurzen Prozess: Per Verordnung wurden in den streikbedrohten Betrieben militärische Leiter eingesetzt, wodurch Streiks unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt wurden, und Streikende, die vom Fronteinsatz zurückgestellt waren, wurden eingezogen.

Am 6. Februar hieß es im Anzeiger erleichtert, dass der letzte bestreikte Betrieb der Region, die Firma Rockstroh in Heidenau, die Arbeit wieder aufnahm. Sofort war man wieder obenauf: „Jetzt ist uns der Endsieg unentziehbar“, und „unser Schwert wird unseren Feinden den Friedenswillen aufzwingen“.

Der Streik, so hieß es in einem Kommentar, sei das Werk „gewissenloser Volksverhetzer und letzten Endes gedungener feindlicher Agenten“ gewesen, die mit ihren Losungen „die Volksseele ins Kochen gebracht“ und das „deutsche Erbübel, die Nörgelsucht“, forciert hätten. Wenn auch zumeist nur „ungelernte, jugendliche und weibliche Arbeiter zu Mitläufern der Demonstrationen geworden“ seien, so hätten die Folgen der Streiks doch gezeigt, „wohin eine im Ziel verfehlte, in den Mitteln falsche und in den Folgen gefährliche Demonstration der Massen führen kann“.

Und Dr. Spieß, der Vorsitzende der Pirnaer Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei, attackierte die Streikenden als „Verzichtfriedler“, die mit ihrer Bereitschaft, auf Annexionen zu verzichten, „einen Spalt in das deutsche Volk gebracht“ hätten. Das „fortwährende Friedensgewinsel“ führe keinen Frieden, den Deutschland brauche, herbei, nämlich einen Frieden, der Deutschlands Kriegskosten mit Landgewinn und Rohstoffen aufwiegen würde.

Im Frühjahr 1918 blieb dem völlig zerrütteten revolutionären Russland keine andere Wahl, als am 3. März den von Deutschland diktierten Frieden von Brest-Litowsk zu unterschreiben. Die erpresserischen Bedingungen, die die deutsche Seite stellte, vermitteln einen Eindruck davon, was Deutschland unter „Siegfrieden“ verstand: Russland verlor riesige Territorien, 46 Millionen Einwohner, die lebensnotwendigen Getreidegebiete, 90 Prozent seiner Kohlengruben, über die Hälfte seiner Industrie und fast alle Erdölquellen. Der Pirnaer Anzeiger bejubelte „unsere Riesenbeute“ und druckte mehrere Kaisertelegamente, die „das deutsche Schwert“ und „Gottes Walten“ rühmten, denen dieser Erfolg zu danken sei. Die Pirnaer nahmen die Nachricht vom Frieden im Osten mit Erleichterung auf, und wie lange nicht „prangte die Stadt in reichem Fahnen-schmuck“.

Dem sächsischen König allerdings schwante, dass das noch lange nicht der Endsieg war, und er „betete zu Gott, dass er auch in Zukunft bei den uns noch bevorstehenden Kämpfen meine Armee behüten wolle bis zum endgültigen Siege auch über unsere anderen Feinde“.

Unter der Überschrift „Der Aufstieg Deutschlands“ veröffentlichte der Anzeiger einen Triumph-Kommentar: „Unser Frieden mit Russland leitet eine neue Epoche der Weltgeschichte ein. Mit

ihm beginnt eine Ära unbestreitbarer deutscher Weltherrschaft, die versuchen wird, alle die unübersehbaren Hilfsmittel der russischen Welt zu organisieren. Wir wünschen unseren Platz an der Sonne zu behaupten und Ellenbogenfreiheit in der Welt.“

Gleichzeitig räumte die Zeitung ein, dass nicht allen nach Jubel zumute war. Die Bürgermeister z. B. hätten seit Kriegsbeginn Geschäfte zu erledigen, um die sie nicht zu beneiden seien. Sie müssten „täglich trübe Bilder sehen“ und „Leid und Trauer zahlloser Familien“ erleben. Bei den Bauern mussten sie Lebensmittel eintreiben und Strafen verhängen, was sie in die Lage von Gerichtsvollziehern bringe. Und um allem die Krone aufzusetzen, war nun auch noch die Anweisung zur Bekämpfung der Sperlinge gekommen, die, so wurde begründet, Löcher in die Getreidevorräte fressen würden. Den Bürgermeistern wurde deshalb die Bekämpfung der den „Endsieg“ gefährdenden Spatzen „zur Pflicht gemacht“. Sie wurden angewiesen, die Nester in den Dachrinnen entfernen zu lassen, Fangtrupps mit Netzen auszurüsten, „zuverlässigen Personen“ Abschussgenehmigungen zu erteilen und fünf Pfennige je erlegten Spatz aus der Gemeindekasse zu zahlen. Noch mehr Kopfzerbrechen machte eine andere Anordnung. Angesichts der knappen Getreide- und Kartoffelvorräte wurde angewiesen, den Schweinebestand sofort radikal zu reduzieren. Der Mensch könne wohl auf Fett, nicht aber auf Brot und Kartoffeln verzichten. Ein Schwein benötige täglich zwei Pfund Getreide, ein Mensch aber bekomme nur 200 Gramm. „Für die Wintermonate stehen dem Menschen zwei Zentner Kartoffeln zur Verfügung, das Schwein aber braucht in dieser Zeit 20 Zentner“, begründete der Anzeiger den „organisierten Schweinemord“. Die Hälfte der Schweine zwangszuschlachten, sei hart, „aber über allem stehe die Not des Vaterlandes“. Die Bürgermeister hatten die Bauern zu überzeugen und zu sichern, dass alle Schweine über 40 Kilogramm umgehend abgeliefert wurden.

Griff in die bürgerlichen Kleiderschränke

„Der Kaiser selbst Führer der Schlacht“, titelte der Pirnaer Anzeiger am 24. März 1918. Bereits in der Nacht war in einer Extraausgabe verbreitet worden, dass „die große deutsche Offensive im Westen zum Schrecken unserer Gegner mit einem wuchtigen Schlag eingesetzt hat“. Der Leitartikler jubelte: „Der Flug des deutschen Aars wird immer stolzer. Von einem „weichen Frieden kann keine Rede mehr sein.“ Die Siegesmeldungen überstürzten sich, und von zehntausenden Gefangenen war die Rede. Der Sieg sei so überwältigend, weil die deutschen Truppen „ein neues, geheimnisvolles Gas von außergewöhnlicher Wirksamkeit“ eingesetzt hätten. In offiziellen Verlautbarungen wurde von einem „vollständigen Sieg“ gesprochen, und der Kaiser eilte an die vorderste Front, um persönlich Eiserne Kreuze zu verteilen. Fast täglich erschienen Extrablätter des Anzeigers mit Sondermeldungen, die „den Boten förmlich aus den Händen gerissen und laut auf den Straßen vorgelesen wurden“. Pirna prangte in „Freudenfahnen“.

Doch nach dem Osterfest, das in Siegeslaune begangen wurde, musste die Zeitung zurückrudern und erfolgreiche Gagenangriffe des Feindes kleinlaut einräumen. Was war geschehen? Nach dem Ende des Krieges im Osten spielte die Oberste Heeresleitung va Banque und wollte den Sieg mit einer Großoffensive im Westen erzwingen, bevor das Gros der frischen amerikanischen Truppen an der Front eingetroffen war. Unter Einsatz der letzten Reserven an Menschen und Material gelangen Geländegewinne, doch scheiterte der Angriff im Feuer von 800 englischen Panzern, denen auf deutscher Seite lediglich zehn gegenüberstanden. Zwei weitere opferreiche Offensiven ließen die deutschen Truppen ausbluten und bereiteten die endgültige Niederlage vor.

An der Heimatfront wurde verzweifelt versucht, mit der 8. Kriegsanleihe die Löcher in der Kriegskasse zu stopfen. In allen Orten wurden die Menschen zu Versammlungen gerufen, in denen getrommelt wurde: „Das Vaterland erwartet von jedem deutschen Mann und von jeder deutschen Frau, dass sie restlos ihre Pflicht erfüllen. Heraus mit dem Geld fürs Vaterland! Das Vaterland läutet Sturm! Kriegsanleihe zeichnen! Alle Mann an die Zahlfront!“ „Dein Geld von heute ist der Frieden von morgen!“, titelte der Anzeiger. Wer Deutschland unbesiegbar erhalten wolle,

der müsse mit der 8. Kriegsanleihe dem Heer die notwendigen Waffen in die Hand geben. „Durch die Waffen siegt unser Heer. Durch den Sieg erringen wir den Frieden. (...) Das Geld der Kriegsanleihe verwandelt sich nur scheinbar in Kriegsmaterial. Das ist nur eine Durchgangsform zur Sicherung der Ehre, der Freiheit und des Brotes.“ Und wenn jetzt nach den Friedensschlüssen im Osten und Südosten Getreide und Bodenschätze aus der Ukraine, Bulgarien und Rumänien heranrollen, „dann war das nur durch die früheren Kriegsanleihen möglich“. Mit der Zeichnung eines Betrages für die Kriegsanleihe stelle sich jeder „einen Bezugschein auf Ernährung, Bekleidung, Beschuhung und Wohlfahrt aus“.

Mit „vaterländischen Abenden“ im Pirnaer Schwarzen Adler und in den Gemeinden der Amtshauptmannschaft wurden die politisch-moralischen Daumenschrauben angezogen: „Wir stehen vor dem Tore des deutschen Friedens, wir leben im Zeichen einer Weltenwende, die Entscheidungsstunde über Sein und Nichtsein unserer Freiheit schlägt! Fest und treu steht der feldgraue Wall.“ Die 8. Kriegsanleihe zum überwältigenden Erfolg zu führen, sei „nicht nur eine Pflicht der Vaterlandsliebe, sondern Pflicht der Selbsterhaltung“. Und: „Segen von Kindern und Kindeskindern über alle, die mit ihrem Geld helfen, dass das Werk vollendet wird!“ Jeden Tag klopften im Anzeiger „Mahnsprüche“ die Zögerer weich: „Der Staatsbürger, der nicht seine Pflicht gegen den Staat erfüllt, gefährdet die Ehre seines Volkes! Ehre verloren, alles verloren!“ - „Ehrlos der, der Kriegsanleihe zeichnen könnte und es nicht tut!“

Der letzte Sonntag vor Zeichnungsschluss wurde nicht nur zum „Nationalzeichnungstag“, sondern auch zum „Heldengedenktag“ ausgerufen, an dem, soweit noch nicht geschehen, „jeder Deutsche seinen Dank an die Fronthelden durch eine erkleckliche Summe für die Kriegsanleihe abstaten“ sollte.

Über zehn Millionen Mark wurden allein in Pirna gezeichnet. Und da die Zeichnungsbereitschaft erlahmt war, sprangen die Sparkassen ein und zeichneten eigenmächtig aus den Guthaben ihrer Kunden: 1,2 Millionen die Pirnaer Sparkasse, 250.000 die Kasse in Copitz, 150.000 die Lohmener, 250.000 die Gottleubaer usw. Der Anzeiger bejubelte das Ergebnis als überzeugendes Bekenntnis, „standzuhalten, solange es nötig ist“.

Doch die Kriegskosten waren längst aus dem Ruder gelaufen und nicht mehr durch Kriegsanleihen zu decken. Neue „Reichssteuern“ sollten die Fehlbeträge decken. Von der Erhöhung der Biersteuer erhoffte man sich einen Mehrertrag von 330 Millionen Mark im Jahr. Durch die Monopolisierung des Branntweinhandels in Staatshand rechnete man mit 847 Millionen mehr, von einer zusätzlichen Weinsteuern mit 123 Millionen. Auch alkoholfreie Getränke wurden steuerpflichtig gemacht und der Ertrag mit 51 Millionen veranschlagt. Die bisherigen Steuern sollten wesentlich verschärft werden und zusätzlich bis zu 800 Millionen Mark bringen. Durch die Erhöhung der Postgebühren erwartete man 125 Millionen Mark, doch den höchsten Zuwachs an Staatseinnahmen erhoffte man mit einer Milliarde Mark von einer Warenumsatzsteuer,

Im Alltag der Menschen bedeutete dieses Riesepaket an „Kriegssteuern“ weiteres Ansteigen der Preise, Verschärfung der Not der Massen und weitere Zunahme der Kriegsverdrossenheit.

Im Mai 1918 gab der Pirnaer Anzeiger bekannt, dass wegen „der außerordentlichen Inanspruchnahme der Bahn für die Kriegführung“ die sonst üblichen Fahrten zu Himmelfahrt und Pfingsten unterbleiben müssten. Den Besuchern der Sächsischen Schweiz wurde nahegelegt, nur Wanderungen zu Fuß zu unternehmen. Es sei „vaterländische Pflicht“, die Bahn während der Feiertage nur für unaufschiebbare Reisen zu benutzen.

Doch das war nicht die einzige Meldung, die die Feiertagslaune dämpfte. Wiedermal wurde die Kürzung der Brotationen angekündigt und erklärt, dass die Brotversorgung erst besser würde, „wenn aus der Ukraine Brotgetreide herausgeholt wird“. Man habe sie nicht von den Bolschewisten gesäubert, „damit dort gegen unsere Interessen gearbeitet wird“. Es müsse „dort endlich energischer durchgegriffen und wenn nötig Gewalt angewendet werden“. Wenige Tage später wurde dann tatsächlich die tägliche Mehlmenge für die Brotversorgung von 200 auf 180 Gramm herabgesetzt. „Das ist ein schwerer Schlag, der die am härtesten trifft, die in keiner Weise in der Lage sind, sich irgendwie Ersatz zu schaffen“, hieß es in einer Zuschrift.

Die Behörden gingen gegen Bäcker und Händler vor, die aus Mitleid mit den Hungernden Brotmarken „im Voraus“, bevor die Abschnitte aufgerufen waren, belieferten. Darin, so der Anzeiger, liege eine außerordentlich große Gefahr für die gesamte Brotversorgung. Die Amtshauptmannschaft drohte bei Wiederholung mit der Schließung von Geschäften und Bäckereien, Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Bäcker nicht in Versuchung zu bringen und „jeweils nur fällige Brotmarken vorzulegen“. Auch die Landesfleischstelle ordnete an, nur noch höchstens 300 Gramm Fleischwaren je Monat zu verkaufen. Das sei ein Opfer, „das in Hinblick auf die Waffenerfolge wohl jeder gern auf sich nehmen wird“. Die Landwirtschaft forderte sogar noch radikalere Kürzungen der Fleischrationen, um „die scharfen Eingriffe in die Viehbestände“ zu verhindern. Angesichts der katastrophalen Schuhversorgung mahnte der Anzeiger, das nach vier Kriegsjahren noch vorhandene Schuhwerk zu schonen. Nicht nur von Kindern, sondern auch von den Erwachsenen wurde erwartet, während der warmen Jahreszeit barfuß zu gehen.

Mit Genugtuung vermerkte der Anzeiger, dass man vielerorts Leute beiderlei Geschlechts beobachten könne, die sich keineswegs scheuen, Holzsandalen ohne Strumpfe zu tragen. „Zur Streckung unserer Vorräte an Textilwaren ist es dringend zu wünschen, dass dieser Brauch sich immer mehr einbürgern würde. Leider gibt es immer noch viele, die davor zurückschrecken, sich mit bloßen Füßen auf der Straße sehen zu lassen, aus Furcht, sich vor ihren Mitbürgern lächerlich zu machen, Es ist nur notwendig, dass einige mit gutem Beispiel vorangehen, und der Bann ist gebrochen. Namentlich die Schuljugend beiderlei Geschlechts kann hier vorbildlich wirken.“

Immer wieder „beglückten“ amtliche Stellen die notleidenden Menschen mit „überflüssigen Ratsschlägen, die man mit sonderbaren Gefühlen liest“, hieß es in einer Leserzuschrift. So gab die Reichsstelle für Gemüse und Obst Hinweise, was man alles aus dem wenigen Angebotenen herstellen kann. „Wir sind der Meinung, dass die Zubereitung der Speisen die letzte Sorge der Reichsstelle zu sein braucht. Das Volk weiß schon, was es mit dem Obst und Gemüse macht, wenn man es denn überhaupt zu sehen bekommt!“

Und da die Arbeiterschaft in den Rüstungsbetrieben mit Streik drohte, weil auch die letzte Hose zerschissen war, wurden die Kommunen angewiesen, „an die wohlhabenden Kreise heranzutreten, bei denen noch ein gewisser Vorrat an Kleidung anzunehmen ist“, Der Bezirk Pirna erhielt die Auflage, 2700 Anzüge aufzubringen. „Wenn sich auch mancher nicht von seinen Kleidungsstücken trennen will, so muss unter den heutigen Verhältnissen von den Wohlhabenden erwartet werden, ihren persönlichen Bedarf einzuschränken und sich daran zu gewöhnen, mit einer viel geringeren Anzahl von Kleidungsstücken auszukommen. Es darf wohl in dieser ersten Zeit, die von jedem Opfer verlangt, den bessergestellten Kreisen des Bezirkes das Vertrauen entgegen gebracht werden, dass sie, dem großen Ganzen zuliebe, ihren eigenen Bedarf und ihre eigenen Wünsche einschränken und uns beim Durchhalten helfen werden“, erläuterte der Anzeiger den „Betuchten“ das Anliegen und sollte sich, wie sich zeigen sollte, arg getäuscht sehen. Denn „freiwillig“ waren die, die von anderen andauernd patriotisches Handeln forderten, nicht bereit, etwas herauszurücken. Und so appellierten der Pirnaer Stadtrat und die Räte der Gemeinden immer wieder an das vaterländische Gewissen der „Bessergestellten“, bis man schließlich drohen musste: „Wird der Bedarf nicht durch freiwillige Ablieferung gebracht, so muss zwangsweise Ablieferung erfolgen.“

Da die Bekleidungsnot und der Druck der Arbeiter immer größer wurden, entschloss man sich schließlich sogar, alle Sonnenvorhänge in den öffentlichen Gebäuden zu beschlagnahmen. 40 Millionen Quadratmeter Stoff sollte diese Aktion bringen, „welche zur Bekleidung der Zivilbevölkerung dringend gebraucht werden“. Als Ersatz für die beschlagnahmten Vorhänge sollte es welche aus „Papiergarn“ geben.

Wie hoffnungslos die Versorgung der Rüstungsindustrie mit Rohstoffen war, beweist eine Anordnung, die forderte nach dem Einschmelzen zahlreicher Kirchenglocken nun auch alle Denkmäler aus Metall zu erfassen, „um sie der Rüstung zu opfern“. Immerhin, so der Anzeiger, könne

man aus einer großen Bronzefigur einige Torpedorohre herstellen, Aber auch auf die schönen, alten Messingtürklinken in der Pirnaer Altstadt hatten die Metallbeschaffer ein Auge geworfen. Die Freunde der Altstadt sahen sich zum Widerstand herausgefordert: „es würde mit diesen zahlreichen alten, schönen Metalltürklinken, die zudem nicht selten auch noch besonderen kunstgewerblichen Wert haben, im Sinne des Heimatschutzgesetzes ein ehrwürdiger Schmuck unserer schönen alten Häuser verschwinden und damit ein unersetzlicher Verlust dem Stadtbilde zugefügt werden, wir meinen, dass sich unbedingt ein Weg finden lassen muss, um diese Schädigung zu verhüten.“

Das verbreitete Misstrauen der Heimat in die amtlichen Berichte von den Kriegsschauplätzen wurde dadurch verstärkt und die allgemeine Missstimmung aufgeheizt, dass die „Feldgrauen“ während ihres seltenen Urlaubs ein ganz anderes Bild von den Verhältnissen an der Front verbreiteten, als es die zensierten Zeitungen vorgaukelten. Der Anzeiger kritisierte die Soldaten, die sich „in der Öffentlichkeit ungeniert kritisch über die Lage und über das Wohleben der Offiziere“ äußerten.

Ein unfassbarer Skandal war, dass man die Kriegskrüppel, die man, solange sie zu kämpfen in der Lage waren, als „unsere feldgrauen Heldenkämpfer“ hofierte, ins soziale Elend fallen ließ. Sie schlugen sich als „Heeresentlassene“ mit Bettelei und Hausiererei durchs Leben, indem sie Streichhölzer, Postkarten u. ä. verkauften. Das sei, hieß es in einer Verlautbarung, „unerwünscht“, handle es sich doch „bei diesen Verletzten um solche, die sehr wohl noch bei einigermaßen gutem Willen auf irgendeinem Gebiete der Kriegswirtschaft Betätigung und Verdienst finden könnten“. Und da die Hausierer für ihre Geschäfte vornehmlich Schankstätten aufsuchten, wurden die Wirte vergattert, „das Betteln und Hausieren von Kriegsbeschädigten in ihren Räumen nicht zu dulden“. Auch die Gäste waren zu belehren, „nicht durch falsch angebrachtes Mitleid diese Missstände zu fördern“. Die Menschen begannen zu begreifen, was vom vielstrapazierten „Dank des Vaterlandes“ zu erwarten war..

Anfang Juni 1918 beschäftigte sich eine Versammlung sächsischer Lehrer „angesichts zahlreicher Entgleisungen mit Auswirkungen des Krieges auf die Jugend“. Auch der Pirnaer Anzeiger hatte wiederholt von Diebstählen, Raubüberfällen auf Frauen, Taschendiebereien, Ladenkassenraub, ausgeführt von Kindern und Jugendlichen, berichtet. Und da die Lehrer die Ursachen dafür nicht im Krieg mit seiner sozialen Verelendung und moralischen Verrohung sehen wollten, kamen sie nur zu der hilflosen Feststellung, „dass die Erziehung nicht allein eine Angelegenheit des Lehrerstandes, sondern eine Hauptaufgabe des ganzen Volkes sein muss“. Allen Staatsbürgern müsse deshalb „das Züchtigungsrecht zugesprochen werden“.

Die alljährliche Aktion „Stadtkinder aufs Land“ sollte die trostlose soziale Lage vieler Stadtkinder lindern. Pirnaer Stadträte und Schulleiter gingen auf die Suche nach „Pflegestellen“ und appellierten wie in den Jahren zuvor an die Bauern, bedürftige Kinder für einige Wochen aufzunehmen. Nach einer Verlautbarung im Anzeiger kamen wiederum nur Kinder infrage, „die in einer ihrem Alter entsprechenden Weise zu häuslichen und landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden können“. Doch die Aktion „stieß auf eine bedauerliche Zurückhaltung der Landleute“, weil sich auch in den Dörfern die Lage verschlechtert hatte und bei den vorangegangenen Aktionen die Eltern „die Unterkunftsorte als Hamsterstellen betrachteten“ und „mit Säcken und Kisten ihre Kinder besuchten“.

Zu einem regelrechten Desaster wurde die Sammlung gebrauchter Männeranzüge für die Rüstungsarbeiter. Nach mehreren dringenden Appellen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen musste der Anzeiger resignierend feststellen, dass nur wenige der „Begüterten“ ihren Patriotismus über das Eigeninteresse stellten. Ein letzter Aufruf „Liefert Anzüge ab!“ sollte die Einsicht bringen: „Die wohlhabenden Kreise haben sich zum Teil der Ablieferung gegenüber ablehnend verhalten. Es wird darauf hingewiesen, dass bei dem gegenwärtigen Resultat mit einer Zwangsmaßnahme zu rechnen sein wird. Dabei werden voraussichtlich eidesstattliche Versicherungen über

die bei jedem Einwohner vorhandenen Kleidungsstücks abzugeben sein, auf Grund deren dann eine Enteignung gegen Bezahlung stattfindet. Dagegen kann man sich durch freiwillige Abgabe des Anzugs jetzt noch schützen!“ Doch die „besseren Kreise“, die ansonsten ihren Patriotismus zur Schau trugen, wollten nicht einsehen, „warum sie für die Munitions- und Rüstungsarbeiter, die als starke Verdienner bekannt sind, Rock und Hose ausziehen sollten, die heute von unschätzbarem Wert sind“. Bevor man dem Mittelstand „in den Kleiderschrank greift“, solle bei den „Kleiderprotzen“ angefangen werden. Vor allem die Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfenvereins, die bisher als stramme Durchhalter aufgetreten waren, „empfanden es als Verhöhnung ihrer Notlage, wenn sie gezwungen werden sollten, auf ihre knapp genug bemessene Kleidung Abgaben zugunsten einer Erwerbsschicht machen zu müssen, deren Einkommensverhältnisse die eigenen bei Weitem übertreffen“. Und da die freiwillige Ablieferung nichts brachte, musste letztendlich zur „zwangsweisen Bestandsaufnahme von Männeranzügen“ geschritten werden. Alle, die über 6000 Mark im Jahr zu versteuern hatten und noch keinen Anzug abgeliefert hatten, mussten ein Bestandsverzeichnis ihrer Kleidung einreichen. Zugleich warf der Pirnaer Anzeiger die Frage auf, „warum man nicht aus der Erbmasse der Verstorbenen Kleider und Schuhzeug beschlagnahmt“. Eine derartige Maßnahme wäre nicht unbillig, könnte von keinem als Enteignung empfunden werden, wäre technisch leicht durchführbar und würde bedeutende Mengen einbringen. Die Redakteure der Zeitung empfahlen diese Leichenfledderei, „um manche noch geplante Härte zu mildern“.

Wälder und Parks entlaubt

Am 31. Juli 1918, am Ende des vierten Kriegsjahres, konnten die Beiträge im Pirnaer Anzeiger nicht widersprüchlicher sein: Einerseits erschien eine Lobpreisung des Krieges, die wegen der Art und Weise der Meinungsmanipulierung angesichts des nahenden bitteren Endes ausführlich wiedergegeben werden soll:

„Es ist harte, furchtbare Wirklichkeit, was seit vier Jahren um uns, durch uns, in uns geschieht. Und doch klingt es wie ein Heldenlied aus ferner, grauer Zeit. (...) Niemals, solange das Gedenken der Menschen zurückreicht, wurde ein Volk einer solchen Härtung durch das Schicksal unterworfen wie Deutschland in diesen vier Jahren. (...) Deutschland hat sich in den Stunden der Not weit über Irdisches erhoben. Es kennt nicht mehr, was bei anderen Menschen Furcht heißt. Seit dem ersten Tag des Krieges stieg die Siegesonne empor und blieb uns treu.“ Das Zarenreich sei zerbrochen, der Westen schwanke, über feindlichen Hauptstädten wehe die deutsche Fahne, Millionen von Kriegsgefangenen füllten „die deutschen Lande“ und Paris vernähme den Donner deutscher Geschütze. „Die Hungersnot? Auf Deutschlands Feldern reift zum vierten Male das Korn. Frauen, Kinder, Knaben bringen es ein. Kriegsgenesende helfen, Gefangene (...) Der Waffenmangel? (...) Der deutsche Siegfried hämmert sich auf eigenem Amboss sein Schwert, das heute schneidender denn je in seiner Hand blitzt. (...) Eine Stimme von oben sagt uns: Ein Volk, das die Wunder vollbracht hat, die schon hinter uns liegen, das schreitet auch aufrecht und siegreich bis zum Schluss zu neuer deutscher Kraft und Herrlichkeit.“

Andererseits berichtete die Zeitung am gleichen Tag, dass wegen des anhaltenden Hungers die Kartoffeldiebstahle kein Ende nahmen und in den Gemeinden Verbote für das Betreten sämtlicher Fluren, Plantagen und Waldungen ausgesprochen wurden. Trotzdem wurden weiter große Kartoffelfelder „in rücksichtsloser Weise von nächtlichen Dieben abgeerntet und zu hunderten die Stöcke herausgerissen“. Auf einem Feld hinter dem Pirnaer Friedhof waren zwei Mädchen ertappt worden, die am helllichten Tage seelenruhig Kartoffel ausbuddelten. In einer Gartenanlage in Verlängerung der Weststraße wurden durch „Vandalen“ die kleinen Kartoffelparzellen restlos geplündert. „Bedenken diese Lumpen nicht, dass diese kleinen Leute sich das Saatgut buchstäblich vom Munde abgedarbt haben? Es ist tief traurig zu sehen, wohin der Krieg die Menschen führt“, klagte der Anzeiger.

Auch aus Schandau und anderen Orten wurden zahlreiche Kartoffeldiebstahle gemeldet, und bei einer nächtlichen Streife der Polizei wurden zahlreiche Kartoffeldiebe „aufgestöbert“. In acht

Fällen gelang es, die Räuber auf frischer Tat zu ergreifen. Es waren durchgängig Frauen. Am 3. August erließ die Amtshauptmannschaft für die gesamte Region ein striktes Verbot, Felder zu betreten, und schloss darin ausdrücklich das Ährenlesen ein. Gendarmerie, Gemeindefeldwachen und Flurschützer wurden angewiesen, „in Anbetracht des Ernstes der Zeit unnachsichtig gegen Felddiebe einzuschreiten und sie ungesäumt zur Anzeige zu bringen“.

Gleichzeitig wurde darüber informiert, dass die für die Kürzung der Fleischzuteilungen zugesagte Erhöhung der Brotration nicht gewährt werden kann.

Markige „Kaiserworte“ sollten zu Beginn des fünften Kriegsjahres den notleidenden Menschen Siegesgewissheit vermitteln: „Das Härteste liegt hinter uns!“ - „Deutschland wird aus diesem Völkersturm stark und kraftvoll hervorgehen!“ - „Trotz der tiefen Lücken, die in die Familien gerissen wurden, heißt es weiterkämpfen, bis der Vernichtungswille der Feinde gebrochen ist, das walte Gott!“ Beim sächsischen König klang das alles weit weniger martialisch: An der Schwelle zum fünften Kriegsjahr hoffte er, dass seine „braven Soldaten“ weiter „ihre Pflicht tun zum Heile und zum Segen unserer Heimat, zu Sachsens Ruhm und Ehre“. Er bat Gott, die sächsischen Waffen zu segnen, „auf dass wir als Sieger heimkehren möchten“.

Dass Sachsens Landesvater weniger auftrumpfte als sein Kaiser, lag möglicherweise daran, dass die Wirtschaft seines Landes durch den Krieg in einen äußerst desolaten Zustand geraten war. Die Zahl der Fabriken war von 35.000 auf 24.000 gesunken, die der Arbeiter von 523.000 auf 300.000, also um etwa 40 Prozent, zurückgegangen. Dagegen war die Zahl der Soldatenfrauen, die eine Arbeit aufnehmen mussten, auf 25.000 angestiegen. Die Textilindustrie war besonders stark geschrumpft, die Zahl der Betriebe von 6724 auf 2661 gesunken, also um fast ein Drittel. Die Zahl der Textilarbeiter, vornehmlich Frauen, war von 254.000 auf 119.000 zurückgegangen. Die frei gewordenen Kräfte wurden in die Rüstung oder an die Front geschickt. Auch in der Papierindustrie verringerte sich die Zahl der Betriebe von 1014 auf 887, die der Beschäftigten von 43.000 auf 35.000. In der Holzindustrie reduzierte sich die Zahl der Unternehmen von 3581 auf 2426, die der Arbeitskräfte von 51.000 auf 33.000. In der Bekleidungsindustrie schmolz die Betriebszahl auf ein Drittel, die der Beschäftigten sank um fast die Hälfte, von 67.000 auf 38.000. Und durch das weitgehende Bauverbot während des Krieges war die Bauwirtschaft im Zusammenbrechen.

Im Sommer 1918 wurde der Alltag immer chaotischer und die neue Ernte das ersehnte Ziel für die Regierung und das hungernde Volk. Die Lebensmittelrationen wurden weiter gekürzt, und versprochener Ersatz blieb aus. Ab Ende August war einmal monatlich eine fleischlose Woche angeordnet worden. Fleischer und Händler durften keinerlei Fleischwaren verkaufen, Gaststätten keine fleischhaltigen Speisen anbieten. Die Fleischer protestierten und forderten Ersatz für den entgehenden Gewinn. Ihr Einspruch wurde mit dem Argument abgelehnt, der Verdienstausschlag müsse als Kriegsoffer angesehen werden.

Anfang September erhielten die Gastwirte die Ankündigung, dass die Bierlieferungen eingestellt werden; dafür sollte es für die Bevölkerung wieder Kunsthonig geben, der wochenlang aus den Geschäften verschwunden war. Wegen der schlechten Obsternte, so wurde informiert, müsse die Marmelade künftig zur Hälfte mit Möhren gestreckt werden. Eine neue „Reichsmarmelade“ wurde mit großem propagandistischem Aufwand angekündigt, erschien dann aber nicht in den Geschäften: „Wo bleibt die Reichsmarmelade?“, fragte deshalb der Anzeiger. „Bis jetzt verlautet noch nichts von einer Verteilung dieses ersehnten Brotaufstrichmittels. Durch solche nicht eingehaltenen Ankündigungen wird die ohnehin in weitesten Volkskreisen herrschende Missstimmung nur noch weiter erhöht.“ Wer nicht in der Lage sei, sich zu Wucherpreisen irgendeinen Brotaufstrich zu besorgen, der sei sowieso „seit Langem genötigt, seine Frühstücksschnitten trocken zu essen, dazu schwarze Kaffee-Ersatzbrühe ohne Zucker - dass das auf die Dauer ein Vergnügen wäre, wird selbst der Entsatzreichste nicht zu behaupten wagen“.

In den Zuschriften an den Anzeiger ging es immer wieder um den Tabakersatz, der sogar Gegenstand einer Anfrage im Reichstag geworden war. Abgeordnete verlangten Aufklärung über die Zusammensetzung des neu eingeführten „Kriegstabaks“, der vor allem aus Buchenlaub bestand. Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, dass besagtes Kraut "ein notwendiges Übel sei, mit dem man sich abfinden müsse“. Es sei den Soldaten immer noch lieber, diesen Ersatztabak zu rauchen, als gar keinen. Die Zeitung warnte die Raucher vor Waldmeister als Tabakersatz. Die Pflanze enthalte ein Herzgift und könne zu Herzschlag führen. Um vor allem die Kinder halbwegs mit Milch zu versorgen, hielten sich nicht nur die Dörfler, sondern auch viele Städte Ziegen. Allein in Pirna wurden 400 „Kühe des kleinen Mannes“ in Hinterhöfen gehalten und wie ein Schatz gehütet.

Mitten in den Sommerferien wurden die Schüler aufgerufen, grünes Laub zum Trocknen für die Armeepferde zu sammeln. „Täglich schwankten, hochbepackt Wagen mit frischen grünen Laubmassen zur Stadt herein, begleitet von Schulkindern und Lehrern. Sie sangen patriotische Lieder und Wandergesänge“, beschrieb der Anzeiger die Aktion. Überall, „wo diese laubsammelnden Menschenheuschrecken eingefallen sind, sehen die Bäume recht trübselig aus,“ Aber: „Dieser ‚frühe Herbst‘ soll und wird uns den Sieg bringen, und das ist der Trost, der den Naturfreund erhebt und beruhigt“. Nach vier Wochen waren in den städtischen Waldungen der Elbleite und der Viehleite so große Verwüstungen angerichtet worden, dass massenhaft Proteste eingingen: „Junge, armdicke Bäume sind umgebrochen und ihrer Äste entkleidet. Und was an jungem Strauchwerk niedergetreten ist, das ist kaum zu beschreiben.“ Die Laubmassen, die von den Schulkindern gesammelt wurden, waren gewaltig. Die Lohmener Schule und die Pirnaer Bürgerschule meldeten, dass 350 Zentner Frischlaub in den Wäldern gesammelt wurden, in Stadt Wehlen waren es 260, im Realgymnasium 190 Zentner. Trotzdem war das laut Anzeiger noch viel zu wenig. „Um die Schlagkraft unserer braven Truppen zu erhalten, müssen wir alles daran setzen, um ihren Pferden an der Front Futter zu verschaffen.“ Bald gingen bei den Behörden kritische Stimmen zur überhandnehmenden Sammeltätigkeit der Kinder ein. Während bei allen möglichen dunklen Geschäften Riesengewinne gemacht würden und die Papier-, Metall- und Pharmaunternehmen riesige Überschüsse erzielten, lasse man die Kinder als Sammler der vielen Rohstoffe umsonst arbeiten. „Barfuß und mit bloßen Händen kommen viele Kleine z. B. zum Schneiden der Brennnesseln. In Hecken und Dornengestrüpp müssen sie Tee- und Arzneikräuter suchen. Was andere als unzumutbar ablehnen, das läßt man den Lehrern und Schulkindern auf: Sie gehen hausieren um Frauenhaar, Zeitungen, Blechbüchsen, Knochen und Lumpen.“ Die Bezahlung sei kaum der Rede wert: Für einen Vormittag Laubsammeln für das Pferdefutter gebe es nicht einmal acht Pfennige, eine Schande, wenn man bedenke, was dabei an Kleidung und Schuhen zuschanden gehe. Deshalb sei es „bei den Dividenden der Aktiengesellschaften ein Unrecht, die Jugend beim Sammeln der Rohstoffe umsonst arbeiten zu lassen“, kritisierte der Anzeiger.

Der Sedanstag Anfang September 1918 wurde noch einmal genutzt, um die abgleitende Stimmung wieder aufzumischen und die Siegeszuversicht zu stärken: „Die Stimmung im ganzen Lande ist großartig, und festes Vertrauen besteht auf Deutschlands Sieg und Erhebung zu großer Herrlichkeit und Blüte!“ In der Heimat gebe es zwar „Angstmeier, Flaumacher und so manch traurigen Gesellen“, die ob der Entbehrungen, die der Weltkrieg unvermeidlich mit sich bringe, jammern. Bei jedem kleinen Rückschlag an der Front würden sie „klagen, die Nerven verlieren und sich mit anderen Feiglingen zusammentun. Schande und Schmach über sie!“ Man stehe überall in Feindesland, „und die Söhne brauchten sich vor ihren Vätern, die durch ihre Siege von 1870 das Reich geschaffen haben, nicht zu schämen“.

Doch die offiziellen Kriegsberichte wurden, immer kürzer, und die inoffiziellen Nachrichten von der Front stimmten immer nachdenklicher. Meldungen wie „Anstürme des Feindes im Westen“ - „An vielen Stellen Vorstöße des Feindes“ - „Angriff im Nahkampf abgewiesen“ - „Neue Großschlacht“ - „Acht starke Panzerwagenangriffe“ - ließen nichts Gutes erwarten. Ein Kriegsberich-

terstatter schilderte, dass der Gegner bis zu sieben Mal am Tage „mit gewaltigem Tankeinsatz und unter dem Schutze riesiger, niedrig fliegender und aus ihren Maschinengewehren rastlos feuernder Kampfgeschwader angreift“. Ganze „Tankgruppen wurden als Stoßblöcke gegen unsere Linien geworfen.“ Der Pirnaer Anzeiger sah auch die Heimatfront wanken und rief zu „mehr nationaler Disziplin“ auf: „All die kritischen Tage, die hinter uns liegen, haben mit erschreckender Deutlichkeit wieder einmal den Mangel an nationaler Erziehung und Disziplin im deutschen Volke beleuchtet. In den Tagen des Sieges hat unser Volk Begeisterung an den Tag gelegt, aber in den Tagen des vorübergehenden Stillstandes oder der Rückschläge (...) kann es sich offenbar noch nicht zu derjenigen Seelengröße aufschwingen, die das Kennzeichen eines wahrhaft großen Volkes ist, eines Volkes, welches Anspruch auf Weltgeltung macht.

Die Gerüchteküche habe in den letzten Wochen gekocht. „Was haben wir nicht für blöde Gerüchte über uns ergehen lassen müssen, und wie wispert und flüstert es in der Heimat von großen blutigen Verlusten, Material- und Gefangeneneinbußen! Etwas derartiges von Miesmacherei (...) ist noch nicht dagewesen.“ Allen „Klatschweibern“ müsse sofort entgegen getreten und „derb der Mund gestopft“ werden, da sie „den Willen zum Durchhalten lähmen“. Man solle sich doch ein Beispiel an England und Frankreich nehmen! Dort sei nationale Disziplin auch in „kritischen Tagen, und selbst die Defätisten hätten dort noch mehr Nationalsinn im Leibe als unsere Miesmacher. „Deshalb: „Sorgen wir dafür, dass unsere Nerven nicht verloren gehen!“

Es roch nach Umsturz und Revolution

Mitte August 1918 konnten die Leser des Pirnaer Anzeigers erstmals Kritisches zu den Kosten des Krieges lesen: Jede Sekunde dieses Weltkrieges koste der Menschheit, über 6000 Mark, jede Minute fast eine halbe Million und jede Stunde über 20 Millionen Mark. „Mit jedem Tag seiner Dauer gehen über eine halbe Milliarde Mark für die Welt verloren. Abgesehen von den ungeheuren Menschenopfern, offenbaren diese Zahlen den ganzen Irrsinn des Krieges. Was für gewaltige Werke ließen sich mit diesen verpulverten Geldmassen schaffen! Wie viel Fortschritt hätte man verwirklichen können!“ Doch schon reichlich vier Wochen später war diese Einsicht verdrängt. Wieder, zum neunten Mal, bereits am Rande des Abgrunds, wurden alle zum Gang zu den Altären des Vaterlandes“ aufgerufen und aufgefordert, „ihr Scherflein in die Opferschalen“ zu legen. „Wer jetzt auf seinem Geldsack sitzt, der spart für den Feind. Wer Kriegsanleihe zeichnet, spart für seine Kinder!“, tönte es wieder aus dem Anzeiger. Jeder müsse jetzt begreifen, „dass Deutschland seine Schicksalsstunde erlebt, dass er über Sein oder Nichtsein entscheidet“. Doch trotz unaufhörlicher Appelle ließ sich die Zeichnungsbereitschaft nur noch schwer mobilisieren, sodass Bürgermeister Stark am Vorabend des Zeichnungsschlusses noch einmal seine „Mitbürger ermannte, nicht „weichherzig“ zu verzagen, sondern darauf zu vertrauen, „dass unser Volk in Ehren und stark zu neuem Aufstiege aus seinem Lebenskampfe gehen wird“. Ob der Frieden kommt oder der Krieg weiter geht: „Das Reich bedarf der Mittel zur Überleitung des Wirtschaftslebens in die Bahnen des Friedens oder, wann es sein muss, zu weiterem Kampfe“.

Doch es war vergeblich, der Zeichnungstermin für die 3. Kriegsanleihe musste um zwei Wochen verschoben werden. Die Strategie, bereits durch Bürgermeister Stark angedeutet, wurde verändert und schloss die Friedensperspektive stärker ein: „Unsere schwere Zeit fordert Einstellung der Kräfte auf die neue Lage. Auch Umwälzungen im Reich und unerfüllte Hoffnungen auf Schlachtenglück dürfen nicht vergessen lassen, dass die Geschlossenheit des Volkes erste Pflicht bleibt. Der Erfolg der 9. Kriegsanleihe soll beweisen, dass Deutschlands Stoßkraft ungebrochen ist, bereit zum Frieden, fähig zum Kampfe.“ Auch der verlängerte Zeichnungszeitraum verging ohne zufriedenstellende Ergebnisse, und die Zeichnungsfrist wurde erneut verlängert. „Hat es denn noch Zweck, besteht denn noch die Notwendigkeit, Kriegsanleihe zu zeichnen?“, wurde gefragt, und er Anzeiger antwortete: „Darauf gibt es nur eine Antwort: Wer will, dass es zum Frieden kommt, der zeichne nach seinem besten Vermögen. Und wer will, dass der Frieden gut wird, der zeichne erst recht Kriegsanleihe!“

Am Sonntag vor Zeichnungsschluss, dem „Volkszeichnungstag“, wurden noch einmal alle Register gezogen: „Das deutsche Volk hat sein Schicksal in der Hand! (...) Noch nie hat dem Vaterland die Hilfe jedes einzelnen mit allem, was er ist und hat, so bitter notgetan. (...) Jetzt ist die Zeit der vaterländischen Tat! Die 9. Kriegsanleihe muss eine Volksanleihe im wahrsten Sinne des Wortes werden! Wer sein Vaterland und sich selbst erhalten will, der zeichne so viel er irgend kann! Wer schon gezeichnet hat, der zeichne mehr!“ Auch bekannte Sozialdemokraten wie Philipp Scheidemann beteiligten sich an diesem Volksbetrug: „Seid pflichtbewusst! Helft unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne!“

Doch die Luft war raus, die Siegeszuversicht verfliegen, und Sparkassen, Vereine, Stadträte, Gemeinde- und Kirchenvorstände mussten in die Bresche springen. Und als am 8. November das Pirnaer Ergebnis mit immer noch 5,6 Millionen Mark verkündet wurde, zogen am Abend bereits Soldaten aus den Kasernen rebellierend und singend durch die Straßen und in einigen sächsischen Städten patrouillierten revolutionäre Arbeiter und Soldaten mit roten Armbinden.

Die Schwächen des monarchischen Systems waren im Verlauf des Herbstes immer deutlicher hervorgetreten. Im Oktober setzte die evangelische Kirche ein Signal und wies an, „in allen Kirchen unseres Sachsenlandes der ernsten Lage unseres Volkes und Vaterlandes in Predigt und Gottesdienst“ zu gedenken. Kommentare im Pirnaer Anzeiger beschworen immer wieder: „Schließt die Reihen! Wir müssen in ganz Deutschland eine neue Front bilden, eine Front der starken Nerven, eine Front der unerschrockenen Herzen, eine Front des kalten Blutes! Diesen Siegfriedswall der Heimat brauchen Heer und Reichsleitung, um den Frieden in Ehren zu erringen. (...) Die harte Zeit verlangt ein hartes Geschlecht. Das sind wir, das haben wir bewiesen, das wollen wir jetzt erst recht zeigen!“ Doch das System konnte die bisher gezeigte Härte nicht mehr durchhalten. In Berlin musste Karl Liebknecht freigelassen werden. Er wurde „von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge in Empfang genommen und auf einem blumengeschmückten Wagen durch die Straßen Berlins gefahren“. Die Forderung nach einem sofortigen Frieden war nicht mehr zu unterdrücken. Der Pirnaer Anzeiger fragte entsetzt: „Wo sind wir hingekommen?“ Doch auch dem sächsischen König wurden die Knie weich. Plötzlich wurden die bisher verteufelten politischen Gefangenen, „die wegen politischer Verbrechen und Vergehen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlass oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittel-Unruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft sind, in weitem Umfange begnadigt“.

Auf Druck des amerikanischen Präsidenten, der nur bereit war, mit einem parlamentarischen Deutschland Frieden zu schließen, setzten erste Demokratisierungen ein, die sich auch auf die Länder auswirkten. „Was im Reiche unter dem Druck der Verhältnisse bereits Tatsache wurde, ist nun in unserem engeren Vaterlande Sachsen in Vollzug begriffen - eine völlige Neuordnung der Regierungsverhältnisse auf Grund der sogenannten Parlamentisierung. Alle Staatsminister haben den König gebeten, ihre Ämter zur Verfügung stellen zu dürfen.“ Doch die neue Regierung fand keine Anerkennung der demokratischen Kräfte, weil sie nachwievor „nicht aus parlamentarischen Ministern, sondern aus Ministern des Königs gebildet“ wurde. Der Pirnaer Anzeiger berichtete von „unsinnigen Gerüchten“, die in und um Pirna umgingen und geeignet seien, die öffentliche Ordnung zu stören: Der Feind würde bereits durch Böhmen Richtung Sachsen marschieren und in drei Tagen in Pirna sein. Dresden sei von feindlichen Flugzeugen angegriffen und das Rathaus in Brand gebombt worden. „Am schlimmsten treiben es natürlich in den Läden beim Einkaufen jene widerwärtigen alten und jungen Tratschweiber weiblichen und männlichen Geschlechts, die ihren Schandmäulern ja unter keinen Umständen Zügel anzulegen vermögen.“ Niemand habe Grund, seine „Schätze“ im Wald zu vergraben.

Sozialdemokratische Flugblätter mahnten zur Besonnenheit und forderten, in den Betrieben zu bleiben und nicht auf die Straße zu gehen. „Wie ihr alle wiest (...) hat die Sozialdemokratische Partei einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese schleunigst Frieden schließe und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten herstellt, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf. Wir fordern euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwi-

schentreten zu durchkreuzen. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgegeben wird!“

Am 8. November berichtete der Anzeiger, dass in verschiedenen deutschen Städten Demonstrationen „zum Zwecke der Friedensagitation“ stattgefunden haben. Rote Fahnen und Plakate mit der Aufschrift „Nieder mit dem Krieg, es lebe die sozialdemokratische Republik!“ seien mitgeführt worden. Ein Aufruf der Reichsregierung sollte die in Bewegung gekommenen Volksmassen stoppen: Die Demokratisierung sei in den letzten Tagen weiter vorangetrieben worden, „Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden“. Eine umfassende Amnestie sei erlassen, Pressefreiheit und Versammlungsrecht seien gewährleistet. Deutschland solle in einen „sozialen Volksstaat umgewandelt“ werden. Eine klassische revolutionäre Situation war entstanden: Die Herrschenden waren nicht mehr imstande, auf bisher gewohnte Weise, autoritär und hart, durchgreifend, zu regieren, und die Massen des Volkes wollten nicht mehr unter den bisherigen politischen und sozialen Verhältnissen leben. Es roch nach Umsturz, nach Revolution.

„Macht doch eiern Dregg alleene!“

Den letzten Anstoß zur Revolution gaben die Militärs. Obwohl der Krieg verloren war, wurde der Marine Ende Oktober 1918 befohlen, „zu einem letzten Gefecht“ gegen die britische Seemacht in den sicheren Tod auszulaufen. Die Matrosen, nicht mehr bereit, sich am Ende des Krieges „für Kaiser und Reich“ totschießen zu lassen, entwaffneten ihre Offiziere und hissten auf ihren Schiffen die rote Fahne der Revolution.. Der Funke des Aufruhrs sprang von Schiff zu Schiff und von Kiel auf andere Städte über. Armeesoldaten und Arbeiter traten den Matrosen an die Seite, und in wenigen Tagen hatte die Bewegung die gesamte „Wasserkante“ erfasst, überrollte am 9. November das Reich und machte den Monarchien ein Ende.

Der Pirnaer Anzeiger berichtete am 6. November über "bedauerliche Vorgänge“, die sich in Kiel ereigneten. Marinemannschaften und Arbeiter hätten nach einer Großversammlung einen Marsch durch die Stadt unternommen, dem sich weitere Soldaten aus den Kasernen und viele Zivilisten anschlossen. Beim Versuch, Gefangene aus der Militärarrestanstalt zu befreien, sei durch das Militär auf die vorwärtsdrängenden Demonstranten geschossen worden. Drei Tote und 29 Verletzte blieben auf dem Platz. Nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten aus Kiel bildeten sich in Leipzig die ersten Arbeiterräte, und am 6. November wählten 3000 Soldaten der Großenhainer Fliegerkaserne den ersten Soldatenrat in Sachsen. Falschmeldungen über einen Waffenstillstand sollten die in Gang gekommene Revolution noch in letzter Minute aufhalten. Doch am 8. November formierten sich in Dresden und anderen sächsischen Städten große Massendemonstrationen, Auf dem Dresdner Altmarkt versammelte sich eine große Menschenmenge, das Festungsgefängnis wurde gewaltsam geöffnet, die politischen Gefangenen wurden befreit. In den Straßen wurden Offiziere angehalten, die ihre Säbel abgeben und die Rangabzeichen ablegen mussten. Und da sich bei den „Menschenansammlungen auf dem Altmarkt viele jugendliche Personen und Schüler der hiesigen Lehranstalten beteiligten“, entblödeten sich die Amtshauptmannschaften Sachsens nicht, folgende Bekanntmachung zu veröffentlichen: „Es wird darauf hingewiesen, dass Personen unter 18 Jahren das Herumtreiben und Herumstehen auf den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in den Abendstunden verboten ist.“

Die Redakteure der Pirnaer Volkszeitung hatten schon seit Wochen festgestellt, dass „die herrschenden Gewalten den Boden unter den Füßen verloren“. Von Tag zu Tag sei ein „wachsender Stimmungsumschwung bemerkbar“ gewesen. Die Volkszeitung, die die Forderungen nach Frieden unterstützte, wurde „immer begehrter, und in den letzten Wochen konnten wir der Nachfrage nach unserer Zeitung nicht mehr genügen. Hunderte mussten ohne Zeitung abziehen, obgleich wir täglich die Auflage um tausend erhöhten“, In Pirna waren in diesen Tagen Tausende Soldaten in den Kasernen, aber auch in allen Sälen der Stadt untergebracht. Sie hatten keinen Drang mehr,

an die Front geschickt zu werden. Am Abend des 8. November war, wie die Volkszeitung schrieb, „auch hier kein Halten mehr“. Mannschaften einer Ersatzkompanie marschierten „unter Vorantritt von zwei Tambouren singend durch die Stadt“. Am nächsten Tag entfernten die Soldaten ihre Kokarden von den Mützen und die Achselstücke von den Uniformen. Wer es nicht freiwillig tat, wurde von bewaffneten Patrouillen dazu angehalten. Am Nachmittag konstituierte sich im Volkshaus ein Arbeiter- und Soldatenrat (ASR), dem je drei Arbeiter und Soldaten vorstanden. Trotz Sprühregens drängten sich am Abend die Pirnaer „in unübersehbarer Menge“ auf dem Marktplatz. Mitglieder des ASR hielten vom Rathausbalkon Reden, „die von der Menge mit brausendem Jubel aufgenommen wurden“. Die Volksversammlung auf dem Platz legitimierte den ASR, „die politische und militärische Gewalt über die Stadt Pirna und den Bezirk zu übernehmen“. Darüber hinaus wurde beschlossen: „Alle zivilen Behörden bleiben in Funktion und haben die ihnen übertragenen Geschäfte in bisheriger Weise (!) weiterzuführen. Wer glaubt, sich der neuen Ordnung nicht fügen zu können, dem steht es frei, sein Amt niederzulegen.“

Nachdem Bürgermeister Stark sich der neuen Mache unterworfen hatte, zogen die Versammelten zur Amtshauptmannschaft auf den Oberen Burgstraße, wo sich auch Amtshauptmann von Thümmel „auf Anweisung von oben“ dem ASR unterwarf. In der Militärkommandantur traf man den Chef nicht an, erteilte aber den Befehl, „den Offizieren keinen Gehorsam zu leisten“.

Am Morgen des nächsten Tages hatten sich die Massen erneut auf dem Markt versammelt. Michael Kimmich vom ASR würdigte „die wunderbare Wendung“, die das Volk herbeigeführt habe: „Millionen blühender Menschenleben wären erhalten und zahlloses Leid, Not und Enttäuschung erspart geblieben, wenn die Wendung schon vor viereinhalb Jahren eingetreten wäre“.

Auf der Amtshauptmannschaft und auf der Festung Königstein wehten rote Fahnen, und auch die Sebnitzer Garnison war „zum Volk übergegangen“.

Über dreißig Jahre vor den Novemberereignissen 1918 hatte der betagte Friedlich Engels prophezeit, dass im Falle eines großen Krieges Staaten zusammenbrechen würden, und zwar „derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt“. Und so war es gekommen. Der Kaiser „wurde zurückgetreten“, und auch die anderen „Kronenträger“ des Reiches wurden mehr oder weniger sanft vom Thron gestoßen.

Auen in Dresden wehte auf dem Schloss der sächsischen Könige die Fahne der Revolution. 19 Arbeiter und Soldaten vermerkten dazu im königlichen Hofjournal, dass am 13. November 1918 auf der Wettiner-Residenz „das Banner der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehisst“ wurde. Der König, gedrängt, aus der Stadt zu fliehen, meinte: „Ich hawe den Leitn nischt gedahn, und die duhn mir ooch nischt.“ Doch dann verließ er fluchtartig Dresden. Seine Äußerung „Macht doch eiern Drägg alleene!“ ist nicht verbürgt, passt aber zum volkstümlichen Gestus des letzten sächsischen „Geenichs“.

Und so ging man auch in Pirna daran, seinen „Drägg alleene“ zu machen. Der bisherige kaiserlich-königliche Amtshauptmann von Thümmel blieb im Amt und erließ umgehend einen Aufruf „An die Bevölkerung des Bezirkes“, in dem er seine arrogante Distanz zur neuen Ordnung deutlich durchblicken ließ, die dann typisch für die Haltung der alten Eliten zur neuen deutschen Republik werden sollte: „Aufgrund einer Anweisung des Königlichen (!) Ministeriums“ habe er, „den Verhältnissen Rechnung tragend“, dem ASR Einblick in die behördlichen Maßnahmen gewährt, nachdem ihm versichert worden wäre, „dass die Beamten in ihren Stellungen belassen würden, für die Sicherung des Eigentums Sorge getragen und die Rationierung der Lebensmittel beibehalten werde“. Alle Behörden wurden aufgefordert, „auf ihrem Posten auszuharren“ und den Weisungen der Amtshauptmannschaft nachzukommen. Und: „Gegen jegliche Ausschreitungen, die sich gegen die öffentliche Ordnung, gegen Personen und Eigentum richten, wird aufs. Strengste eingeschritten werden.“

Zwei Probleme wurden zur Tagesaufgabe erklärt: die öffentliche Sicherheit und die Nahrungsmittelversorgung. Und in der Tat war „Feuer unterm Dach“. Hungernde plünderten Lebensmittelager und räumten Kartoffelmieten aus. Der Schleichhandel mit Getreide, Mehl und Brot drohte

die reguläre Verteilung zum Erliegen zu bringen. Der ASR organisierte Wachdienste und verbot den unkontrollierten Verkauf von Lebensmitteln durch die Bauern, an die appelliert wurde, „freiwillig auf jeden Eigennutz zu verzichten“. Vertreter landwirtschaftlicher Vereine erklärten es „zu ihrer heiligen Pflicht, zur Linderung der großen Not alles Entbehrliche abzugeben“.

Hinzu kam, dass im ganzen Bezirk eine der schlimmsten Grippe-Epidemien grassierte. Da vor allem die Schulkinder schwer unter der Krankheit zu leiden hatten, waren die Schulen zunächst für zwei Wochen total geschlossen worden. Alle Veranstaltungen, die große Massen zusammenführten, waren verboten, Kinos, Theater usw. hatten ihren Betrieb eingestellt. Lediglich der Gottesdienst durfte weiter besucht werden. Ganze Familien lagen darnieder, und die Sterblichkeit war unter den ausgehungerten und geschwächten Menschen außerordentlich hoch. Ein Sargfabrikant äußerte ungeniert im Anzeiger, er habe nie eine so gute Zeit gehabt und könne nicht mehr genug Särge liefern.

Was sich im Lande vollzog, war eine fast friedliche Revolution. Die Räte der Städte und Gemeinden unterwarfen sich ohne Widerstand der neuen Gewalt. Der Pirnaer Bürgermeister Stark, der wenige Tage vorher noch zum Opfern für Kaiser und Reich und zum Durchhalten für den Endsieg und einen „Siegfrieden“ aufgerufen hatte, richtete z. B. gemeinsam mit dem Stadtrat einen Aufruf an die Einwohner der Stadt, in dem erklärt wurde, dass mit dem 9. November die öffentliche Gewalt in die Hand des ASR gelegt worden war. Die Verwaltung der städtischen Dienststellen werde im Einvernehmen mit diesem geführt und jeder Verkehr zwischen Einwohnerschaft und den städtischen Behörden habe also auch künftig in der bisherigen Weise zu erfolgen. „Den Anordnungen der Beamten der städtischen Sicherheitspolizei ist auch weiterhin unbedingte Folge zu leisten.“ An alle Pirnaer wurde die dringende Bitte gerichtet, „dass zur Aufrechterhaltung der Ordnung und einer gesicherten Wirtschaftsführung jeder zu seinem Teile nach Kräften mitwirkt“.

Eine prekäre Lage entstand, als Betriebe plötzlich Arbeiter „in großer Zahl“ entließen und so „ein geringes Verständnis für den Ernst der Zeit“ zeigten. Zusätzlich verschärft wurde die Situation durch die ersten heimkehrenden Soldaten, die Arbeit forderten. Der ASR nahm den Arbeitsmarkt unter Kontrolle, stoppte die Entlassungen und forderte die Heimkehrenden auf, an der Seite der Daheimgebliebenen das „traurige Erbe der gestürzten monarchischen Regierung“ zu überwinden: „Jetzt heißt es arbeiten, mithelfen an dem großen Werk. Bald werden bessere Tage kommen, wenn wir einig sind.“ Doch eine der größten Gefahren erwuchs der Revolution aus der Reibungslosigkeit, mit der sie vollzogen wurde. Die alten Kräfte wurden nicht entmachtet, passten sich geschickt den neuen Verhältnissen an, ließen aber von vornherein erkennen, dass sie nur den augenblicklichen Zwängen gehorchten. Der Republik sollten daraus in den folgenden Jahren noch viele Schwierigkeiten erwachsen, Eines der typischsten Beispiele für diese Strategie ist der Befehl des Stellvertretenden Generalkommandos Dresden an das alte Offizierskops: „Im Interesse des Allgemeinwohls muss von jedem Offizier, Beamten und Unteroffizier verlangt werden, dass er auch unter den jetzigen Verhältnissen seinen Dienst nach besten Kräften weiter versieht. Die Sicherheit und Ordnung sowie die Volksernährung können nur gewährleistet werden, wenn alle Kräfte hierzu vereinigt werden. (...) Sämtliche Abteilungen des Stellvertretenden Generalkommandos arbeiten in der alten Zusammensetzung (!) in gewohnter Weise (!) weiter. Sämtlichen Befehlen des Stellvertretenden Generalkommandos, die stets im Einvernehmen mit den Abgeordneten des Revolutionären Soldaten- und Arbeiterrates erlassen werden, ist weiterhin Folge zu leisten. Kokarden und Achselstücke sowie Offizierssäbel sind vorläufig (!) nicht wieder anzulegen.“

Beim Rückblick auf das 20. Jahrhundert erweist sich der Erste Weltkrieg als die „Urkatastrophe“, von der ursächlich weitere Katastrophen ausgingen, die das Jahrhundert zum blutigsten, opferreichsten und zerstörerischsten der Menschheitsgeschichte machten. Nie zuvor waren so viele Tote auf den Schlachtfeldern geblieben wie in den Jahren 1914 bis 1918. Sachsen betrauerte 166.000 Väter und Söhne. 265.000 Männer wurden verwundet, zu Krüppeln geschossen. In Pir-

naer Familien wurden fast 800 Gefallene beweint, und in den Gemeinden der Region stehen heute noch „Krieger“-Denkmäler, die in erschreckend langen Reihen die Toten auflisten.

Der Krieg hatte die Bevölkerung in Armut gestürzt. Die Rücklagen für das Häuschen, das Geschäft, für das Alter waren buchstäblich verpulvert worden. Allein die Sparer der Pirnaer Sparkasse hatten 15 Millionen Mark als Kriegsanleihe „geopfert“, davon sieben Millionen Mark eigenmächtig von der Kasse, ohne die Anleger zu fragen. Aber so makaber es auch erscheint, Krieg und Niederlage waren Geburtshelfer einer neuen Zeit geworden: Die Monarchien waren gestürzt, Demokratie und Republik erstritten, alle Beschränkungen des Vereins-, Koalitions- und Versammlungsrechts, der Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit und die demütigende Gesindeordnung beseitigt. Der Achtstundentag, die Arbeitslosenunterstützung, das Recht auf Betriebsräte, gleiche, geheime und direkte Wahlen, endlich auch für Frauen, und die Trennung von Staat und Kirche waren erkämpft.

Die Reaktionen auf das Neue waren zwiespältig. Die Industriellen der Region protestierten im Pirnaer Anzeiger gegen die neuen Sozialrechte, die zu ungeheurer Verteuerung, zur Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Explosion der Arbeitslosigkeit führen würden, Argumente, die heute, nach über 90 Jahren, von den Arbeit-„Gebern“ in immer noch gleicher Weise vorgebracht werden. Vom Bund der Landwirte kam ein Aufschrei gegen den Achtstundentag. Es sei in Spitzenzeiten „ganz ausgeschlossen, dass man mit achtstündiger Arbeitszeit auskommen kann, wenn die Versorgung nicht auf das Ernsteste gefährdet werden soll“. Und im Übrigen habe sich durch den Wegfall der Kriegsgefangenen die Lage auf den Bauernhöfen so zugespitzt, dass sich „die Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft als unmöglich erweist“. Massenproteste löste die Trennung von Staat und Kirche in den Städten und Gemeinden aus. Der Pirnaer Kirchenvorstand rief zu einer Versammlung im Schwarzen Adler, und Superintendent Dr. Zweynert malte ein düsteres Bild von einer gottlosen Zukunft: Die Pfarrer, ihre Witwen und Waisen, müssten um ihre Bezüge fürchten, und die Übernahme der Friedhöfe durch die politischen Gemeinden würde alle christlichen Symbole verschwinden lassen. Am bedrohlichsten aber sei die Trennung von Kirche und Schule. Niemand mehr würde den Volksschülern die Zehn Gebote lehren, dem Volk würde die Religion genommen. Kirchenvorstände und Eltern wurden aufgefordert, Proteste nach Dresden zu schicken. Unruhige Zeiten zeichneten sich für die künftige Republik ab.

Begrüßt wurden die neuen Freiheiten von vielen der durch den Krieg selbstbewusst gewordenen Frauen. Sie appellierten im Pirnaer Anzeiger „An die Frauen und Mädchen Pirnas“, den Männern „beim Bau der Zukunft“ an die Seite zu treten: „Der vergangene Staat hat uns jede politische Schulung versagt. Lasst uns das Versäumte nachholen!“

Lohmen, am 14. Januar 2010